



ERKENNEN, VERNETZEN, GEMEINSAM GESTALTEN.

Demokratischer Zusammenhalt im Spannungsfeld zwischen kommunaler Unterstützung und latenter Bedrohung

Situations- und Ressourcenanalyse für den Ilm-Kreis



Erstellt von Christoph Richter und Dr. Axel Salheiser.

Satz: n13-Media

Erscheinungsjahr: 2021



In Trägerschaft der



ABSTRACT

Die hier vorliegende Analyse der regionalen demokratischen Kultur des IIm-Kreises soll einen Überblick darüber geben, welchen Herausforderungen Verwaltung und vor allem Zivilgesellschaft im Hinblick auf formelle wie auch informelle Gefährdungspotenziale für den demokratischen Zusammenhalt gegenüberstehen.

Das Bundesprogramm „Demokratie Leben!“ mit seinen entsprechenden Förderleitlinien setzt eine Situations- und Ressourcenanalyse für die lokalen Partnerschaften voraus, denn es ist unabdingbar, dass solche Projekte auf einer (sozial-) wissenschaftlichen Grundlage fundiert arbeiten, um Bedarfe offenzulegen und Handlungsansätze zu erarbeiten.

Konkret schauen wir, als Lokale Partnerschaft für Demokratie IIm-Kreis, auf die lokalen Strukturen. Dabei sind die Verbreitung und das soziale sowie politische Handlungsumfeld, die sich hinter den demokratiegefährdenden Phänomenen verbergen, von besonderem Interesse.

Zudem werfen wir einen Blick auf die Situation der Zivilgesellschaft vor Ort. Dabei legen wir den Schwerpunkt auf die spezifischen Perspektiven, Herausforderungen und Bedarfe demokratischer Akteur:innen. Die Basis für diese Analyse bilden qualitative Interviews als auch quantitative Daten sowie Material aus Presse und weiteren Medien.

In dieser Darstellung kommen Menschen zu Wort, die sich für ein demokratisches Miteinander im IIm- Kreis einsetzen. Ihrer Sicht auf die Gefährdungen, aber auch auf die Potentiale des zivilgesellschaftlichen und demokratischen Miteinanders, wollen wir einen Raum bieten. Mit Handlungsempfehlungen, die die Leser:innen ermutigen sollen, selbst aktiv zu werden möchten wir diese Analyse abrunden.

Der ausdrückliche Wunsch der Befragten war es, daß diese Analyse als Grundlage für eine gemeinsame Strategie dient, Angriffen auf die Demokratie im IIm-Kreis zu begegnen. Daher soll dieses Papier vor allem als Arbeitsinstrument verstanden werden.

INHALT

ABSTRACT	3
EINLEITUNG	5
1 METHODISCHES VORGEHEN	9
1.1 FRAGESTELLUNG	9
1.2 DEFINITIONEN	10
1.4 METHODIK	17
2 KONTEXTFAKTOREN	22
2.1 POLITISCHE KULTUR: WAHLVERHALTEN UND EINSTELLUNGEN	22
2.2 SOZIOÖKONOMISCHE UND SOZIODEMOGRAFISCHE SITUATION	24
POLITISCHER RAUMKULTUR	27
3 DIE RADIKALE RECHTE IM ILM-KREIS: ANGEBOTSTRUKTUREN UND AKTIVITÄTEN	34
3.1 EINSCHÄTZUNG DER ALLGEMEINEN SITUATION	34
3.2 FORMELLE ORGANISATION: PARTEIEN DER RADIKALEN RECHTEN IM ILM-KREIS	35
3.3 HOTSPOTS UND INFRASTRUKTUR DER RADIKALEN RECHTEN IM ILM-KREIS	44
3.4 WEITERE AKTEUR:INNEN	47
3.5 ÜBERGRIFFE	56
3.6 STRATEGIEN & THEMENFELDER	60
3.7 MOBILISIERUNG IN KRISENZEITEN	63
3.8 STÄDTISCHER UND LÄNDLICHER RAUM	68
4 SITUATION DER ZIVILGESELLSCHAFT VOR ORT	70
4.1 DIE (NICHT-) POSITIONIERUNG DER BEVÖLKERUNG UND DER KOMMUNALEN INSTITUTIONEN	73
4.2 ANFEINDUNGEN UND ÜBERGRIFFE GEGEN ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AKTEUR:INNEN	77
4.3 EINBLICKE IN DIE SOZIALPÄDAGOGISCHE ARBEIT VOR ORT	79
4.4 HERAUSFORDERUNGEN UND HANDLUNGSBEDARFE AUS SICHT DER LOKALEN ZIVILGESELLSCHAFT	82
5 ZUSAMMENFASSUNG	86
6 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN	90
POLITIK: BUND UND LÄNDER UND KOMMUNEN	90
UMGANG KOMMUNALER INSTITUTIONEN UND DER ÖFFENTLICHKEIT	90
SOZIALE TEILHABE UND INTEGRATION	92
BILDUNG	92
ZIVILGESELLSCHAFT	93
LITERATUR	96
GRAFIKANHÄNGE	100
IMPRESSUM	104

EINLEITUNG

Die Stadt Arnstadt und der Ilm-Kreis gehören im Rahmen einer Gesamtbeurteilung der rechtsextremistischen Szene Thüringens nicht zu den regionalen Schwerpunkten.¹ So hieß es im Jahr 2019 in einer Antwort des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales auf eine Kleine Anfrage zur Situation des Rechtsextremismus im Ilm-Kreis. Tatsächlich macht die Region im Gegensatz zu anderen im Freistaat, beispielsweise den Städten Erfurt oder Eisenach, verhältnismäßig selten mit Schlagzeilen über rechtsextreme Vorfälle von sich hören.

Der Ilm-Kreis erstreckt sich – in der Mitte Thüringens gelegen – von der nördlichen Grenze zu Erfurt über die Umgebung von Arnstadt und Ilmenau bis an den Rennsteig an der südlichen Kreisgrenze. Rund 60% der Bevölkerung leben in den beiden größeren Städten und ihren unmittelbaren Einzugsbereichen. Demnach sind große Teile des Ilm-Kreises dem ländlichen Raum zuzuordnen. In der Fläche prägen kleine Städte und Dörfer das Bild; der abwechslungsreichen landschaftlichen Kulisse und den vielen Wander- und Ausflugszielen verdankt die Region ihre touristische Attraktivität. Arnstadt und Ilmenau sind wichtige Wirtschaftsstandorte, die Technische Universität mit ihren innovativen Forschungsschwerpunkten verleiht Ilmenau zusätzliche überregionale Strahlkraft. Diesen Faktoren verdankt der Ilm-Kreis eine – im Vergleich zu vielen anderen Thüringer Landkreisen – günstige wirtschaftliche Prognose und Entwicklungsperspektive.

Im Fokus dieser Situations-, Ressourcen- und Bedarfsanalyse stehen die Herausforderungen für die regionale demokratische Kultur, die im einleitenden Zitat bereits in Teilen benannt wurden. In einem weiter gefassten Analyserahmen, als ihn die amtliche Rechtsextremismusdefinition vorsieht, werden die Gefährdungspotenziale für den demokratischen Zusammenhalt untersucht, die von Ideologien der Ungleichwertigkeit und deren spezifischen Artikulationsformen ausgehen. Zum einen erfolgt die Bestandsaufnahme lokaler Strukturen, der Verbreitung dieser Phänomene und ihres sozialen und politischen Handlungs-

¹ Antwort auf kleine parlamentarische Anfrage (Drucksache 6/6877) vom 27.09.2019, Seite 3. Online: https://wordpress01.gcms.verdigado.net/madeleine-henfling/wp-content/uploads/sites/77/2019/03/DKA-3504-Rechtsextremismus-im-Ilm-Kreis_MH-1.pdf [02.05.2021].

umfeldes. Zum anderen wird die Situation der Zivilgesellschaft vor Ort beleuchtet und ein Schwerpunkt auf die spezifischen Perspektiven, Herausforderungen und Bedarfe demokratischer Akteur:innen gelegt. Dazu wurden Interviews mit 11 Personen geführt, die sich vor Ort für Demokratieförderung engagieren, und 7 weitere Interviews mit Personen, die aus dem zivilgesellschaftlichen Umfeld in der Sozialpädagogik tätig sind. Pandemiebedingt erfolgte die Befragung schriftlich. Außerdem wurde ein ausführliches Expert:inneninterview zur Situation im Ilm-Kreis geführt. Auswertungen von offiziellen Statistiken, den Dokumentationen zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen, Zeitungsartikeln, Beiträgen in sozialen Medien und wissenschaftlichen Studien erweitern diese qualitativen methodische Perspektive. Dennoch kann die Analyse keine im engeren Sinn vollständige Beschreibung des Ilm-Kreises darstellen. Stattdessen wirft sie ein Schlaglicht auf die Situation der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen im Ilm-Kreis, deren typische Problemlagen bzw. Wahrnehmungs- und Deutungsmuster im Umgang mit Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und ihre Einbettung in das soziale und politische Raumklima. Die Situations- und Ressourcenanalyse für den Ilm-Kreis wurde im Auftrag der Lokalen Partnerschaft für Demokratie Ilm-Kreis (LPfD) am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ) in Jena durchgeführt. Nachfolgend werden zentrale Befunde überblickartig zusammengefasst.

Die allgemeine Situation wird von den Befragten mehrheitlich als angespannt und als potenziell bedrohlich beschrieben – insbesondere für diejenigen, die als Feind:innen der radikalen Rechten angesehen werden oder sich vor Ort gegen Diskriminierung und Rechtsextremismus engagieren.

- Rund drei Viertel der Befragten gaben an, in der Vergangenheit im Kontext ihres Engagements bereits angefeindet, bedroht und – in Einzelfällen – körperlich angegriffen worden zu sein.
- Obwohl die amtlichen Statistiken der „politisch motivierten Kriminalität – rechts“ (PMK-rechts) für den Kreis im Thüringer Vergleich leicht unterdurchschnittliche Fallzahlen pro 1.000 Einwohner:innen registrieren, sind in einigen Phänomenbereichen des Rechtsextremismus deutlich erhöhte Aktivitäten zu verzeichnen, bspw. bei der Anzahl rechtsextremer Angriffe und Konzertaktivitäten, die durch Beratungsstellen der Thüringer Zivilgesellschaft registriert wurden.

Der Kreis hat mit seiner zentralen Verkehrsanbindung, der ländlichen Struktur und den etablierten rechtsextremen Szenetreffpunkten überregionale Bedeutung für die rechtsextreme Szene.

- Auch wenn sich große Teile der radikal rechten Veranstaltungsaktivitäten durch die Präsenz überregionaler Akteur:innen und Gruppierungen auf die Gemeinden mit rechtsextremen Immobilien konzentrieren, sind im Kreis selbst ebenfalls zahlreiche formell und informell organisierte Gruppierungen der radikalen Rechten mit unterschiedlich hohem Organisationsgrad ansässig und aktiv. Teilweise handelt es sich um eher lose Bekanntschaftsnetzwerke radikal rechts eingestellter bzw. neonazistisch ideologischer Personen, die vormals aktiv waren und weiterhin in der Region leben. Nach Einschätzung der Befragten existiert mit diesen Personen ein erhöhtes Potenzial für (erneute) antidemokratische und menschenfeindliche Mobilisierung in der Region.

Aus Sicht der aktiven Zivilgesellschaft werden die Reaktionsmuster großer Teile der lokalen Bevölkerung und den dort verankerten Institutionen auf Vorfälle mit radikal rechten Tatbezügen als unzureichend bezeichnet.

- Die Reaktionen bzw. Nichtreaktionen schwanken zwischen Resignation, Desinteresse und Problemverharmlosung. Die Abwehr richtet sich dabei teilweise auch gegen jene, die derartige Vorfälle benennen und kritisieren, und äußert sich bspw. darin, dass einzelne Engagierte selbst unter Radikalitäts- bzw. Extremismusverdacht gestellt werden.

Die Analyse der Einstellungs- und Wahldaten zum Ilm-Kreis zeigt erhöhte Zustimmungswerte zu asylkritischen Aussagen und einen leicht überdurchschnittlichen Wähler:innenzuspruch zur radikal rechten AfD im Vergleich zum gesamten Freistaat und vor allem im Vergleich zu den kreisfreien Städten Mittelthüringens (Erfurt und Weimar).

- Weitere Indikatoren zur Verbreitung von Ungleichwertigkeitsvorstellungen und dem Zuspruch zu anderen Parteien der radikalen Rechten lagen dagegen eher im bzw. unter dem Niveau der Thüringer Kreise und kreisfreien Städte.

- Die Analyse der soziostrukturellen Erfolgsbedingungen des Zuspruchs für die AfD ergab, dass die Partei in Gemeinden des Ilm-Kreises mit stärkerer Abwanderung und geringeren Anteilen jüngerer Frauen leicht erhöhte Anteilswerte erzielt. Noch stärkeren Einfluss haben jedoch langfristig wirkende Demokratieentfremdungsphänomene (frühere Nichtwähler:innenanteile) sowie der Zuspruch zu radikal rechten Parteien in der Vergangenheit (NPD-Zweitstimmenanteile). Dies ist allerdings keine regionale Besonderheit, sondern deckt sich im Großen und Ganzen mit unseren früheren Befunden zu den AfD-Wahlergebnissen für den gesamten Freistaat und bundesweit.

Zur langfristigen Verbesserung des gesellschaftlichen Zusammenhalts formulieren zivilgesellschaftliche Akteur:innen im Ilm-Kreis eine Vielzahl an Handlungsvorschlägen und Handlungsperspektiven, die am Ende der Analyse dargestellt werden.

- Als besonders wichtig angesehen werden die langfristige Unterstützung der zivilgesellschaftlichen Arbeit vor Ort, verstärkte Initiativen zur Sozialintegration, die Förderung der Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung, eine konsequentere Strafverfolgung im Bereich der radikal rechten Kriminalität sowie die Erhöhung der Problemsensibilität in der Bevölkerung und in den kommunalen Verwaltungen.

1 METHODISCHES VORGEHEN

1.1 FRAGESTELLUNG

Das Hauptinteresse der Studie richtet sich zum einen auf eine Bestandsaufnahme der Strukturen und Entwicklungstendenzen der radikalen Rechten im Illm-Kreis und andererseits auf die Ressourcen und Bedarfe der Zivilgesellschaft, die mit diesen Phänomenen konfrontiert ist und vor Ort dagegen anarbeitet. Grob lässt sich die Analyse in drei Themenbereiche mit jeweils spezifischen Fragestellungen unterteilen:

1. Sozialer und politischer Kontext (Kapitel 2): Welche Kontextvariablen der Demografie, Wirtschaft und der politischen Raumkultur bestimmen die soziale und politische Struktur des Kreises? Welche wechselseitigen Wirkungszusammenhänge bestehen zwischen den Kontextmerkmalen und Handlungsbedingungen der radikalen Rechten? Das umfasst demografische Merkmale der Bevölkerung wie die Altersstruktur, Bildung, demografische Entwicklung und die Stadt-Landverteilung, wirtschaftliche Indikatoren wie Einkommen, Beschäftigungsverhältnisse, Arbeitslosigkeit und Sozialhilfebezug und auf der politischen Ebene das Wahlverhalten und politische Einstellungspotenziale.
2. Strukturen und Entwicklungen der radikalen Rechten (Kapitel 3): Welche Gruppen, Bewegungen und Akteur:innen der radikalen Rechten sind vor Ort relevant? Über welche Infrastruktur verfügen sie und welche räumlichen Konzentrationen gibt es? Wie artikulieren sich radikal rechte Einstellungen im lokalen Raum (Diskriminierung, Anfeindungen, Bedrohungen und Angriffe) und welche Bedrohungssituation ergibt sich daraus?
3. Situation und Handlungsbedarfe der lokalen Zivilgesellschaft (Kapitel 4). Wie ist die Situation der lokalen Zivilgesellschaft? Wie ist sie personell, räumlich und infrastrukturell im Kreis aufgestellt und vernetzt? Wie reagiert nach Einschätzung der befragten zivilgesellschaftlichen Akteur:innen das lokale Umfeld auf radikal rechte Aktivitäten? Gibt es Anfeindungen und Bedrohungen gegen Personen, die sich vor Ort gegen diese Aktivitäten engagieren? Welche Bedarfe und Probleme werden seitens der Zivilgesellschaft artikuliert?

1.2 DEFINITIONEN

Die Begriffe Rechtsextremismus und Rechtspopulismus haben häufig und besonders in der deutschen Debatte problematische Implikationen, die einem tradierten verfassungsrechtlichen Verständnis nach den Eindruck vermitteln, derartige Bestrebungen wären auf „extremistische Ränder“ beschränkt, die eine „nicht-extremistische“ gesellschaftliche „Mitte“ sowohl vom rechten als auch dem linken Rand bedrohen würden. Im hier verwendeten Verständnis sind Rechtsextremismus und Rechtspopulismus Artikulationsformen gemeinsam geteilter Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Diese Einstellungen ziehen sich quer durch die gesellschaftspolitischen Sphären und sind in der sogenannten gesellschaftlichen „Mitte“ weit verbreitet (vgl. Brähler/Decker/Kiess 2012: 15ff.). Gleichzeitig erweist sich der „statische Extremismusbegriff“ (Salzborn/Quent: 2019: 22) als „empirisch unzulänglich“ (ebd.), da er in seinem Fokus auf Rechtsextremismus als Staats- und Verfassungsgefährdung nur Teile des Phänomens erfasst. In dieser Analyse wurde ein breiterer theoretischer Zugang gewählt, der sich auch in der Auswahl unterschiedlicher Datenquellen und Auswertungsmethoden widerspiegelt und individuelle zivilgesellschaftliche Perspektiven aus qualitativen Befragungen mit quantitativen amtlichen Statistiken und Dokumentationen zivilgesellschaftlicher Beratungsstellen verbindet (vgl. Abschnitt 1.4 Methodik). In dieser Analyse werden, dem international etablierten Sprachgebrauch nach, Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in seinen kollektiven und öffentlichen Artikulations- und Organisationsformen analog zum Begriff der „far right“, (vgl. Mudde 2019) unter dem Begriff der „radikalen Rechten“ zusammengefasst. Die häufigsten Begriffe dieser Analyse zur Beschreibung von Einstellungs- und Artikulationsformen von Ungleichwertigkeit werden im Folgenden kurz dargestellt.

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) ist ein Einstellungssyndrom, das auf „Ideologien der Ungleichwertigkeit“ basiert und die vorurteilsgeleitete Abwertung, Diskriminierung oder Exklusion von ethnischen, kulturellen und sozialen Minderheiten umfasst. Zu den Facetten bzw. Elementen der GMF zählen „Fremdenfeindlichkeit“ bzw. Migrant:innenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus, Muslim:innenfeindlichkeit, die Abwertung von Sinti:zze und Rom:nja (Antiziganismus), die Abwertung geflüchteter und asylsuchender Menschen, die Abwertung wohnungs- bzw. obdachloser Menschen, die Abwertung behin-

derter Menschen, Homo- und Transsexuellenfeindlichkeit (Heterosexismus), Sexismus gegen Frauen bzw. Misogynie, die Abwertung langzeitarbeitsloser Menschen sowie die Befürwortung sogenannter Etabliertenvorrechte. GMF bildet „ein Scharnier zu Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und neurechten Einstellungen“ (vgl. Zick/Berghan/Mokros 2019: 53ff.).

Rechtsextremismus ist ein Einstellungsmuster, dessen verbindendes Kennzeichen Ungleichwertigkeitsvorstellungen darstellen, die sich im politischen Bereich in der Affinität zu autoritären oder gar diktatorischen Regierungsformen, chauvinistischen Einstellungen und einer Verharmlosung des Nationalsozialismus äußern und im sozialen Bereich durch antisemitische, „fremdenfeindliche“ und sozialdarwinistische Einstellungen gekennzeichnet sind (Stöss 2010: 57). Rechtsextreme Parteien, Organisationen, Gruppierungen oder Akteur:innen vertreten eine politische Programmatik, die sich aus diesen Ideologieelementen ableitet oder im Wesentlichen daran orientiert. Aus Perspektive der staatlichen Verfassungsschutzbehörden² und des Bundesverfassungsgerichtes³ setzt die Einstufung einer Partei, Organisation, Gruppierung oder Einzelperson als (rechts-)extremistisch voraus, dass sich deren Aktivitäten erkennbar und nachweislich gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung (FDGO) der Bundesrepublik richten und die Überwindung der FDGO mit einer „kämpferischen“ Grundhaltung angestrebt wird. Allerdings kann dies legalistisch erfolgen, d.h. beispielsweise mittels der Teilnahme an demokratischen Wahlen. Die Billigung bzw. der Einsatz von Gewalt zur Erreichung politischer Ziele ist kein notwendiges Kriterium für die Einstufung. Sie ist auch kein konstitutiver Bestandteil der etablierten wissenschaftlichen Rechtsextremismus-Definitionen, wenngleich sich die erhöhte Gewaltaffinität und -tätigkeit rechtsextremer Akteur:innen unmittelbar aus rechtsextremen Ideologien, Selbstverständnissen und Feindbildkonstruktionen ableitet, empirisch außer Frage steht und daher zumindest als typisch angesehen werden kann.

Der Begriff *Rechtspopulismus* bezeichnet nach dem von Mudde und Kaltwasser (2017) vorgeschlagenen Verständnis solche politischen Parteien, Bewegungen bzw. Strategien, die sich einer „antagonistischen Logik [bedienen], die

² https://www.verfassungsschutz.de/DE/themen/rechtsextremismus/rechtsextremismus_node.html [20.05.2021].

³ Vgl. www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2017/01/bs20170117_2bvb000113.html;jsessionid=B930698F0BC95A017FCD896CBB2B2A13.2_cid386 [20.05.2021].

auf der vertikalen Dimension einen Gegensatz zwischen ‚dem guten, moralisch reinen Volk‘ und den ‚schlechten, korrupten Eliten‘ konstruiert, auf der horizontalen Dimension einen Gegensatz zwischen einem ‚Wir‘ und ‚den Anderen‘“ (Küpper/Berghan/Rees 2019: 178). In der politikwissenschaftlichen Forschung umstritten ist allerdings, ob der Rechtspopulismus eine eigenständige politische Strömung darstellt oder ob es sich dabei nicht vielmehr um eine Diskurs- und Aktionsstrategie radikal und extrem rechter Akteur:innen handele, mit dem diese versuchen, über ihr Stammklientel hinausgehende Wähler:innen- bzw. Anhänger:innenpotenziale zu erschließen und diese mittels vermeintlich demokratischer Programmatik zu mobilisieren. Die sogenannte „Neue Rechte“, die sich seit Ende des Zweiten Weltkriegs in ihrer Außendarstellung um eine Abgrenzung gegenüber dem Nationalsozialismus bemüht, diskutiert in diesem Zusammenhang durchaus kontrovers eine Tendenz zur „Selbstverharmlosung“ (Kubitschek 2019) – d.h. die instrumentelle, rhetorische Verschleierung, graduelle Abschwächung oder endgültige Abkehr von bestimmten ideologischen Inhalten und politischen Zielen, u.a. weil diese Wahlerfolge verhinderten, der weiteren gesellschaftlichen Normalisierung im Weg stünden und staatliche Repressionen hervorriefen.

Der Begriff *Zivilgesellschaft* lässt sich, auch wenn die damit verbundenen Inhalte in den jeweiligen Kontexten variieren, als „das freiwillige Engagement der Bürger als Bürger jenseits von Staat, Markt und Privatsphäre“ (Grande/Grande/Hahn 2021: 13) beschreiben. Im normativen Sinn kann „Zivilgesellschaft“ ein breites Feld an Werten und Zielen verfolgen. Wesentlich ist hier zunächst die Gemeinwohlorientierung und die öffentliche Zielverfolgung, die eine selbstständige Rolle gegenüber den oben genannten Sphären erfüllt. Wenn in der Analyse die Rede von der Zivilgesellschaft und ihren Akteur:innen ist, bezeichnen wir damit das Netzwerk aktiver Gruppen und Akteur:innen, das sich im engen oder weiteren Sinne zum Zweck der Demokratieförderung und gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit im Kreis engagiert.

1.3 ANALYSESCHEMA

In der öffentlichen Debatte und in der Wissenschaft existieren zahlreiche Theorien über Ursachen und Entstehungsbedingungen radikal rechter Einstellungen und den Bedingungen ihrer erfolgreichen öffentlichen Mobilisierung und Artikulation auf der Handlungsebene. Relativ große Einigkeit besteht, trotz fortbestehender Differenzen, zumindest darüber, dass radikal rechte Einstellungsmuster aus einem komplexen Ursachengeflecht individueller, situations- und kontextbezogener Faktoren entstehen und sich in Abhängigkeit von den regionalspezifischen Gegebenheiten in unterschiedlichem Umfang im öffentlichen Raum artikulieren und verstetigen können.

Abbildung 1: Analyseschema Regionalanalyse

angelehnt an Quent/Schulz 2015: 23



Auch wenn das wechselseitige Zusammenspiel dieser Faktoren fließend ist, ist es für die lokalen Raumanalysen notwendig, das Beziehungsgeflecht zu strukturieren und in einzelnen Teilbereichen zu analysieren, um sie im Verhältnis zueinander betrachten zu können. Der Lokalraum steht dabei in einem unmittelbaren wechselseitigen Verhältnis zu den Vorgängen der räumlich oberhalb angesiedelten Ebenen. Kontextbedingungen, politische Entscheidungen und Veränderungen, die auf der Ebene der Bundesländer, des Bundes bis in die europäische und internationale Ebene hinein stattfinden, wirken unmittelbar im Lokalraum und beeinflussen auch die Handlungsbedingungen der radikalen Rechten vor Ort. Im lokalen Kontext lassen sich wiederum Bereiche unterscheiden, die im Zusammenhang mit Ausprägung radikal rechter Einstellungs- und Handlungsphänomene stehen.

Die **Kontextvariablen des Sozialraums (1)** umfassen statistische Merkmale zur demografischen, ökonomischen und politischen Struktur des kommunalen Raums und geben Aufschluss über die allgemeine Sozialstruktur, die politische Raumkultur und inwiefern diese eine mögliche Anschlussfähigkeit für radikal rechte Raumergreifungstendenzen darstellen. Im Bereich des politischen Klimas sind es bspw. Wahlangebote radikal rechter Parteien, die im Umfang von der Nachfrage der Lokalbevölkerung (geteilte politische Einstellungen) in ihrem Erfolg bestimmt werden. Laut einer Studie, die in mehreren europäischen Ländern durchgeführt wurde, hängt die Anfälligkeit für menschenfeindliche Einstellungen von einer ganzen Reihe soziostruktureller Kontextbedingungen ab, bspw. dem Bildungsstand, der wirtschaftlichen Lage und der politischen Kultur (Zick/Küpper/Hövermann 2011: 197). Gerade der Umfang und die Art der Wirkung sozioökonomischer Einflüsse ist bis heute umstritten. Spätestens mit den Wahlerfolgen der radikal rechten AfD steht hierzulande die Annahme, dass insbesondere sozial schlechter gestellte Personen eine Affinität zu radikal rechten Haltungen haben, auf dem Prüfstand. Ihre Wahlerfolge, beispielsweise bei den vergangenen drei ostdeutschen Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen, verdankt die Partei gerade dem Umstand, dass sie eine Vielzahl sozioökonomisch sehr unterschiedlicher Statusgruppen auf Basis einer autoritären, nationalistischen und radikal rechten politischen Agenda mobilisieren konnte (Richter 2020). Ökonomische Deprivation ist nicht nur ein objektiver Zustand, sondern kann subjektiv unterschiedlich bewertet werden (subjektive Deprivation) oder im Bezug zur ökonomischen Situation anderer

interpretiert werden (objektive Deprivation) (vgl. Rippl/Baier 2005). Für Thüringen zeigt u.a. der Topographiebericht von 2018, dass ökonomische Kriterien eine eher indirekte Rolle zu haben scheinen, während die subjektive Wahrnehmung von Benachteiligung neben Einstellungsmustern wie Autoritarismus und der sozialen Dominanzorientierung eine größere Rolle spielen (Best/Miehlke/Salheiser 2018: 135). Daneben sind die Altersstruktur, das Stadt-Landgefälle und die demografischen Entwicklungsperspektiven (vgl. Salomo 2019, Richter/Salheiser/Quent 2019a) weitere wichtige Merkmale der Sozialraumstruktur, die Zusammenhänge zu radikal rechten Einstellungen und Handlungen aufweisen können. Eine unmittelbare Wirkung auf die Mobilisierungsfähigkeit der radikalen Rechten haben zusätzlich als krisenhaft empfundene abrupte Veränderungen der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Die radikale Rechte reagiert auf Wandlungs- und Krisenprozesse und nutzt die Situation gesellschaftlicher Verunsicherung, um „auf einen politischen Rechtsruck hinzuwirken“ (Quent 2016:25).

Die **Angebotsstrukturen der radikalen Rechten (2)** sind ein weiterer wesentlicher Aspekt in der lokalen Analyse dieser Phänomene. Der Umfang der radikal rechten Infrastruktur, in Form von Mobilisierungsakteur:innen, Bewegungen, Organisationen und Immobilien als politisches Angebot, bestimmt die Dynamik der Artikulation radikal rechter Einstellungen mit (Best/Miehlke/Salheiser 2019). Die Aktivitäten, die radikal rechte Akteur:innen und Gruppen vor Ort entfalten, sind dabei zum einen Angebots- und Gelegenheitsstruktur für politische Sympathisant:innen und zum anderen ein Teil der Raumergreifungsstrategien, um politische Hegemonie im Sinne ihrer ideologischen Ziele zu erreichen. Nach Quent (2015: 25ff.) lassen sich die Angebotsstrukturen der radikalen Rechten in formelle Organisationen (über Satzungsstrukturen und Mitgliedschaften organisierte Parteien und Gruppierungen) und informelle Organisationen (bewegungsförmige Gruppen mit klarer politischer Zielsetzung, allerdings nicht notwendigerweise mit festen Gruppenstrukturen, bspw. Kame-radschaften) unterteilen. Im Bereich der Jugend- und Subkultur werden zusätzlich Gruppierungen zusammengefasst, die zwar ideologisch agieren, aber dabei keiner kontinuierlichen politischen Arbeit folgen (ebd.).

Der Bereich der **Zivilgesellschaft und ihres lokalen Handlungsumfeldes (3)** beschreibt zuletzt die Reaktionspotenziale in Gemeinden, wo radikal rechte Akteur:innen und Gruppen agieren. Von wesentlicher Bedeutung ist hierbei die Frage, inwiefern vor Ort eine demokratische Zivilgesellschaft existiert, die sich den Raumnahmetendenzen entgegenstellt. Die Fragen, wie stark sie vor Ort organisiert ist und wie eng die Anbindung an und Unterstützung durch lokale Institutionen ist, sind dabei ausschlaggebend für den Erfolg des zivilgesellschaftlichen Engagements. Bleiben Reaktionen der lokalen Bevölkerung und ihrer Institutionen auf radikal rechte Vorfälle aus oder sind die Reaktionsmuster aus Sicht der handelnden Akteur:innen sogar als implizite oder explizite Bestätigungen dieser Vorgänge zu werten, kann die radikale Rechte Raumgewinne verzeichnen und sich die Dynamik vor Ort verfestigen und verstärken.

1.4 METHODIK

In der Analyse kommt ein Mix unterschiedlicher qualitativer und quantitativer Methoden und Datenzugänge zur Anwendung, um in der Summe einen möglichst breiten Überblick über die Strukturen und Entwicklungen der radikalen Rechten und die Handlungsbedingungen der lokalen Zivilgesellschaft zu gewährleisten. Die unterschiedlichen Methoden und dabei verwendeten Daten ermöglichen es, verschiedene Perspektiven auf das Geschehen einzunehmen und verfügen jede für sich über Vor- und Nachteile. Ein weiterer Grund für einen vielfältigen Methoden und Daten sind die unterschiedlichen Definitionen und Erhebungsformen im Phänomenbereich der radikalen Rechten. Der stark auf Staatsgefährdung fokussierte Ansatz der amtlichen Behörden rückt die Betrachtung der im engeren Sinn politischen Aktivitäten des (formal organisierten) Rechtsextremismus in das Zentrum. Im Rahmen dieser Analyse wird dagegen ein breiterer Blickwinkel gewählt, der Rechtsextremismus als eine Artikulationsform gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit unter weiteren versteht und Gefährdungspotenziale allgemeiner auf den demokratischen Zusammenhalt und Demokratie als Lebens- und Gesellschaftsform bezieht.

Tabelle 1: Methodik und Datengrundlage

Kapitel	Methoden	Datengrundlage
2) Kontextfaktoren	<ul style="list-style-type: none"> - Datenrecherche - deskriptive Datendarstellung - bivariate Zusammenhangsanalysen 	<ul style="list-style-type: none"> - Statistiken des Thüringer Landesamtes für Statistik und des Thüringer Landeswahlleiters, Befunde des „Thüringen-Monitors“, Sozialatlas Ilm-Kreis 2020
3) Die Radikale Rechte im Ilm-Kreis: Angebotsstrukturen und Aktivitäten	<ul style="list-style-type: none"> - Auswertung von Leitfadeninterviews und Befragung - Datenrecherche - Hintergrundrecherche 	<ul style="list-style-type: none"> - Leitfadeninterviews, amtliche Statistiken (Kleine Anfragen und PMK-Statistik) und Statistiken der Thüringer Beratungs- und Dokumentationsstellen, Studien, Zeitungsartikel, weitere (soziale) Medieninhalte
4) Situation der Zivilgesellschaft vor Ort	<ul style="list-style-type: none"> - Auswertung von Leitfadeninterviews und Befragungsbögen 	<ul style="list-style-type: none"> - Leitfadeninterviews und Befragungsbögen

Die Befunde der Befragungen und Interviews mit der lokalen Zivilgesellschaft sind, mit Ausnahme des zweiten Kapitels, der rote Faden der Analyse. Die zivilgesellschaftlichen Akteur:innen vor Ort verfügen über die notwendige lokale Expertise zur Einordnung und Bewertung der Vorgänge in der Region. Zweifellos repräsentieren sie als Akteur:innen, die sich für Demokratiebildung und gegen Menschenfeindlichkeit engagieren, eine handlungsbezogene, involvierte und damit teilweise auch subjektive Perspektive auf die Geschehnisse, die im Bereich der qualitativen Methoden dieser Analyse allerdings bewusst im Vordergrund steht, da sie Zugang zu gut informierten, detailreichen und anschaulichen Informationen in die Situation und ihre Arbeit vor Ort eröffnet. Hiermit können die Erfahrungen und Sichtweisen der Engagierten vor Ort aufgezeigt werden, während nicht darauf abgezielt werden soll, quantifizierbare Aussagen zur allgemeinen Bevölkerungsstruktur im IIm-Kreis darzustellen. Ergänzt werden die qualitativen Methoden durch unterschiedliche quantitative Zugänge. Das sind zum einen deskriptive Darstellungen von Regionalstatistiken und repräsentativen Bevölkerungsbefragungen und statistische Zusammenhangsanalysen zwischen soziostrukturellen Indikatoren und den Stimmenanteilen für radikal rechte Parteien. Zum anderen werden für den IIm-Kreis relevante Statistiken der Thüringer Beratungsstellen (ezra und MOBIT) und die amtlichen Statistiken (LKA-Statistik zur politisch motivierten Kriminalität sowie Antworten auf kleine parlamentarische Anfrage) ausgewertet. Über längere Passagen der Analyse werden thematische Unterpunkte durch eigene Hintergrundrecherchen in Zeitungsartikeln, sozialen Medieninhalten und wissenschaftlichen Studien ergänzt. Tabelle 1 gibt einen kurzen Überblick, welche Methoden und welche Datengrundlage in den drei Hauptteilen der Analyse verwendet werden. Die Kombination der unterschiedlichen Methoden- und Datenzugänge verbindet so den Blick in die Breite (quantitativ) und in die Tiefe (qualitativ). Um die unterschiedlichen Datenquellen nachvollziehbar zu gestalten, wurden die Interviewbefunde mit der Bezeichnung „Einschätzung der Zivilgesellschaft“ und weitere Passagen mit „Einordnung“ beschrieben. Innerhalb der „eingeorordneten Passagen“ geben die Quellverweise Auskunft, um welche Art von Quellenlage es sich dabei handelt. Passagen, die Befunde aus den Interviews enthalten, sind mit einer Klammer gekennzeichnet, die an erster Stelle die Befragungsnummer der jeweiligen Person und an zweiter die Nummer der jeweiligen Fragen enthält.

Interviews, Befragungen und Hintergrundgespräch

Insgesamt wurden 18 Interviews und standardisierte Befragungen sowie ein Hintergrundgespräch pandemiebedingt in schriftlicher bzw. digitaler Form durchgeführt. Die Grundgesamtheit der Erhebung bestand aus Einzelpersonen und Initiativen aus dem Kooperationsnetzwerk der lokalen „Partnerschaft für Demokratie“. Das inhaltliche Erhebungsinteresse galt den Wahrnehmungen und Perspektiven der Akteur:innen auf Strukturen und Entwicklungen der radikalen Rechten und auf die zivilgesellschaftlichen Bedarfe im IIm-Kreis. Die interviewten Personen bzw. Gruppen wurden vollständig anonymisiert befragt. Von 44 Personen, die sich die Umfragen angeschaut haben, beantworteten 18 Personen die Fragen weitestgehend vollständig; das entspricht einer Rücklaufquote von rund 41 %⁴. Ziel war es einerseits, eine breite thematische Abdeckung allgemeiner zivilgesellschaftlicher Perspektiven zu erreichen und andererseits, einen vertiefenden Fokus auf die Rolle der Sozialpädagog:innen zu richten. Dafür wurden zwei unterschiedliche Fragebögen konzipiert, die neben gleichlautenden Frageblöcken auch Fragen enthielten, die unterschiedliche Themenschwerpunkte setzten. Den allgemeinen Fragenbogen beantworteten insgesamt 11 Personen. Von dem deutlich kleineren Pool an Sozialpädagog:innen, die ebenfalls Teil des oben beschriebenen Kooperationsnetzwerkes sind, beantworteten 7 Personen den Fragebogen mit dem Schwerpunkt auf Sozialpädagogik.

Die aus den Befragungen gewonnenen Befunde sind qualitativ und können daher nicht in quantitativer Form auf die Gesamtheit aller zivilgesellschaftlichen Initiativen im Kreis bezogen werden. Dort, wo im Rahmen der Analyse von „der Zivilgesellschaft“ die Rede ist, bezieht sich das explizit auf den hier beschriebenen Teil derjenigen Akteur:innen, die an den Befragungen teilgenommen haben. Im Rahmen der Zielsetzung dieser Analyse wirft die qualitative Analyse der Interviews ein erkenntnisreiches Schlaglicht auf die Situation der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen im IIm-Kreis, wobei sich typische Problemlagen bzw. Wahrnehmungs- und Deutungsmuster herausarbeiten ließen.

Der erste Befragungsbogen wurde ursprünglich nach dem Prinzip der Leitfadeninterviews konzipiert und zusätzlich um einige standardisierte Frageblöcke

⁴ Die Rücklaufquote lässt sich durch das anonymisierte Erhebungsverfahren nicht exakt bestimmen. Die Einladungen wurden über den Verteiler des LPfD versendet und erreichten auf dem Weg ca. 40 bis 50 Personen bzw. Initiativen.

ergänzt, als absehbar war, dass die Interviews schriftlich durchgeführt werden mussten. Die Erhebungsmethode der Leitfadeninterviews wurde ausgewählt, weil sie für die Zielstellung, die individuellen Perspektiven in ihrer Vielfalt darzustellen, am besten geeignet schien, ohne das Antwortverhalten durch Antwortvorgaben bzw. Fragesuggestionen zu beeinflussen. Inhaltlich ist die Befragung in zwei Themenkomplexe unterteilt – zum einen die Einschätzungen zu radikal rechten Strukturen und Entwicklungen vor Ort, zum anderen die Situation und die Bedarfe der lokalen Zivilgesellschaft. Im ersten Fragekomplex wurden u.a. Einschätzungen zur aktuellen politischen Situation, zu relevanten Akteur:innen, räumlichen Hotspots, Strategien und Themen und zu möglichen Hintergründen dieser Entwicklungen abgefragt. Der zweite Teil dieses Fragebogens bezog sich auf die Einschätzung der Zivilgesellschaft zu ihren Aktivitäten und wie sie im lokalen Umfeld rasonieren. Unter anderem wurden Einschätzungen zur Struktur und räumlichen Verortung der lokalen Zivilgesellschaft, zu ihren Unterstützungsbedarfen und notwendigen Verbesserungsvorschlägen der lokalen Handlungsbedingungen und zu Reaktionsmustern der lokalen Bevölkerung abgefragt.

Der zweite Fragebogen wurde mehrheitlich als standardisierte Befragung konzipiert. Inhaltlich war der zusätzliche Fokus auf Sozialpädagogik von Interesse, da Sozialpädagog:innen über spezifische Expertise und eine professionalisierte Sichtweise verfügen und frühzeitig gesellschaftliche Herausforderungen und Dynamiken im Rahmen ihrer Tätigkeit wahrnehmen. Um innerhalb der ohnehin kleinen erreichbaren Zielgruppe (nur ein Teil der Personen im befragten Netzwerk ist im Bereich der Sozialpädagogik tätig) möglichst viele Befragte anzusprechen, wurde die Befragung standardisiert, um möglichst wenig Rückschluss auf die Identität der befragten Personen zuzulassen. Etwasige Hemmfaktoren im Antwortverhalten sollte damit vorgebeugt werden, bspw. die Angst vor Anfeindungen und möglichen Konsequenzen in einem Arbeits- und Wohnumfeld, das durch vergleichsweise geringe Anonymität des ländlichen und kleinstädtischen Sozialraums gekennzeichnet ist. Inhaltlich fokussierte die Befragung der Sozialpädagog:innen stärker auf deren Erfahrungen im Umgang mit diskriminierenden und abwertenden Vorfällen im Rahmen ihrer Arbeit und auf ihrer Einschätzung der Bedarfe zur Stärkung der sozialpädagogischen Arbeit vor Ort.

Die Frageblöcke, die für beide Fragebögen gemeinsam ausgewertet werden konnten, umfassen u.a. Fragen zur allgemeinen Einschätzung der Situation vor Ort, zu Anfeindungen im Rahmen der Arbeit und Unterstützungsbedarfen des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Da die Befragung in der schriftlichen Form stattfinden musste und Raum für Nachfragen nicht gegeben war, wurde zusätzlich ein Hintergrundgespräch zur weiteren Klärung und Vertiefung einiger lokalspezifischer Fragen geführt. Die Person, mit der das Hintergrundgespräch stattfand, wurde digital interviewt und ist im IIm-Kreis parteipolitisch aktiv und innerhalb der Zivilgesellschaft engagiert. Dort, wo Informationen des Hintergrundgesprächs in die Analyse eingeflossen sind, sind die Textpassagen mit „(I.HG)“ gekennzeichnet, um sie von den anderen Befragungen unterscheiden zu können.

2 KONTEXTFAKTOREN

2.1 POLITISCHE KULTUR: WAHLVERHALTEN UND EINSTELLUNGEN

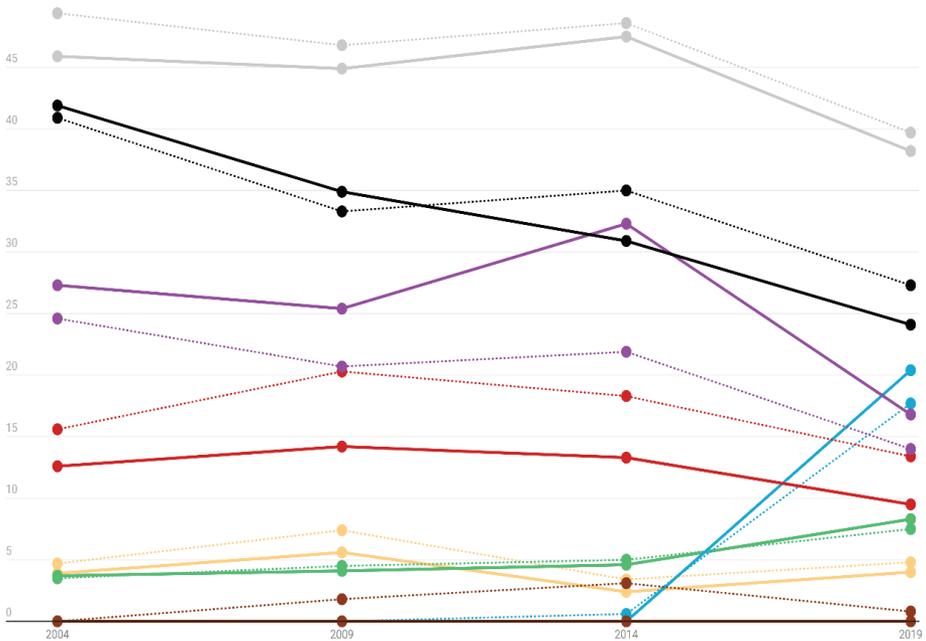
Die politische Raumkultur des IIm-Kreises war, parteipolitisch betrachtet, lange Zeit, ähnlich wie in anderen Thüringer Kreisen, stark von der CDU geprägt. Dem gegenüber stand eine kommunal starke, dauerhaft verankerte LINKE, die ebenfalls breite Wählerschichten ansprach. Im Vergleich zum Thüringer Landesdurchschnitt konnte sowohl die Linkspartei als auch die CDU überdurchschnittlich gute Wahlergebnisse im Kreis erzielen. Allerdings behauptete sich die CDU stets als stärkste Kraft – mit Ausnahme der Kreistagswahl 2014, in der sie gegen DIE LINKE unterlag. Die SPD verbuchte damals einen im Thüringenvergleich unterdurchschnittlichen Zuspruch, der jedoch noch über den Stimmenanteilen bei der Kreistagswahl 2019 lag. Konstant über dem Thüringer Durchschnitt lagen bei früheren Kreistagswahlen auch die Stimmenanteile der „Freien Wähler“.⁵ 2019 konnten diese einen leichten Zuwachs erzielen. FDP und Bündnis 90/DIE GRÜNEN gewannen zwar seit der Kreistagswahl 2009 in der Wähler:innengunst, verharrten aber im niedrigen einstelligen Bereich. Auch wenn relativ hohe Nichtwähler:innenanteile kein Alleinstellungsmerkmal des IIm-Kreises sind, bleibt festzuhalten, dass zwischen 38 bis 48% der Wahlberechtigten zu den unterschiedlichen Zeitpunkten den Urnen fernblieb und sich offensichtlich nicht über parteipolitische Inhalte für die demokratische Partizipation mobilisieren ließ.

Die starken Verschiebungen im politischen Koordinatensystem zeichneten sich bei genauerer Betrachtung schon seit 2009 im Landestrend ab und gingen auch vor Ort mit teils erheblichen Verlusten einher, insbesondere für die CDU und temporär auch für DIE LINKE. Mit der Wahl 2019, zu der die AfD erstmalig flächendeckend und erfolgreich antrat, änderte sich das Kräfteverhältnis im Kreistag deutlich. Die stärksten Verluste verbuchten die vormaligen Volksparteien CDU und DIE LINKE. Die Wahlbeteiligung stieg hingegen deutlich, was sich mutmaßlich stark zugunsten der AfD auswirkte.

⁵ In der Übersicht nicht abgebildet, da sie nur in der Rubrik „Sonstiges“ auf Kreisebene miterfasst werden.

Abbildung 2: Kreistagswahlen im Ilm-Kreis (Zeitverlauf 2004–2019)

Gestrichelte Linien: Thüringer Durchschnitt. Grau: Nichtwählendenanteile; Schwarz: CDU; Lila: LINKE; Rot: SPD; Grün: Grüne; Blau: AfD; Gelb: FDP; Braun: NPD. Grafik: IDZ-Jena, Quelle: Landeswahlleiter Thüringen, erstellt mit Datawrapper



Politische Einstellungsmuster

Individuelle politische Einstellungsmuster sind besonders in kleinteiligen lokalen Kontexten schwer zugänglich. Nur in Einzelfällen existieren auf Kreisebene oder für die dazugehörigen Gemeinden Befragungsdaten, die Rückschlüsse auf individuelle politische Einstellungen zulassen. Im Rahmen dieser Untersuchung wird auf die Daten des Thüringen-Monitors zurückgegriffen, welcher auf Grundlage individueller Befragungsdaten die Wellen der Befragungsjahre 2012–2018 zusammengefasst und auf die Kreise hochgerechnet hat.⁶ Hiermit lässt sich zumindest grob einordnen, inwiefern sich die Einstellungsmittelwerte der Bürger:innen im Kreis zu denen anderer Kreise und kreisfreier Städte unterscheiden. Der Anteilswert rechtsextremer Einstellungen liegt im Kreis

⁶ Vgl. Best/Miehlke/Salheiser 2018: Topografie 2018: 18ff. https://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/Literatur/PROJEKTBE-RICHT_TOPOGRAFIE_DEZ2018.pdf

bei 18% und damit nur leicht (und statistisch nicht signifikant) unterhalb des Thüringer Wertes (19%). Ebenfalls keine statistisch signifikante Abweichung ist gegenüber dem Gesamtwert für die Planungsregion Mittelthüringen (17%) festzustellen. Ca. 35% der Bevölkerung im Ilm-Kreis stimmen ethnozentrischen Aussagen zu, wobei dieser Wert leicht und statistisch nicht signifikant unterhalb des Thüringer Gesamtwertes liegt (39%) und dabei exakt mit dem Anteilswert für alle Mittelthüringer Landkreise und kreisfreien Städte übereinstimmt (Best/Miehle/Salheiser 2019: 6ff). Insgesamt 67% der Einwohner:innen im Kreis stimmen asylkritischen Aussagen zu. Dieser Anteilswert liegt zwar nur leicht oberhalb des thüringenweiten Wertes (64%), er ist aber um 6 Prozentpunkte gegenüber dem Wert für Mittelthüringen erhöht (ebd.). Negativen Aussagen gegenüber Asylsuchenden wird im Ilm-Kreis damit statistisch signifikant häufiger zugestimmt als beispielsweise in der kreisfreien Stadt Erfurt (60%).

2.2 SOZIOÖKONOMISCHE UND SOZIODEMOGRAFISCHE SITUATION

Soweit nicht anderweitig kenntlich gemacht, beziehen sich die Daten dieses Abschnittes auf die Angaben des statistischen Landesamtes Thüringen.⁷ Wie viele Thüringer Regionen hat auch der Ilm-Kreis mit kontinuierlichen Rückgängen der Bevölkerungszahlen zu kämpfen. Lebten im Jahr 2000 insgesamt 121.806 Menschen im Ilm-Kreis, reduzierte sich die Zahl bis 2019 um mehr als 15.000 Einwohner:innen auf 106.249 Einwohner:innen zum Ende des Jahres 2019.⁸ Im Jahr 2015 erfolgte ein kurzzeitiger Aufwärtstrend in den Bevölkerungszahlen, der auch durch die zeitweilig stärkeren Zuzüge von Geflüchteten bedingt war, jedoch in den Folgejahren den Abwärtstrend nicht aufzuhalten vermochte. Mit den weitreichenden Gebietsreformen, die zum 01.01.2019 im Ilm-Kreis in Kraft traten, ging ein weiterer Abfall der Bevölkerungszahlen einher, da einige Gemeinde in benachbarte Kreise eingegliedert wurden. Die Anteilswerte der weiblichen und männlichen Bevölkerung sind relativ gleich verteilt, wobei sich im Ilm-Kreis ein schleichender Wandlungsprozess abzeichnet. Der 2005 noch leicht höherliegende Frauenanteil ist im Jahr 2019 auf 49,7% gesunken. Mit Blick auf die Altersstruktur des Kreises lassen sich kaum nennenswerte Unterschiede

⁷ Verwendete Statistiken für den Ilm-Kreis unter: <https://statistik.thueringen.de/datenbank/oertlich1.asp?auswahl=krs&nr=70> und verwendete Statistiken für Thüringen insgesamt unter: <https://statistik.thueringen.de/datenbank/oertlich1.asp?auswahl=land> [26.05.2021].

⁸ Vgl. Sozialatlas Ilm-Kreis (2020) S. 6. Online unter: https://www.ilm-kreis.de/media/custom/2778_1618_1.PDF?1605169119 [27.05.2021].

zu den Durchschnittswerten der gesamten Thüringer Bevölkerung finden. Die Bevölkerung ist dabei stark auf die größeren gemeinschaftsfreien Gemeinden Ilmenau und Arnstadt konzentriert. Mehr als 60% der Bevölkerung wohnten in den beiden Städten und dazugehörigen Ortsteilen zum Gebietsstand vom 01.01.2019. Über große Teile bestimmt daher die ländliche Struktur das Bild des Kreises außerhalb von Arnstadt, Ilmenau und Stadtilm. Die Landgemeinden Amt Wachsenburg und Stadtilm sowie die gemeinschaftsfreien Gemeinden Geratal und Großbreitenbach haben ca. 6.000–9.000 Einwohner:innen. Die Verwaltungsgemeinschaften Geratal/Plaue und Riechheimer Berg, die auf der Verwaltungsebene mehrere kleinere Gemeinden umfassen, haben in diesen Gemeinden zwischen 312 (in Alkersleben) und 1.979 Einwohner:innen (in der Stadt Plaue). Die Hochrechnungen zur prognostizierten Bevölkerungsentwicklung sind im IIm-Kreis analog zu den meisten Thüringer Kreisen negativ, liegen aber mit einem prognostizierten Bevölkerungsrückgang von -10,8% deutlich unter dem Durchschnitt der Landkreise (-16,1%, ohne kreisfreie Städte).⁹ Die Gemeinden im Kreis sind von den Rückgängen sehr unterschiedlich betroffen. Gemeinden wie bspw. Witzleben, Großbreitenbach, Osthausen-Wülfershäuser, Plaue, Geratal und Dornheim haben mit Rückgängen zwischen 17,8% und 27,2% am stärksten mit den Folgen des Bevölkerungsschwunds zu kämpfen. Im Bildungsbereich verteilen sich die Schulabschlussquoten größtenteils ähnlich zum Thüringer Durchschnitt. Auffällig ist allerdings ein relativ hoher Anteil von Personen ohne Hauptschulabschluss (10,4% im Vergleich zu 8,9% im Landesdurchschnitt)¹⁰.

Wirtschaftlich profitiert der Kreis von einer guten bundesweiten Verkehrsanbindung (A4, A71) und der wirtschaftlichen Nähe zum Erfurter Kreuz, einem der zentralen Industriestandorte Thüringens. Besonders der nördliche Raum um Arnstadt verfügt über eine hohe Dichte international agierender Firmen im verarbeitenden Gewerbe. Die Stadt Arnstadt, rund 20 km südlich von Erfurt an der Gera gelegen, ist der Einwohner:innenzahl nach die zweitgrößte Stadt und der Verwaltungssitz des Kreises. Die Universitätsstadt Ilmenau liegt südlich von Arnstadt am Nordhang des Thüringen Waldes. Der Forschungs- und Wirt-

⁹ Statistisches Landesamt Thüringen: Voraussichtliche Bevölkerungsentwicklung. Online: <https://statistik.thueringen.de/datenbank/TabAnzeige.asp?tabelle=kz200121&startpage=1&csv=&richtung=desc&sortiere=bev8&vorspalte=0&SZDT=&anzahlH=-1&fontgr=12&mkro=&AnzeigeAuswahl=&XLS=&auswahlNr=&felder=0&felder=1&felder=2&felder=3&felder=4&felder=5&felder=6&felder=7&anzahlZellen=208> [27.05.2021].

¹⁰ Vgl. Sozialatlas IIm-Kreis 2020, Seite 35.

schaftsstandort verfügt mit der TU Ilmenau über eine mehr als hundert Jahre alte Tradition im Ingenieurwesen und große Bekanntheit in den dort angesiedelten Forschungsbereichen, bspw. der Informatik und Automatisierung, dem Maschinenbau, der Elektrotechnik u.v.m. Unter anderem diesen Faktoren ist es zu verdanken, dass der IIm-Kreis im Verhältnis zu anderen Kreisen in Thüringen wirtschaftlich eine relativ positive Entwicklungsbilanz aufweisen kann. Das Bruttoinlandsprodukt pro Erwerbstätige:r ist seit 2010 gestiegen und lag 2018 über dem Landesdurchschnitt. Analog dazu stiegen auch die Bruttolöhne besonders im Zeitraum 2010–2015 deutlich an und lagen im selben Jahr ebenfalls leicht über dem Durchschnitt der Thüringer Kreise. Die Arbeitslosenquote hatte sich in den vergangenen Jahren von 10,1% (2010) auf 4,9% um die Hälfte reduziert und liegt leicht unterhalb des Landesdurchschnitts (2019: 5,3%). Parallel stieg die Anzahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter am Arbeitsort in den Jahren seit 2010 um mehr als 2.700 Personen an, die Anzahl an Beschäftigten am Wohnort um mehr als 2.000 Personen im selben Zeitraum. Im Vergleich zu einer Vielzahl ostdeutscher, aber auch einer großen Anzahl westdeutscher Kreise schneidet der IIm-Kreis wirtschaftlich relativ gut ab. Im Verhältnis zu der Gesamtanzahl der 401 Kreise ist der Kreis zwar hinsichtlich seiner sozioökonomischen und demografischen Werte noch im unteren Teilbereich platziert (Rang 257 von 401), aber im „Zukunftsatlas“¹¹ werden ihm gute Perspektiven hinsichtlich der zukünftigen Entwicklungsdynamik attestiert (Rang 151 von 401).

Die Kreisdurchschnittswerte geben allerdings nur sehr eingeschränkt Auskunft über die soziale Situation in den alltäglichen Lebensräumen der Menschen im IIm-Kreis. Ein Blick in die Regionen des IIm-Kreises zeigt, wie stark sich die Lebensbedingungen in Teilen der Bevölkerung innerhalb des Kreises auf der Ebene der Gemeinden und Stadt- bzw. Ortsteile voneinander unterscheiden¹². Hauptsächlich in den größeren Städten verdichten sich soziale Problemlagen. Das betrifft die bevölkerungsreichste Stadt Ilmenau, in besonderem Umfang aber Arnstadt. Anteilig zur Gesamtanzahl an Bedarfsgemeinschaften im gesamten Kreis lebten 2019 41,2% davon in Arnstadt (2.614 Personen). Deutlich niedriger liegen die Zahlen im ländlichen Raum mit insgesamt 530 Bedarfsge-

11 Zukunftsatlas 2019: Prognos AG: Online unter: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/zukunftsatlas-2019/> [27.05.2021].

12 Sozialatlas IIm-Kreis 2020.

meinschaften. Auch hinsichtlich der Arbeitslosigkeit sind große Unterschiede zwischen den sog. Planungsräumen festzustellen. In Ilmenau-Stollen lag der Arbeitslosenanteil an der Bevölkerung im Alter zwischen 18 und 65 Jahren mit 10,27% rund um das Vierfache höher als in Ilmenau-Bad. Und während sich die Arbeitslosigkeit seit 2010 auf beinahe doppelter Talfahrt befindet, stieg in Ilmenau im Gegensatz zum Kreistrend die Anzahl arbeitsloser Jugendlicher bzw. junger Erwachsener zwischen 2015 und 2019 um knapp 13% an.¹³ Für die Gemeinden wurden im Sozialatlas sog. Sozialprofile erstellt, die eine vergleichbare Beurteilung hinsichtlich einer ganzen Reihe von Sozialindikatoren ermöglicht (u.a. Anteil junger bzw. alter Menschen, Arbeitslosigkeit, Kinder in Bedarfsgemeinschaften, gesundheitliche Auffälligkeiten und Sozialhilfebezug).¹⁴ Für den Raum Arnstadt zeigen Arnstadt-Rabenhold/Ost und Arnstadt Mitte überdurchschnittliche hohe Werte für Empfänger:innen staatlicher Unterstützung und Arbeitslosigkeit. In Ilmenau zeigen insbesondere in Ilmenau Pörlitzer Höhe und in geringerem Umfang in Ilmenau-Stollen ein ähnliches Sozialprofil auf.¹⁵ Stadtilm-Stadt zeigt mit einer leicht erhöhten Anzahl an Personen unter 18 Jahren lediglich überdurchschnittliche Werte im Bereich der Erziehungshilfe. Die meisten weiteren Stadt- bzw. Ortsteile der drei großen Gemeinden verweisen bei den Indikatoren auf – im Verhältnis zum Thüringer Durchschnitt – ähnliche oder günstigere soziale Ausgangslagen. Unter den Gemeinden im ländlichen Raum fallen die VG Riechheimer Berg und Geratal/Plaue durch vergleichsweise günstige Parameter der Wirtschafts- und Sozialstatistik auf.

2.3. ZUSAMMENHÄNGE ZWISCHEN SOZIALSTRUKTUR UND POLITISCHER RAUMKULTUR

Einschätzung der Zivilgesellschaft

Die Perspektive der befragten zivilgesellschaftlichen Akteur:innen auf die Erfolgsbedingungen radikal rechter Strukturen verknüpft häufig die sozialen, politischen und kulturellen Aspekte zum wechselseitigen Wirkungszusammenhang. Soziale Hintergründe spielen dabei durchaus eine wesentliche, häufig aber eher vermittelnde Rolle. Der soziale Status vermittelt bspw. Zugänge zu Bildungschancen, wobei einige Befragte starke Zusammenhänge zwischen

¹³ Sozialatlas Ilm-Kreis 2020: 96.

¹⁴ Sozialatlas Ilm-Kreis 2020. Sozialprofile, Seite 112 ff.

¹⁵ Ebd., S. 112ff.

mangelndem Zugang zur Bildung und den Ursachen einer erfolgreichen Verankerung der radikalen Ideologien beschreiben (I1.29, I5.29). Verstärkt werden die Tendenzen durch die demografischen Entwicklungstendenzen, die vielerorts negativ sind. Die Abwanderungsbewegungen treiben ländlich-periphere und städtisch-zentrale Lebensrealitäten weiter auseinander und verstärken multiple Problemlagen (I6.29, I.HG). Besonders junge und gut ausgebildete Menschen zog es seit der Nachwendezeit auf der Suche nach sozialen und materiellen Perspektiven häufig in andere Regionen und in die großen Ballungszentren mit einem ungleich höheren Angebot an sozialem und kulturellem Leben, Weiterbildungschancen und beruflichen Perspektiven (I.HG). Dies geschieht auf Kosten der Pluralität und Diversität politischer Einstellungsvielfalt und der Akzeptanz unterschiedlicher Lebenskonzepte in der Herkunftsregion, während junge, engagierte zivilgesellschaftliche Akteur:innen dadurch weniger werden. Auf der anderen Seite sinken die Teilhabechancen derjenigen, die in den Orten zurückbleiben, die mit dem Bevölkerungsrückgang sowie mit dem schleichenden Rückbau sozialer und materieller Infrastruktur zu kämpfen haben.

Die allgemeine Unzufriedenheit mit der tatsächlichen oder wahrgenommenen ökonomischen Schlechterstellung (I2.29) und empfundenen Nichtanerkennung der eigenen Lebensleistungen (I6.29) nähren tiefsitzenden Frust, verstärken soziale Abstiegsängste und das Gefühl „sich nicht gehört und angenommen zu fühlen“ (I6.29). Der wahrgenommene Druck scheint darin Ausdruck zu finden, dass die Verantwortung für diese Situation anderen zugewiesen wird (I8.29, I7.29). Häufig werden Migrant:innen und Politiker:innen, die sich nicht um die Belange der Menschen kümmern würden, als Sündenböcke markiert (I1.29, I2.29). Generell wird ein verbreitetes Desinteresse festgestellt, sich in demokratischen Prozessen zu beteiligen bzw. zu engagieren (I6.29, I8,27). Besonders ausgeprägt sei dies unter älteren Menschen, während bei Teilen der Jüngeren „spürbar andere Bewegungen“ (I7.29) wahrzunehmen werden.

Einordnung und weiterführende Analysen

Ungleichwertigkeitsvorstellungen und die Art und Weise, wie sie sich öffentlich artikulieren, hängen von einer Vielzahl unterschiedlicher Faktoren ab. Dabei fließen neben individuellen Sozialisationsbedingungen auch zahlreiche Aspekte des umgebenden Sozialraums ein, die die kollektiven Wahrnehmungen grun-

dieren und beeinflussen können (Best/Miehlke/Salheiser 2018). Das kollektive Wahlverhalten kann als eine Form der öffentlichen Artikulation politischer Einstellungen, die der Wahlhandlung zugrunde liegen, betrachtet werden. Auch wenn es individuell sehr unterschiedliche Gründe geben mag, weshalb Menschen zur Wahl der AfD tendieren, zeigen mittlerweile viele Studien (u.a. Schuler et al. 2020), dass ein markant erhöhter Anteil der Wähler:innen der AfD chauvinistische, nationalistische und fremdenfeindliche Einstellungen hat. Fast drei Viertel der AfD-Wähler:innen unterstützen populistische Positionen, über die Hälfte stimmen laut einer repräsentativen Studie mindestens teilweise rechtsextremen Aussagen zu (Verkamp 2021). Insofern lässt die Analyse von AfD-Wahlergebnissen mit einiger Plausibilität auch Rückschlüsse auf dahinterliegende Ungleichwertigkeitsvorstellungen und mögliche soziostrukturelle Hintergründe ihrer Verbreitung zu. Mit jeder Wahl, in der die AfD weitere politische Erfolge für sich verbuchen kann, stellt sich die Frage nach den Ursachen aufs Neue: Liegen die Wahlmotive eher in einer tiefstehenden Unzufriedenheit mit der sozioökonomischen und demografischen Entwicklung und sind damit in erster Linie Ausdruck von Protest (sogenannte Modernisierungsverlierer-These) – bspw. von Personen, die sich oder ihre Region als benachteiligt oder abgehängt fühlen/wahrnehmen? Oder spielen wirtschaftliche, sozialstrukturelle und demografische Aspekte nur eine untergeordnete Rolle? Ist die Wahl in erster Linie ein Ausdruck weitverbreiteter nationalistischer, fremdenfeindlicher und antiliberaler Einstellungen – wobei die AfD nicht trotz, sondern gerade wegen ihrer radikalen Agenda gewählt wird? Und inwieweit ist es der AfD gelungen, nicht nur Wechselwähler:innen, sondern bisherige Nichtwähler:innen zu mobilisieren? Um die möglichen Ursachen und Kontexte radikal rechter Wahlerfolge ist in den letzten Jahren eine gesellschaftspolitische und wissenschaftliche Debatte entbrannt. In Anbetracht der geringen Datenabdeckung und Fallzahlen für den IIm-Kreis ist es im Rahmen der vorliegenden Untersuchung nur eingeschränkt möglich, Zusammenhänge zwischen den Aspekten zu untersuchen. Dennoch lassen sich für die 16 Gemeinden des IIm-Kreises einige relevante Zusammenhänge zwischen den AfD-Wahlergebnissen und soziostrukturellen und politischen Merkmalen aufzeigen¹⁶.

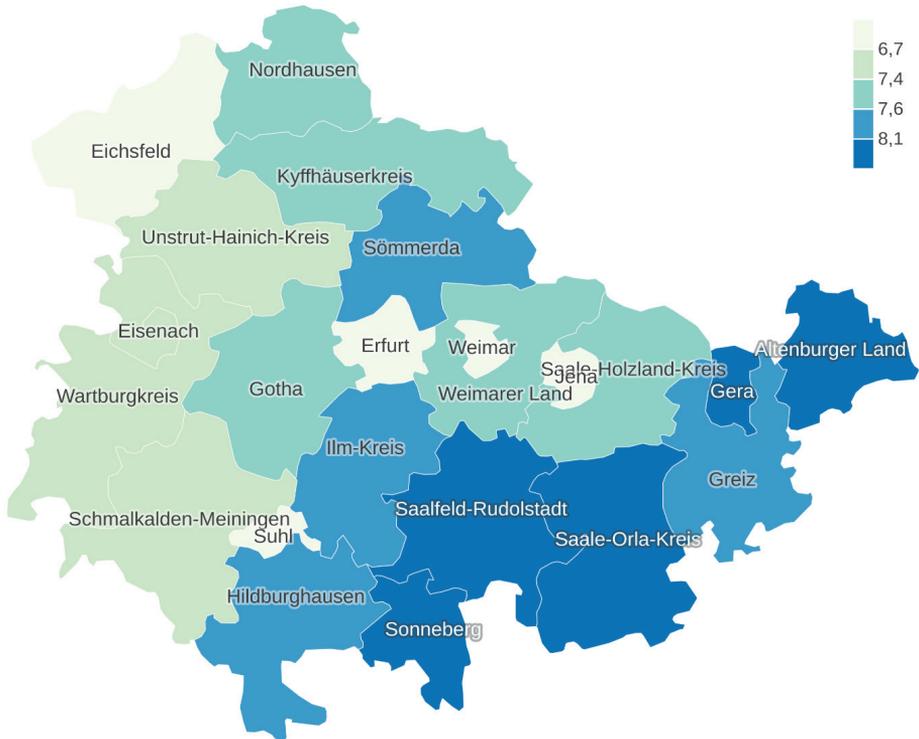
¹⁶ Bei der geringen Fallzahl an Gemeinden sind Signifikanztests von geringer Aussagekraft, weshalb sich hier auf die Darstellung von Regressionsdiagrammen beschränkt wurde.

Die Regressionsdiagramme der nachfolgend beschriebenen Analysen finden sich im Anhang (Abbildungen 7–10). Bei den demografischen Merkmalen fällt auf, dass ein statistischer Zusammenhang zwischen den jeweiligen örtlichen AfD-Stimmenanteilen und der Zusammensetzung der Wohnbevölkerung nach Alter und Geschlecht besteht. Des Weiteren gibt es einen Zusammenhang zwischen den AfD-Stimmenanteilen und den Wanderungssaldi in den Gemeinden (Ab- bzw. Zustrom der Bevölkerung). In Gemeinden des IIm-Kreises, in denen die Anteile jüngerer Frauen (15–25 Jahre) relativ hoch sind, schnitt die Partei leicht unterdurchschnittlich ab. Auch in Gemeinden, in denen es ein positives Verhältnis neu Zugezogener gegenüber verzogenen Personen gab (positiver Wanderungssaldo), wurde die Partei in geringerem Umfang gewählt als in Orten, die mit starker Abwanderung zu kämpfen haben und diese nicht im gleichen Umfang durch neue Einwohner:innen kompensieren konnten (negativer Wanderungssaldo). Die Bevölkerungsdichte (Anzahl der Personen im Verhältnis zur Fläche) wird oft als Merkmal genutzt, um Stadt-Land-Unterschiede zu messen, sie ist aber im IIm-Kreis bezüglich der AfD-Wahlergebnisse kein relevanter Faktor. Die Partei wird scheinbar sowohl in den größeren Städten als auch in kleinen Dörfern gewählt, ohne dass systematische Unterschiede hinsichtlich der Bevölkerungsdichte der Gemeinden erkennbar wären. Die Relevanz der Abwanderung deutet allerdings darauf hin, dass eine „Trennlinie“ im Wahlverhalten möglicherweise nicht ausschließlich zwischen Dorf und Land, sondern auch zwischen Regionen mit schrumpfenden und wachsenden Räumen verläuft. Das muss im Fall schrumpfender Gemeinden nicht ausschließlich dörfliche Orte betreffen. Die Frage, ob Menschen in wachsenden oder tendenziell schrumpfenden Regionen leben, ist eng verknüpft mit materiellen und sozialen, kulturellen und politischen Partizipationsmöglichkeiten und Entwicklungsperspektiven. Sind diese eingeschränkt, entsteht häufig ein Gefühl „zurückgelassen und vergessen worden zu sein“, was den Frust gegen „die etablierte Politik“ tendenziell verstärkt und die Wahl radikal rechter Parteien befördern kann (Richter/Salheiser/Quent 2019a). Andere soziodemografische Variablen, bspw. die Migrant:innenanteile in den Gemeinden, haben keinen systematischen Einfluss auf das Wahlverhalten der Bevölkerung.

Auch was Parameter der Wirtschafts- und Sozialstatistik anbetrifft, finden sich keine Hinweise auf direkte Zusammenhänge mit den AfD-Wahlergebnissen. Die Arbeitslosenquoten, das Gewerbeaufkommen und die kommunale Verschuldung sind offenbar – zumindest auf der Analyseebene der Gemeinden des Kreises – nicht relevant. Allerdings mangelt es an flächendeckenden Daten der Regionalstatistik auf Gemeindeebene, um den potenziellen Einfluss sozio-ökonomischer Strukturdefizite und lokal verdichteter bzw. kollektiver Benachteiligungsempfindungen (Deprivation) der Bevölkerung im Ilm-Kreis auf ihr Wahlverhalten umfänglicher prüfen zu können (z.B. Anteil der Personen in Armut, Anteil der Empfänger:innen von Transferleistungen etc.). Bei Merkmalen zur lokalen politischen Kultur zeigen sich leichte Zusammenhänge zur Wahlbeteiligung bei früheren Wahlen. Je niedriger die Wahlbeteiligung zur Landtagswahl 2014 war, umso höher war der AfD-Stimmenanteil bei der Landtagswahl 2019. Dies deutet darauf hin, dass die Partei zumindest einen Teil der Nichtwählenden mobilisieren konnte. Am stärksten jedoch zeigte sich ein anderer Effekt: Die AfD erzielte bei der Landtagswahl 2019 in solchen Gemeinden ihre höchsten Ergebnisse, in denen 2014 die rechtsextreme NPD stark abgeschnitten hatte. Das deutet zumindest daraufhin, dass radikal rechte Kontinuitäten im Raumklima dieser Regionen maßgeblich zu ihrem aktuellen Erfolg beigetragen haben. Einen weiteren Hinweis auf den engen Zusammenhang zwischen Ungleichwertigkeitseinstellungen und der AfD-Wahl liefert der Thüringen-Monitor. Mit dem Anteil ethnozentrisch eingestellter Personen steigt auch der Zuspruch zur Partei in den Thüringer Kreisen und kreisfreien Städten an. Für den Ilm-Kreis lassen sich im Thüringer Vergleich relativ hohe Zusammenhänge zwischen dieser Einstellungsdimension und dem Zuspruch zur AfD zur Europawahl 2019 finden. Den stärksten Zusammenhang erreicht die kreisfreie Stadt Gera (8,42), den niedrigsten die kreisfreie Stadt Jena (5,16). Der Ilm-Kreis liegt mit 8,17 im oberen Bereich – das verweist auf einen stärkeren Zusammenhang zwischen dem Ethnozentrismus und Wahlerfolgen der AfD vor Ort (vgl. Abb. 3).

Abbildung 3: Zusammenhang zwischen Ethnozentrismus und AfD-Stimmenanteilen zur Europawahl 2019

Je dunkler die Einfärbung, desto höher ist der Anteilswert der Zustimmung zu ethnozentrischen Aussagen bei Befragten im Kreis und desto höher der AfD-Stimmenanteil. Abgetragen ist ein Indexwert (Quadratwurzel aus dem Produkt der beiden Werte). Quelle: Topografie / Landeswahlleiter; Kartenmaterial @ GeoBasis-DE / BKG 2017, Erstellt mit Datawrapper



Zusammenfassung

Insgesamt ist die demografische und wirtschaftliche Situation im IIm-Kreis als relativ gut einzuschätzen. Einige der statistischen Kennzahlen liegen erkennbar über dem Landesdurchschnitt. Herausforderungen bestehen jedoch hinsichtlich zukünftiger demografischer Entwicklungen und der verhältnismäßig hohen Quote an Schulabgänger:innen ohne Abschluss. Die materiellen und sozialen Partizipationschancen sind im Kreis innerhalb und zwischen den Gemeinden und ihren Stadt- bzw. Ortsteilen unterschiedlich verteilt. Besonders in einigen Teilen von Arnstadt und Ilmenau zeigen sich räumlich konzentrierte soziale Problemlagen. Auf der Einstellungsebene zeigten sich leicht unterdurchschnittliche bis durchschnittliche Werte bei der Zustimmung zu Ungleichwertigkeitsvorstellungen. Der Zuspruch zu asylkritischen Aussagen lag allerdings überdurchschnittlich hoch. Die Analyse der Erfolgsbedingungen des Zuspruchs zur AfD legt nahe, dass neben einigen soziodemografischen Faktoren insbesondere Aspekte der politischen Raumkultur (Nichtwählende, frühere NPD-Wählende, xenophobe und asylkritische Einstellungen) eine Rolle für den vergleichsweise hohen Zuspruch im Kreis gespielt haben könnten.

3 DIE RADIKALE RECHTE IM ILM-KREIS: ANGEBOTSTRUKTUREN UND AKTIVITÄTEN

3.1 EINSCHÄTZUNG DER ALLGEMEINEN SITUATION

Der Einschätzung, dass der Ilm-Kreis nicht als regionaler rechtsextremer Schwerpunkt zählt (vgl. Einleitung), liegt eine behördliche Definition des Rechtsextremismus zugrunde, die auf bestimmte Aspekte zutreffend ist, die Situation der radikalen Rechten vor Ort insgesamt aber nur unzureichend fassen kann. In diesem Kapitel soll versucht werden, ein umfassenderes Bild radikal rechter Einstellungspotenziale, öffentlich wahrnehmbarer Aktivitäten und Strukturen und ihrer Verankerung im Lokalraum zu zeichnen. Das umfasst neben rechtsextremen Einstellungs- und Handlungsdimensionen explizit auch weiter verbreitete Ungleichwertigkeitsideologien (bspw. Rechtspopulismus) mit ihren öffentlichen Artikulationsformen, die trotz bestehender Unterschiede unter dem Oberbegriff der „radikalen Rechten“ zusammengefasst werden können.

Nach Einschätzung der befragten lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen wird die Entwicklung der rechtspopulistischen und -extremen Situation im Ilm-Kreis mehrheitlich als eine angespannte und latent bedrohliche beschrieben. Mehrere Interviewpartner:innen unterstreichen, dass sich die Situation – insbesondere gegenüber der organisierten gewalttätigen rechtsextremen Phase in den 90ern bis 2000ern – verbessert habe. Einen Grund zur Entwarnung sehen dennoch die Wenigsten. Viele der damaligen Akteur:innen sind auch heute noch in den Orten und können sich anlassbedingt schnell wieder zusammenfinden. Wie rasch sich unter dem Eindruck mobilisierungsfähiger Anlässe neue und alte rechte Netzwerke konnten, zeigte sich bereits 2015/16 während der flüchtlingsfeindlichen Mobilisierung. Von vielen Befragten wird daher mit Sorge auf die aktuellen Entwicklungen im Zuge der Corona-Proteste geblickt, an die Rechtspopulist:innen und Rechtsextremist:innen teilweise erfolgreich anknüpfen können. “[A]llein die Tatsache, dass hier noch vor den größeren Städten (zumindest zeitlich vor Erfurt) erste ‚Hygiene-Demos‘ durch Verschwörungsgläubige stattgefunden haben, zeigt uns, dass das Gedankengut weder weg ist noch keine breitere Basis mehr hätte.“ (18.2) Einzelne Gemeinden und Stadttei-

le, bspw. am Rabenhold in Arnstadt, Marlishausen und Kirchheim, seien nach wie vor „rechte Wohlfühlorte“ (I11.1). Schwerpunktmäßig im ländlicheren Raum sind Ressentiments gegenüber vielem, was als „anders“, „neu“ oder „fremd“ wahrgenommen wird, verbreitet und damit anschlussfähig für rechtspopulistische Narrative. Die starken regionalen und kommunalen Wahlerfolge der radikal rechten AfD zeugen von einer flächendeckenden Sympathie zu radikal rechten Positionen bis in die Mitte der Gesellschaft hinein. Sie werden von vielen Befragten als besorgniserregende Entwicklung wahrgenommen. Parallel dazu stellen mehrere Befragte eine fortschreitende Normalisierung radikal rechter Positionen in Teilen der Gesellschaft fest: „Rechte Parolen werden normaler. Ich habe das Gefühl, dass rechtsextremes Gedankengut nicht mehr als falsch wahrgenommen wird.“ (I10.1)

In den folgenden Kapiteln betrachten wir zunächst die unterschiedlichen Artikulationsformen radikal rechter Phänomene vor Ort anhand von Daten zu zugrundeliegenden Einstellungen, zum Wahlverhalten und zu organisatorischen und räumlichen Strukturen. Dabei wird zwischen der Perspektive der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen vor Ort und der Einordnung und Kontextualisierung durch die Autor:innen unterschieden.

3.2 FORMELLE ORGANISATION: PARTEIEN DER RADIKALEN RECHTEN IM ILM-KREIS

ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD)

Einschätzung der Zivilgesellschaft

Aus Sicht der lokalen Zivilgesellschaft stellt die AfD die größte der aktuellen Herausforderungen im Bereich radikal rechter Bewegungen im Kreis dar. Sie kann an bereits länger existente Stimmungen in Teilen der Bevölkerung anknüpfen und steht damit bis zu einem gewissen Grad auch symbolhaft für vorher eher diffus und in der Öffentlichkeit weniger wahrgenommene politische Haltungen mit teils radikal rechten Bezügen, die nun offener zutage treten und an denen sich nun das politische Klima polarisiert: „Das Wähler:innenpotenzial ist immens und war es auch schon, als es die AfD andernorts nicht war.“ (I11.3) Das zeige sich dann auch „[...] im Wahlverhalten, in ihren Äußerungen gegenüber Anderen“ (I5.2). Mit ihrem Aufschwung, der maßgeblich von der Mobilisierung

im Zuge der „Asylkrise“ vorangetrieben wurde, hat sich das politische Klima zugunsten der populistisch-radikalen Rechten verändert (Frage 4; Interviews 4, 5, 10, 11). Ein Teil der Interviewten hebt dabei hervor, dass die AfD im Ilm-Kreis zumindest in Teilen mit rechtsextremen Akteur:innen und Gruppen in Verbindung stehe (I3.2, I3.3, I6.2) und personell auf schon früher vorhandenes politische Potenzial zurückgreifen könne. „Alte Strukturen [...]“, schreibt eine der befragten Personen, würden mit der AfD „[...] widerbelebt und bekämen ein neues Gesicht“ (I6.29).

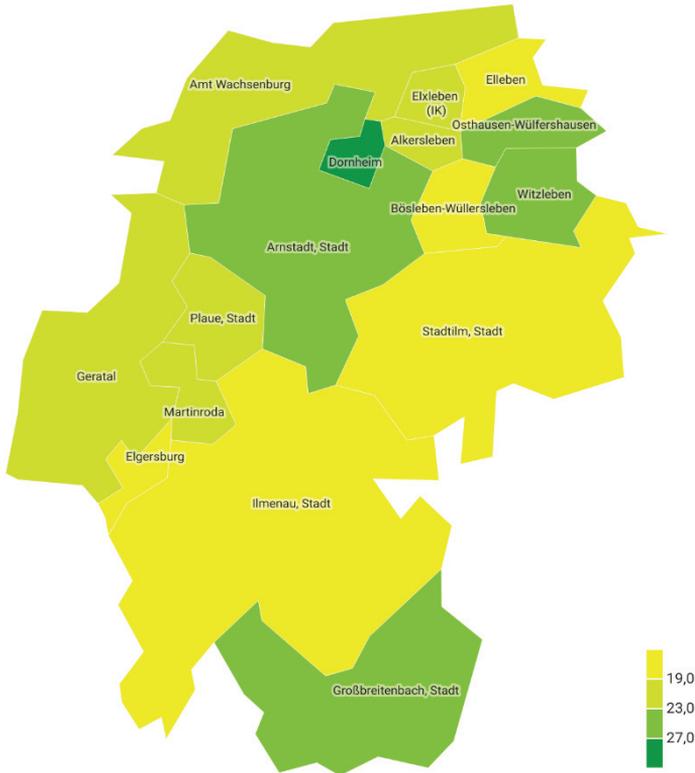
Einordnung

Von ihrer Gründung im Jahr 2013 bis heute hat die AfD einen beachtlichen Aufstieg verzeichnet. Bundesweit, besonders jedoch in den östlichen Bundesländern, hat sich die Partei seither von der Bundespitze über die Landesparlamente, Kreistage und Stadträte flächendeckend mit relativ hohem Wähler:innenzuspruch verankern können. Analog zum Tempo, in dem die Parteibreite Wähler:innenschichten mobilisieren konnte, verlief auch ihre Radikalisierung (Arzheimer/Berning 2019). 2013 gegründet als „euroskeptische und nationalkonservative“ Partei, offenbarten sich in ihr immer stärker rechtsextreme Tendenzen, die eine entsprechende Bewertung der Partei mindestens in Teilen als rechtsextrem rechtfertigen (Pfahl-Traughber 2019; Salheiser 2019). Eine maßgebliche Rolle kommt dabei dem Thüringer Landesverband unter dem Landesvorsitzenden Björn Höcke zu. Höcke, der seit Jahren mit völkischen, rassistischen und geschichtsrevisionistischen Aussagen für Schlagzeilen sorgt und persönliche Verbindungen in die rechtsextreme Szene hat, hat als wichtigster Protagonist des rechtsextremen, vom Verfassungsschutz beobachteten Flügels (inzwischen formal aufgelöst) die Radikalisierung der AfD maßgeblich mit vorangetrieben. Die im Mai 2021 erfolgte Einstufung der AfD Thüringen als „erwiesene extremistische Gruppierung“ und Beobachtungsfall des Thüringer Landesamts für Verfassungsschutz¹⁷ ist in großen Teilen eine Konsequenz der Dominanz des Flügels innerhalb des Landesverbands. Die AfD ist in der untersuchten Region mit ihrem Kreisverband „Ilm-Kreis/Gotha“ aktiv.

¹⁷ Vgl. <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/verfassungsschutz-afd-beobachtung-100.html> [21.05.2021].

Abbildung 4: Stimmenanteile der AfD zur Kreistagswahl 2019

Grafik: IDZ-Jena; Quelle: Landeswahlleiter Thüringen; Erstellt mit Datawrapper



2019 fand im ILM-Kreis zunächst die Kreistagswahl statt. Die AfD (20,4%) schaffte es auf Platz zwei und lag rund vier Prozentpunkte hinter der CDU (24,1%). Sie errang insgesamt 9 Sitze im Kreistag. Der Zuspruch der Wähler:innen für die AfD war im Kreis sehr unterschiedlich verteilt. In Dornheim, wo die Partei mit 31,2% ihr bestes Ergebnis einfuhr, erreichte sie mit deutlichem Abstand zu den anderen Parteien den ersten Platz. Auch in Witzleben (24,5%), Großbreitenbach (23,4%) und Arnstadt (23,2%) war der Zuspruch überdurchschnittlich hoch. In Bösleben-Wüllersleben (15,8%), Elleben (16,5%) und der Stadt Ilmenau (17,7%) erzielte die AfD hingegen die schlechtesten Ergebnisse.

Zur darauffolgenden Landtagswahl 2019 zeigte sich erneut, dass die AfD im Ilm-Kreis auf starken Rückhalt bei Teilen der Wähler:innen bauen konnte. Mit 27,7% der Wahlkreisstimmen verfehlte sie nur im Nachkommabereich (um 0,1 Prozentpunkte) den ersten Platz, den die CDU behauptete. Bei den Landesstimmenanteilen lag dann allerdings DIE LINKE mit 31,4% deutlich vor AfD (26,2%) und CDU (19,6%). Ihr bestes Ergebnis erzielte die AfD in Neusiß mit 43,9% der Zweitstimmen, gefolgt von Dornheim (37,4%). Relativ schlecht schnitt die Partei dagegen in der ehemaligen Gemeinde Gehlberg (18%) und Bösleben-Wüllersleben (18,6%) ab. Zur Bundestagswahl 2021 konnte die Partei ihr Wahlergebnis im Wahlkreis Gotha-Ilm-Kreis um 2,4 (Erststimme) und 1,2 (Zweitstimme) Prozentpunkte gegenüber der vergangenen Bundestagswahl steigern und liegt damit erstmalig auf dem ersten Platz (26,5 und 26,0%) mit deutlichem Abstand zu zweitplatzierten SPD (23,5 und 23,8%). In den Gemeinden des Kreises Dornheim, Witzleben, Plaue Stadt, Martinroda und Elgersburg stimmten zwischen 30 und 40% der Wählenden mit Zweitstimme für die Partei. Den niedrigsten Wahlzuspruch erreichte die AfD in Elleben (21,9%), gefolgt von Bösleben-Wüllersleben und Ilmenau (beide 22,9%). Auch wenn Unterschiede im Abstimmungsverhalten zwischen Bundes-, Landes- und Kommunalwahlen bestehen, verweist das Ergebnis doch auf eine Verfestigung der Partei in relevanten Teilen der Wähler:innenschaft. Gleichzeitig ermöglichte das historisch schlechte Abschneiden der CDU im Ilm-Kreis - analog zum Bundestrend – der AfD den Platz als stärksten Kraft, was auch durch starke Zugewinne bspw. der SPD nicht ausgeglichen werden konnte.

Rechtsextreme Schnittmengen

Die zuvor thematisierten Schnittmengen der Partei zu rechtsextremen Gruppen und Akteur:innen stehen dabei im Kontrast zur öffentlichen Inszenierung als kommunale, bürgernahe ‚Kümmerpartei‘ mit konservativem Profil und einer klaren Abgrenzung zur extremen Rechten.¹⁸ Allein in der Stadtratsfraktion der AfD in Arnstadt existieren etliche Bezüge ins rechtsextreme Milieu. Es war die Fraktion um Markus Klimpel, die 2020 Frank Rimbach, den Vorsitzenden der rechtsextremen Schlesischen Jugend, als „fachkundigen Bürger“ benannte.¹⁹ Der AfD-Landesverband ging offiziell auf Distanz, da die SJ auf der Unverein-

¹⁸ Vgl. Stellungnahme zu Vorwürfen und Abgrenzung zu Extremismus: <https://www.afd-thueringen.de/kv-gera-jena-shk/2018/10/stellungnahme-des-kreisverbands-ilmkreis-gotha-zu-den-nazi-vorwuerten-in-der-thueringer-afd/> [21.05.2021].

¹⁹ <https://www.tagesspiegel.de/politik/als-berater-fuer-stadtraete-thueringer-afd-politiker-beruft-rechtsextremisten-zum-sachkundigen-buerger/25540128.html> [22.05.2021]

barkeitsliste der Partei steht. Ein Jahr später demonstrierte allerdings Höcke öffentlich den Schulterschluss bei einem gemeinsamen Auftritt mit Klimpel im Rahmen einer AfD-Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen in Arnstadt. Weitere Nähe der Arnstädter AfD zu Gruppierungen der extremen Rechten bestehen im Fall der Gruppe Erfurt zeigt Gesicht. 2019 soll sich ein Aktivist der Gruppe an einem AfD-Infostand beteiligt haben und gemeinsam mit einer weiteren Protagonistin im Rahmen eines Bürgerdialogs in Erscheinung getreten sein.²⁰ Der MDR berichtete darüber hinaus von einem Vorfall in Erfurt im Jahr 2018, bei dem Aktivist:innen von Erfurt zeigt Gesicht unter Beteiligung Klimpels gegen einen Moscheebau demonstriert hatten, dabei vor das Wohnhaus einer GRÜNEN-Politikerin gezogen waren und diese verbal bedrohten.²¹ Daneben soll er in sozialen Medien eine „Solidaritätsadresse“ an die verurteilte Holocaust-Leugnerin Ursula Haverbeck geteilt haben (ebd.). Ein weiterer Ortsverband des AfD-Kreisverbands Ilm-Kreis/Gotha wurde 2019 nach Differenzen zwischen dem Kreisverband und dem Ortsverband Friedrichroda aufgelöst, nachdem dort ein ehemaliges NPD-Mitglied zur Kommunalwahl kandidieren sollte.²² 2018 geriet der AfD-Kreisverband Ilm-Kreis/Gotha ein weiteres Mal in die Schlagzeilen, weil bekannt wurde, dass an einer „Rundreise zu Lebensstationen Adolf Hitlers“ mindestens ein Mitglied des Kreisverbandes und Mitarbeiterin von Markus Bühl (Bundestagsabgeordneter und Kreisverbandsvorsitzender) teilgenommen hatte.²³

NATIONALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLAND (NPD)

Die Nationaldemokratische Partei Deutschland (NPD) wird – im Unterschied zur AfD – vom Bundesamt für Verfassungsschutz und vom Bundesverfassungsgericht in Gänze als dezidiert verfassungsfeindlich eingeordnet. Die Partei befindet sich spätestens mit dem Bedeutungszuwachs der AfD in einer Phase der personellen und elektoralen Marginalisierung. 2019 war sie thüringenweit in deutlich geringerem Umfang als zur vorherigen Kommunalwahl angetreten und errang in insgesamt 26 Orten kommunale Mandate – im Vergleich zu 60 Mandaten bei

20 <https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/> [21.05.2021].

21 Der Artikel ist unter dem Link aktuell nicht mehr vorhanden, liegt aber als gespeicherte Version vor. https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/arnstadt-ilmkreis/afd-landesvorstand-distanzierung-stadtrat-klimpel-100_box-1088467669092664022_zc-194f1a06.html [20.05.2021].

22 <https://www.thueringen24.de/thueringen/article217119313/Wegen-Differenzen-AfD-loest-Ortsverband-in-Thueringen-auf.html> [20.05.2021].

23 <https://www.abendblatt.de/politik/article215597905/Auch-AfD-Funktionaerin-auf-Hitler-Wallfahrt-mit-Parteirichter.html> [20.05.2021].

der vorausgegangenen Wahl (Best/Miehlke/Salheiser 2019: 16). Im Ilm-Kreis ist die Partei bis in die Gegenwart mit ihrem 2016 mit gebildeten Kreisverband NPD Erfurt/Ilm-Kreis vertreten, eine Ortsgruppe NPD Arnstadt existierte schon zuvor. Nach Angaben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales verfügt sie vor Ort nur über geringe personelle Kapazitäten und einen niedrigen Aktivitätsgrad. Tabelle 3 verdeutlicht den Bedeutungsverlust der NPD zumindest im Bereich öffentlicher Veranstaltungen. Noch 2014 waren besonders vom Landesverband zahlreiche Veranstaltungen im Ilm-Kreis durchgeführt worden; in den Folgejahren gingen diese sichtbar zurück. Kommunalpolitisch erlangte die Partei im Ilm-Kreis in der jüngeren Vergangenheit keine Bedeutung. Zu den vier zurückliegenden Kommunalwahlen (2004, 2009, 2014, 2019) war sie nicht angetreten. Bei der Landtagswahl 2014 erzielte die NPD im Ilm-Kreis jedoch einen gegenüber dem thüringenweiten Ergebnis (3,6%) leicht überdurchschnittlichen Landesstimmenanteil (4,0%). Allerdings waren die lokalen Unterschiede erheblich: Zweistellige Landestimmenanteile erzielte die Partei in Wildenspring (14%) und in Pennewitz (10,1%), hingegen in Gössel, Martinroda und Ilmenau jeweils nur rund 2%. Bei der Landtagswahl 2019 sank der NPD-Landesstimmenanteil thüringenweit auf 0,5% ab. Im Ilm-Kreis erreichte die Partei nur noch 0,4% der Landesstimmen. Ähnlich erfolglos verliefen die Bundestagswahl 2021 im Wahlkreis Gotha-Ilm-Kreis, wo die Partei 2021 lediglich 0,3 % der Zweitstimmen erreichte. Seit ihrem Höchststand zur Bundestagswahl 2005 (3,9%) zeigt sich auch hier – besonders mit den Wahlerfolgen der AfD zur Bundestagswahl 2017 – der Trend zur vorläufigen elektoralen Bedeutungslosigkeit.

DIE THÜRINGER HEIMATPARTEI (THP)

Als neuere Kleinstpartei im äußeren rechten Spektrum ist die sogenannte Thüringer Heimatpartei (THP) erst seit 2020 im Ilm-Kreis präsent. In ihrer Selbstbeschreibung inszeniert sie sich als eine „freiheitlich-patriotische und soziale Mitmacherpartei“.²⁴ Doch Programmatik und personelle Zusammensetzung deuten eher auf den Versuch hin, die AfD noch weiter rechts außen zu übernehmen. Die Kritik der THP an der „Schein-Alternative“ AfD richtet sich besonders gegen die Unvereinbarkeitsliste der AfD, auf deren Grundlage 2019 der Ortsverband AfD-Friedrichroda wegen der Nominierung eines ehemaligen NPD-Kandidaten aufgelöst wurde (s.o.). Die THP, die nach Eigenangaben seit

²⁴ <https://www.thueringer-heimatpartei.de/> [20.05.2021].

2021 beim Bundeswahlleiter registriert ist, hat bisher als einzigen Kandidaten den ehemaligen NPD-Politiker Timo Pradel²⁵ für die Bundestagswahl 2021 im Wahlkreis Gotha-Ilm-Kreis (Wahlkreis 192) nominiert. Pradel ist zugleich Vorsitzender der Partei. Teile der Partei rekrutieren sich nach Eigenangaben aus ehemaligen AfD-Mitgliedern. Vieles deutet darauf hin, dass sich unter dem neuen Namen zumindest Teile des ehemaligen AfD-Ortsverbands Friedrichroda zusammengefunden haben. Die vormalige Facebook-Seite AfD Friedrichroda wurde im Zuge der Auflösung des Ortsverbands kurzerhand umbenannt, zwischenzeitlich trug sie u.a. den Titel Patrioten in Friedrichroda und schließlich den Titel Thüringer Heimatpartei Ortsverband Friedrichroda. Die THP agitiert seit ihrer Gründung vor allem gegen die Corona-Maßnahmen, die Regierungsparteien und die Migrationspolitik. Die Corona-Maßnahmen werden als überzogen kritisiert, das politische System als „Corona-Diktatur“ bezeichnet. Dabei sucht man auch den Schulterschluss mit Gruppen aus dem Spektrum der „Corona-Kritiker:innen“, bspw. dem extrem rechten und islamfeindlichen Bündnis Erfurt zeigt Gesicht, das bereits gegen den Moscheebau in Erfurt-Marbach mobilisierte (s.o.). Rassistische Kommentare auf der Facebook-Seite der THP bleiben unkommentiert stehen. Zur Bundestagswahl 2021 erreichte die Partei jedoch lediglich 549 Stimmen und damit nur 0,4% der Erststimmenanteile für das Direktmandat.

DER III. WEG

Die explizit neonazistische Kleinstpartei Der III. Weg trat zur Kommunalwahl 2019 nur im nahen Erfurt an, wo sie zwei kommunale Mandate erringen konnte. Im Ilm-Kreis existieren keine Hinweise auf eine stärkere lokale Verankerung. Dennoch geht ein Teil der Veranstaltungsaktivitäten im Kreis auf die Partei zurück, die u.a. ihre Parteitage regelmäßig in der sogenannten Erlebnisscheune Das Erfurter Kreuz in Kirchheim ausrichtete.

WEITERE PARTEI: PRO ARNSTADT

Eine besondere Rolle kommt der Partei Pro Arnstadt zu. Sie wird hier in der separaten Kategorie „weitere Partei“ angeführt, da sie zwar nicht in Gänze als radikal rechte Partei einzuordnen ist, mindestens jedoch eine program-

²⁵ <https://www.pressreader.com/germany/thuringer-allgemeine-ilmenau/20210512/281891596157242> [20.05.2021].

matische Nähe zum Rechtspopulismus bei Akteur:innen der Partei, sowie Verflechtungen mit der radikal rechte Parteienlandschaft bestehen. Die freie Wählergemeinschaft Pro Arnstadt wurde 1994 gegründet. Grund war nach eigenem Bekunden die Unzufriedenheit mit der bisherigen Stadtentwicklung.²⁶ Der Eigendarstellung nach präsentiert sich die Partei konservativ mit einem wirtschaftspolitischen Schwerpunkt (Unterstützung des Mittelstandes und der Kleinunternehmer:innen). Bei den Stadt- und Gemeinderatswahlen 2009 erreichte die Partei 30,7%, zur Wahl fünf Jahre später noch 27,9% der Stimmen. Von 1994 bis 2012 stellte die Partei den Bürgermeister Arnstadts. Bei der vergangenen Wahl im Jahr 2019 schnitt sie mit 24,7% noch einmal niedriger ab, war aber nach wie vor die größte Fraktion im Stadtrat. In der Vergangenheit zeigten sich deutliche Bezüge zu Akteur:innen und Gruppen der radikalen Rechten, bspw. zur rechtsextremen Pro-Bewegung. Besonders die langjährige Amtsphase unter dem ehemaligen Bürgermeister Köllmer machte die inhaltliche und personelle Nähe zum Spektrum der radikalen Rechten deutlich. Öffentlich bekundete Sympathien und Kontakte bestanden u.a. zur rechtspopulistischen FPÖ (Österreich) und ihrem damaligen Vorsitzenden Jörg Haider.²⁷ 2009 fand der rechtsextreme Thüringentag der nationalen Jugend in Arnstadt statt. Kritik an der fehlenden Distanzierung von der Veranstaltung konterte Köllmer mit der Aussage, kein Nazi zu sein, weil da „zu viel Sozialismus“ enthalten sei.²⁸ Im selben Jahr kündigte er an, „Pro Deutschland in Thüringen zu mehr Geltung zu verhelfen“.²⁹ Auf Kritik reagierte er nach Angaben der Zeitschrift Jüdische Allgemeine mit der geschichtsrevisionistischen Aussage: „Wird heute wieder ausgegrenzt, wie im Dritten Reich die Juden?“³⁰ Die Antwort „Wehret den Anfängen“ auf die Frage, warum er sich im Kontext der „ausländerfeindlichen Ideen“ von Pro Deutschland in einer Stadt mit verhältnismäßig geringen Anteilen ausländischer Einwohner:innen engagieren wolle³¹, lässt xenophobe Einstellungsmuster des ehemaligen Bürgermeisters vermuten. 2012 trat Köllmer nicht erneut zur Wahl an. Neuer Bürgermeister wurde der parteilose Alexander Dill.

Diese Bezüge zur radikalen Rechten lassen sich jedoch nicht ausschließlich auf den Zeitraum und das Wirken des ehemaligen Bürgermeisters von Pro Arnstadt

26 <https://proarnstadt.de/geschichtliches/>

27 <https://www.mut-gegen-rechte-gewalt.de/news/meldungen/buergermeister-rechten-abwegen>

28 Ebd.

29 <https://www.belltower.news/koellmer-hans-christian-32402/>

30 <https://www.juedische-allgemeine.de/politik/ja-ich-bin-rechts/>

31 Ebd.

zurückführen. Eine kritische öffentliche Auseinandersetzung mit den o.g. Vorfällen innerhalb seiner Partei ist zumindest nicht bekannt. Vielmehr überstand Köllmer einen Abwahantrag wegen seiner Ambitionen zur Annäherung an Pro Deutschland, wobei er sich die Unterstützung seiner Wähler:innenvereinigung und Enthaltungen weiterer Parteien sichern konnte.³² Zumindest in einigen Fällen offenbaren auch die Aktivitäten weiterer Mitglieder von Pro Arnstadt die Nähe zu Inhalten und Aktivitäten der radikalen Rechten. Im Jahr 2015 stimmte die Fraktion gegen einen Beschluss, Geflüchtete in Arnstadt willkommen zu heißen³³ und ein Mitglied von Pro Arnstadt³⁴ nahm nach Angaben von MOBIT (Mobile Beratung in Thüringen. Für Demokratie – gegen Rechtsextremismus) als Redner an einer geflüchtetenfeindlichen Demonstration mit bekannten Rechtsextremist:innen teil.³⁵ Der Herausgeber des Arnstädter Stadtechos – ein lokales Anzeigenblatt – ist ebenfalls Stadtrat für Pro Arnstadt. Das Anzeigenblatt wird kostenlos und in hoher Stückzahl an die Haushalte vor Ort verteilt wird.³⁶ Nach Angaben des lokalen zivilgesellschaftlichen Bündnisses gegen Rechts (BGRE) fällt das Blatt immer wieder durch inhaltliche Nähe zur AfD auf, der dort viel Platz in der Berichterstattung eingeräumt wird.³⁷ In der Vergangenheit veröffentlichte das Stadtecho mehrfach Artikel von Rechtsextremist:innen bzw. von Personen, die einen rechtsextremistischen Hintergrund nahelegen.³⁸ 2009 wurde u.a. das Programm von Pro Deutschland im Stadtecho abgedruckt.³⁹ Zur Einweihung eines Mahnmals des geschichtsrevisionistischen Vereins Gedächtnisstätte e.V., zu dessen Gründungsmitgliedern bekannte Rechtsextremist:innen und Holocaustleugner:innen gehörten,⁴⁰ war ein Autor des Anzeigenblattes anwesend, berichtete anschließend von der Veranstaltung und bezog sich positiv auf die Einrichtung des Mahnmals.⁴¹ Trotz der Nähe zur radikalen Rechten ist es dem Anzeigenblatt immer wieder gelungen, zahlreiche Unternehmer:innen für Anzeigen im Blatt zu gewinnen und Politiker:innen der demokratischen Parteien in die Berichterstattung einzubinden.

32 <https://www.belltower.news/koellmer-hans-christian-32402/>

33 <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/pro-arnstadt-lehnt-fluechtlingsresolution-ab-id220728037.html>

34 <https://proarnstadt.de/stefan-buchtzik/>

35 https://mobit.org/Chronik/Chronik_Rex-Thueringen-2015.pdf

36 Aktuelle Angaben zur Auflage waren nicht auffindbar. 2009 wurde die Auflage in der Antwort auf eine Kleine Anfrage an den Bundestag auf 20000 Exemplare beziffert: <https://dserver.bundestag.de/btd/17/035/1703562.pdf>.

37 <https://www.bgre.de/2018/04/19/stadtecho-sprachrohr-der-afd/>

38 https://lfrt.de/downloads/Landtag/Extremismus/5_1125.pdf

39 <https://dserver.bundestag.de/btd/17/035/1703562.pdf>.

40 Verfassungsschutzbericht Niedersachsen 2011: http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de/download/71640/Verfassungsschutzbericht_2011.pdf.

41 Vgl. Auszug des Artikels unter: <https://www.bgre.de/2014/09/03/das-stadtecho-und-die-holocaust-leugner/>

Einschätzung der Zivilgesellschaft

Nach den Beobachtungen einer interviewten Person kann das Anzeigenblatt dabei in die Lücke einer defizitären lokalen Medienabdeckung vor Ort stoßen und größere Teile der Arnstädter Bevölkerung erreichen (I.HG). Das langjährige Wirken von Pro Arnstadt und vom Arnstädter Stadtecho an der Schnittstelle zwischen radikaler Rechten und lokalen bürgerlichen Institutionen und Parteien erodiert Grenzziehungen und trägt nach Einschätzung von Akteur:innen der lokalen Zivilgesellschaft zu einem Klima der Normalisierung solcher Positionen in der Öffentlichkeit bei (I11. 1/2/4, I.HG).

3.3 HOTSPOTS UND INFRASTRUKTUR DER RADIKALEN RECHTEN IM ILM-KREIS

Einordnung

Eine von der Bundesregierung im April 2021 veröffentlichte Statistik rechtsextremer Treffpunkte in Deutschland führte 174 sogenannte Szeneobjekte in ganz Deutschland auf.⁴² Ein Teil davon hat große überregionale Bedeutung für die Szene. Die Immobilien sind eine unabdingbare Grundlage rechtsextremer Infrastruktur: Hier findet ideologischer und informeller Austausch relativ ungestört von sozialen und juristischen Einschränkungen statt und die szeneninterne Vernetzung und eine Stärkung der politischen Identität wird vorangetrieben. Konzerte, Lesungen, Schulungen, Kooperationstreffen und interne Feiern können durchgeführt werden. Trainingsmöglichkeiten für rechte Kampfsportler:innen und Workshops – häufig auch explizit zum Umgang mit politischen Gegner:innen - werden angeboten. Dabei fungieren die Objekte auch als zentrale Einkommensquelle der Bewegung, lassen sich hier doch u.a. durch Eintrittsgelder, Ausschank und Verkäufe bei Konzerten beträchtliche Einnahmen erzielen. Außerdem verfügen einige der Immobilien als Versandhandelsstützpunkte über Lagerkapazitäten für rechtsextreme Devotionalien. Durch diese breite Palette an Nutzungsmöglichkeiten können die Szenetreffs als „Dreh- und Angelpunkte der regionalen und überregionalen extrem rechten Szene“ bezeichnet werden (Mobit 2017). Mit der hohen Anzahl rechtsextremer Aktivitäten entstehen in den betroffenen Orten häufig auch Angsträume für An-

⁴² Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Martina Renner, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE – Drucksache 19/27686 des Deutschen Bundestages, 26.04.2021, <https://dserver.bundestag.de/btd/19/290/1929012.pdf> [20.05.2021].

dersdenkende und solche Personen, die als „Feind:innen“ von Rechtsextremisten identifiziert werden (vgl. Salheiser 2021). Die Übersicht der Versammlungen mit „extremistischem“ Hintergrund, die das Thüringer Ministerium für Inneres und Kommunales veröffentlichte,⁴³ gibt ersten Aufschluss über die räumlichen Schwerpunkte der rechtsextremen Netzwerke. Insbesondere Kirchheim hat sich zu einem bundesweit bedeutenden Pilgerort rechtsextremer Gruppen aller Couleur entwickelt. Der Ort, nordöstlich von Arnstadt am Autobahnkreuz Erfurt gelegen, ist mit 1.274 Einwohner:innen von relativ überschaubarer Größe, hat sich aber inzwischen durch die Veranstaltungsimmoblie in der lokalen, bundesweiten, teilweise auch internationalen Szene als fester Bezugspunkt etabliert. Wegen der Bedeutung für die Rechtsrockszene bleibe der Ilm-Kreis „ein Hot-spot in Thüringen.“ (18). Rund zwei Drittel der von offiziellen Stellen registrierten Veranstaltungen (2014–2017) mit „extremistischen“ Bezügen gehen auf die Veranstaltungsaktivitäten des Neonazitreffpunktes Erfurter Kreuz zurück (vgl. Tabelle 2). Neben Konzerten, Vorträgen, Privatfeiern und Parteiveranstaltungen fanden hier in der Vergangenheit häufig Kampfsportevents und -trainings statt. Erstmals wurde die Erlebnisscheune 2009 als Veranstaltungsort im Rahmen einer Tagung des NPD-Landesverbands für rechtsextreme Veranstaltungen genutzt. Seither fanden dort unzählige Veranstaltungen statt (Vgl. Tabelle 3). Häufige Gäste waren, neben NPD, III. Weg und dem rechtsextremen Kulturverein Gesellschaft für freie Publizistik⁴⁴, rechtsextreme Kameradschaftsgruppierungen wie die Hammerskins und die Bruderschaft Thüringen/Turonen/Garde 20, gegen die im Februar 2021 u.a. in Gotha und Ballstädt (Landkreis Gotha) Razzien wegen des Verdachts der Geldwäsche, des Waffenhandels und der Drogenkriminalität durchgeführt wurden.⁴⁵

Im Arnstädter Ortsteil Marlishausen existiert mit einer ehemaligen Bahnhofsgaststätte seit 2011 ein weiterer Treffpunkt der rechtsextremen Szene im Ilm-Kreis. Nach Angaben des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales wurden hier u.a. Veranstaltungen der Schlesischen Jugend und der Identitären Bewegung Thüringen abgehalten.⁴⁶ Die Immobilie bietet Raum für Veranstaltungen

43 https://wordpress01.gcms.verdigado.net/madeleine-henfling/wp-content/uploads/sites/77/2019/03/DKA-3504-Rechtsextremismus-im-Ilm-Kreis_MH-1.pdf [23.05.2021].

44 <https://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/239438/der-rechte-rand-verlage> [21.05.2021].

45 <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/razzia-neonazi-netzwerk-drogenhandel-turonen-garde-bruderschaft-100.html> [21.05.2021].

46 http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/78158/politisch_motivierte_kriminalitaet_2019_landkreis_ilm_kreis.pdf [20.05.2021].

gen mittlerer Größe und hat sich deshalb neben der Erlebnisscheune in Kirchheim zu einem weiteren Bezugspunkt rechtsextremer Aktivitäten entwickelt.

Zusätzlich zu den beiden Immobilien existiert im Kreis ein rechtsextremer Versandhandel mit dem Namen Ostfront Versand,⁴⁷ der laut Impressum in Ilmenau firmiert⁴⁸. Im Onlineshop finden sich neben zahlreichen Waffen und solchen Gegenständen, die als Waffen verwendet werden können (u.a. Schlagstöcke, Messer, Macheten, Kubutan), vielfältige Textilien, die rechtsextreme Inhalte und Codes offen zur Schau stellen (z.B. Bekleidung mit Aufschriften wie „88“ (als Szenecode für die Initialen Adolf Hitlers verwendet) oder „N.A.Z.I. (Mit der Unterschrift: „Nicht an Zuwanderung interessiert“).

Tabelle 2: Orte nach Anzahl Versammlungen im Ilm-Kreis (2014–2017)⁴⁹

	2014	2015	2016	2017	Gesamt
Kirchheim	9	13	12	9	43
Marlishausen	2	1	1	5	9
Ilmenau	1		1		2
Stadtilm	1				1
Arnstadt	2	3		2	7
Langwiesen	1			1	2
Böhlen			1		1
Frauenwald				1	1
Gesamt	16	17	15	18	66

Einschätzung der Zivilgesellschaft

Dementsprechend sind Kirchheim und Marlishausen die Orte, die am häufigsten in den Interviews mit Akteur:innen der lokalen Zivilgesellschaft als lokale Schwerpunkte des Rechtsextremismus genannt wurden. Danach folgt Arnstadt,

47 Nennung dazu in einer Antwort auf eine kleine parlamentarische Anfrage der LINKEN im Jahr 2019. Online unter: http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/70099/neonazi_szene_in_der_stadt_arnstadt_und_im_ilm_kreis.pdf.

48 Stand: 01.07.2021.

49 Datengrundlage: Kleine Anfrage. Online unter: https://wordpress01.gcms.verdigado.net/madeleine-henfling/wp-content/uploads/sites/77/2019/03/DKA-3504-Rechtsextremismus-im-Ilm-Kreis_MH-1.pdf [25.05.2021].

vor allem der Stadtteil Rabenhold, welcher ein Schwerpunkt der rechten, flüchtlingsfeindlichen Mobilisierungen ab 2015 war. Stadtilm wurde einige Male benannt, da hier Akteure der radikalen Rechten aktiv sind und vermutet wurde, dass sich dort ein weiterer Szenetreff etablieren könnte. Außerdem die Gemeinde Geschwenda: Der Neonazi-Politiker und Szeneunternehmer Tommy Frenck (aus dem Landkreis Hildburghausen) hatte dort in der Vergangenheit versucht, eine Immobilie zu erwerben.⁵⁰ Im Ort sind nach Interviewaussagen mehrere Personen aus dem Spektrum des völkischen Rechtsextremismus ansässig. Ebenso die Gemeinde Stützerbach. Dort hatte die Polizei 2020 ein Zeltlager aufgelöst, das mutmaßlich von der extrem rechten „Jungen Revolution“ initiiert worden war und als Trainingslager gedient haben soll.

Bei der räumlichen Verankerung verschiedener radikal rechter Gruppen und Akteur:innen deutet sich nach Aussage einer befragten Person eine räumliche Nord-Süd-Differenzierung an: Der Norden des Kreises verfüge mit den für die rechte Szene bedeutsamen infrastrukturellen Ankerpunkten (Arnstadt/Marlshausen und Kirchheim) über eine höhere Dichte an Veranstaltungen und organisierten rechtsextremen Gruppierungen mit teils großer Gewaltaffinität (I.HG). Aktivitäten im südlichen Teil des Landkreises, also im Raum Ilmenau, finden in der medialen Berichterstattung und in Chronikdarstellungen dagegen seltener Erwähnung. Nach Einschätzung der befragten Person habe sich die Situation in Ilmenau, der bevölkerungsreichsten Stadt des Landkreises, in den letzten Jahren stark gewandelt. In der Vergangenheit habe es in der Stadt zahlreiche gewalttätige Auseinandersetzungen gegeben, doch viele der damals aktiven Neonazis seien in umliegende Orte verzogen. Dies habe die Situation in der Stadt beruhigt (ebd.).

3.4 WEITERE AKTEUR:INNEN

Einschätzung der Zivilgesellschaft

Neben den Organisationsstrukturen der radikalen Rechten sind zahlreiche formelle und informelle Gruppierungen im Kreis aktiv. Nach Einschätzung der befragten zivilgesellschaftlichen Akteur:innen vor Ort bestimmen sowohl überregional aktive wie auch lokale Akteur:innen die Dynamiken. Es existiert eine

⁵⁰ <https://www.insuedthueringen.de/inhalt.ilmenau-neonazi-will-sich-in-geschwenda-einnisten.44ade1fc-a970-42b9-899a-66b3778486b9.html> [26.05.2021].

größere Anzahl an Gruppen, losen formellen und informellen Netzwerken und Einzelpersonen, die direkt im Kreis zu verorten sind. Als Beispiele werden u.a. die extrem rechte Schlesische Jugend mit Sitz in Marlishausen, die migrationsfeindliche Gruppierung Patrioten für Arnstadt, gewaltaffine rechtsextreme Jugendgruppen, völkische Rechte und – in einzelnen Orten – Reichsbürger:innen in loserem Zusammenhang genannt. Vereinzelt gibt es Hinweise auf eine sich formierende kampfsportaffine und rechtsextreme Jugendclique in Arnstadt und Vorfälle mit kleineren Jugendgruppen an Schulen. Mehrheitlich wird dem organisierten Rechtsextremismus, zumindest zum aktuellen Zeitpunkt und von einigen überregional beliebten Standorten abgesehen, eine vergleichsweise randständige, wenngleich latent bedrohliche Rolle zugeschrieben.

Einordnung

Zusätzlich zu den Einschätzungen aus der Zivilgesellschaft geben die amtlichen Statistiken rechtsextremer Versammlungen einen groben Einblick dazu, welche Gruppen die Versammlungsdynamik im Kreis am stärksten mitbestimmen. Die Statistik geht auf eine Kleine Anfrage zum Rechtsextremismus im Ilm-Kreis zurück. Von insgesamt 66 registrierten Versammlungen im Zeitraum entfiel ein reichliches Drittel auf Einzelpersonen des rechtsextremen Spektrums. Elf dieser Versammlungen lassen sich der NPD, ihrer Jugendorganisation und einzelnen Verbänden und Ortsgruppen zuordnen. Deutlich zeigt sich auch hier die oben bereits beschriebene Marginalisierung der Partei mit sinkendem Aktivitätsgrad seit 2015.

Tabelle 3: Relevante Akteure und Gruppen nach Anzahl Versammlungen im Zeitraum 2014–2017⁵¹

	2014	2015	2016	2017	Gesamt
NPD Landesverband	6				6
NPD Kreisverband			1		1
NPD Bundesverband	1				1
NPD Ortsverband Arnstadt		2			2
Junge Nationaldemokraten	1				1
Bruderschaft Thüringen	2	2	2	2	8
Schlesische Jugend	2	1	1		4
Gesellschaft für freie Publizistik	1	1	1	1	4
Dritter Weg	1	1	1	2	5
Rechtsextreme Einzelpersonen	2	8	8	6	24
Thügida		1	1	2	4
Europäische Aktion		1			1
Identitäre Bewegung				4	4
Staatenlos.info				1	1
Gesamt	16	17	15	18	66

Das rechtsextreme Netzwerk Bruderschaft Thüringen/Turonen/Garde 20 nutzte früher das Objekt Hausgemeinschaft Jonastal (HJ) in Crawinkel (Landkreis Gotha) und ist aktuell vor allem im sogenannten Gelben Haus in Ballstädt (Landkreis Gotha) aktiv. Größtenteils durch seine Konzertaktivitäten in Kirchheim sind die Turonen zentraler Akteur der überregionalen neonazistischen Netzwerke. Die Schlesische Jugend und teilweise auch die Identitäre Bewegung konzentrierten ihre Aktivitäten dagegen vorrangig rund um den Gasthof in Marlishausen. Das flüchtlingsfeindliche Netzwerk Thügida führte, teilweise in Zusammenarbeit mit der lokalen Gruppierung Patriotische Bürger für Arnstadt, größtenteils Demonstrationen und Kundgebungen durch.

⁵¹ Quelle: https://wordpress01.gcms.verdigado.net/madeleine-henfling/wp-content/uploads/sites/77/2019/03/DKA-3504-Rechts-extremismus-im-Ilm-Kreis_MH-1.pdf.

Die Beratungsstelle MOBIT dokumentiert rechtsextreme Aktivitäten in Thüringen in einer weiteren unabhängigen Statistik.⁵² Durch unterschiedlichen Erfassungspraktiken und Zugänge zu Informationsquellen entstehen Abweichungen zu den behördlichen Statistiken. Die MOBIT-Dokumentation umfasst Aktivitäten wie Demonstrationen, Kundgebungen und Konzerte, außerdem Sachbeschädigungen, Beleidigungen und Angriffe mit radikal rechtem Hintergrund. Tabelle 4 fasst Veranstaltungen (Konzerte, Demonstrationen, Kundgebungen, Vorträge u.ä.) im Ilm-Kreis von 2016 bis 2020 zusammen. Radikal rechte Gruppierungen sind nach absteigender Häufigkeit ihrer Veranstaltungen geordnet.⁵³

Tabelle 4: Veranstaltungen 2016–2020 nach Gruppen/Bewegungen (Quelle: MOBIT)⁵⁴



AfD	Dritter Weg	Identitäre Bewegung	Thügida/ PBfA	Erfurt zeigt Gesicht	Schlesische Jugend
12	8	6	6	4	3
Die Rechte	NPD/JN	Staatenlos. info	Turonen		
2	2	2	1		

Angeführt wird die Statistik von der AfD. Bei ihren Veranstaltungen handelte es sich um Infostände, Kundgebungen und Demonstrationen sowie um öffentliche Auftritte mit anderen Gruppierungen. Für den III. Weg sind Parteiveranstaltungen, Konzerte und Vorträge in Kirchheim sowie ein Familienfest in Arnstadt dokumentiert. Die Identitäre Bewegung wird am häufigsten mit Flugblattaktionen genannt. Daneben gab es Teilnahmen an rechten Demonstrationen und Veranstaltungen in Marlshausen. Thügida trat, teils gemeinsam mit dem lokalen Bündnis Patriotische Bürger für Arnstadt, häufig im Rahmen von Kund-

⁵² <https://mobit.org/>.

⁵³ Diese Übersicht enthält nur solche Veranstaltungs- und Versammlungsaktivitäten, bei denen eine Gruppenzuordnung möglich war.

⁵⁴ MOBIT: Chronik extrem rechter Aktivitäten 2016–2020: Online unter: <https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/>.

gebungen und Demonstrationen auf. Die extrem rechte und islamfeindliche Bewegung Erfurt zeigt Gesicht war mehrmals im Rahmen von Infoständen und anderen Veranstaltungen vor Ort vertreten, teilweise mit Bezug zu lokalen AfD-Aktionen. Die Schlesische Jugend führte Veranstaltungen in ihrer Lokalität in Marlshausen durch. Für NPD, Die Rechte und die Bruderschaft Thüringen/Turonen/Garde 20 sind in dieser Dokumentation nur wenige Versammlungsaktivitäten dokumentiert; das kann damit zusammenhängen, dass die Informationen über Anmeldende und Versammlungsleiter:innen bei den Behörden nicht systematisch bzw. zentral erfasst werden und anderen Chroniken meist nicht öffentlich zugänglich sind.

Im folgenden Abschnitt werden die wichtigsten Bewegungsakteure im Ilm-Kreis in den Blick genommen. Wie sich bereits zeigte, wird ein relevanter Teil der amtlich festgestellten Aktivitäten im Kreis durch Akteursgruppen bestimmt, die überregional aktiv und nur in Bezug auf Veranstaltungsaktivitäten im Kreis tätig sind. Dazu existiert ein nicht zu unterschätzendes Potenzial an loseren Akteursgruppen bis hin zu Einzelpersonen, die im Kreis verortet, dauerhaft aktiv und wohnhaft sind.

Formelle Gruppierungen

Als Sitz der Schlesischen Jugend (SJ) wird, sowohl für den Landes- als auch den Bundesverband, Marlshausen angegeben. Als Vorsitzender firmiert in beiden Fällen der Besitzer der o.g. Immobilie im Ort. Die SJ lässt sich als „rechtsextremer, völkischer, gebietsrevisionistischer und revanchistischer Verein“ einordnen (Best/Miehlke/Salheiser 2019). Enge Kontakte bestehen in das regionale und überregionale politische Umfeld. So nahm der AfD-Politiker Konrad Kohlas an einer Veranstaltung teil; die Identitäre Bewegung ist regelmäßiger Gast in den Räumlichkeiten. Im Jahr wurde der Besitzer auf Vorschlag der AfD zum „sachkundigen Bürger“ berufen (s.o.). Trotz eines Eklats wurde er zunächst für das Amt bestätigt.

2014 gründete sich die Bewegung Südthüringen gegen die Islamisierung des Abendlandes (Sügida) in offenkundiger Anlehnung an das sächsische Vorbild Pegida, das in Dresden zu Höchstzeiten zehntausende Teilnehmer:innen auf die Straße brachte. Schwerpunkt der Sügida-Aktivitäten war zunächst Suhl (Quent

2016). Auch im Ilm-Kreis fanden in der Folge zahlreiche Veranstaltungen statt. 2015 gründete sich dann unterstützt durch die Rechtsextremisten Frenck und Köckert die Initiative Thügida als weiterer Mobilisierungszusammenhang. Im Zuge der bundesweiten migrationsfeindlichen Proteste wurden etliche Veranstaltungen abgehalten, die zwar weit hinter der Größe des Dresdner Vorbildes blieben, aber zu Höchstzeiten dennoch bis zu 1.000 Teilnehmende mobilisieren konnten. Akteur:innen von NPD, Die Rechte und III. Weg kamen zu den Veranstaltungen. „Sie verbindet zuvorderst eine rassistische Ideologie der Ungleichwertigkeit und die Hoffnung, im Zuge der europäischen Migrationskrise aus dem Schatten der politischen Bedeutungslosigkeit heraustreten zu können.“ (Quent 2016: 37) Lokal ist das Bündnis gut vernetzt, bspw. zur Arnstädter Gruppierung Patriotische Bürger für Arnstadt.

Informelle Gruppierungen

Die Bewegung Patriotische Bürger für Arnstadt (PbfA) geht organisatorisch auf die Initiative einzelner Arnstädter:innen zurück und ist dem extrem rechten Spektrum des Pegida-Ablegers Thügida zuzuordnen. Im Jahr 2015, als im Zuge der „Asylkrise“ vielerorts neue Bürgerinitiativen gegründet wurden, formierte sich die Bewegung mit entsprechenden migrationskritischen und fremdenfeindlichen Inhalten. Die Schnittmengen mit dem rechtsextremen und neonazistischen Milieu waren dabei offensichtlich. Alleine in Arnstadt führte die Bewegung zahlreiche Veranstaltungen u.a. mit der neonazistischen Kleinstpartei Die Rechte, der NPD und weiteren Gruppierungen durch. Bezüge bestehen auch zum rechtsextremen Bündnis Zukunft Hildburghausen und einer ganzen Reihe Führungspersonen der rechtsextremen Szene Thüringens. Eine kleine parlamentarische Anfrage ergab das sie zum Stand 2018 als eine von vier Bürgerwehren oder bürgerwehrähnlichen Strukturen in Thüringen geführt wurde.⁵⁵ Im Jahr 2015 soll die Bürgerwehr Arnstadt eine Streife im o.g. Anwohnergebiet durchgeführt haben (Best/Miehlke/Salheiser 2018:95) und bei Veranstaltungen traten die Mitglieder der PbfA mit einem einheitlichen „gruppenbezogenen Aufdruck auf Kleidungsstücken in Erscheinung“.⁵⁶ Nach Angaben des Topografieberichts für Thüringen ist die Gruppe seither unter verschiedenen Namen („Stadtwache Arnstadt“ und seit 2015 unter dem Namen „Thügida/Arnstadt

55 Antwort auf kleine parlamentarische Anfrage der CDU (Drucksache 6/5837) vom 13.06.2018 (Seite . Online unter: <http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/67537/erkenntnisse-zu-b%C3%BCrgerwehren-im-freistaat-th%C3%BCrigen-aktueller-stand.pdf>

56 Ebd.

PBfA“ eine weitere Seite) überwiegend im digitalen Raum aktiv und verbreitet dort u.a. asylfeindliche Inhalte (ebd.). Die Seite erreicht (Stand Juli 2021) 353 Likes und 359 Abonnements. Die sogenannte Vanity-URL der Facebook-Seite Stadtwache Arnstadt wurde nach Erkenntnissen des Topografieberichts inzwischen in „fuerArnstadt“ geändert (ebd.). Ältere Posts deuten darauf hin, dass es sich bei der gut frequentierten Facebook-Seite „FuerArnstadt“ (7.286 Abonenn:innen im Juli 2021) um die vormalige Facebook-Seite der Stadtwache handeln könnte.⁵⁷

Als sogenannte Reichsbürger:innen firmieren Einzelpersonen und personelle Zusammenschlüsse, die die Rechtmäßigkeit der Existenz der Bundesrepublik Deutschland infrage stellen. Die damit verbundenen Gesetze werden vor dem Hintergrund v.a. abgelehnt, stattdessen wird eine Rückkehr zu der aus ihrer Sicht fortbestehenden Existenz des deutschen Reiches angestrebt. Die Bewegung ist seit den 1980er-Jahren aktiv und eint ein Weltbild der Gegnerschaft zur demokratischen Verfasstheit des Staates, die sich aus „verschwörungstheoretischen und geschichtsrevisionistischen Thesen und Ideologiefragmenten ableite“ (Quent 2016: 41). Nach Auskunft des Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales (Februar 2020) existieren in Thüringen keine bekannten eigenständigen Landesgruppen. Bezüge von Einzelpersonen ließen sich aber zu bundesweit tätigen Reichsbürgergruppierungen finden, bspw. zum Königreich Deutschland, zu Geeinte deutsche Völker und Stämme, staatenlos.info und zur Verfassungsgebenden Versammlung. Für das Jahr 2018 wurde die Anzahl sogenannter Reichsbürger:innen bzw. Selbstverwalter:innen im Freistaat mit rund 1.000 Personen angegeben. Der Schwerpunkt der Aktivitäten bezog sich demnach auf umfangreiche Schreiben und Anfragen an Institutionen, Onlineaktivitäten und einzelne Veranstaltungen, u.a. im Ilm-Kreis. Ein Teil der Bewegung gilt als gewaltbereit und waffenaffin. Bei Durchsuchungen im Zusammenhang mit der Aberkennung der Waffenbesitzerlaubnis kam es in der Vergangenheit zu schweren Auseinandersetzungen. 2016 wurde ein Polizist in Bayern durch die Schüsse eines Reichsbürgers so schwer verletzt, dass er an den Folgen verstarb.⁵⁸ Ein kleiner Teil der Thüringer Bewegung war zum Zeitpunkt der Be-

⁵⁷ In einigen Post bis 2016 werden die Leser:innen der Seite mit „Leser der Stadtwache“ angesprochen (<https://www.facebook.com/fuerArnstadt/photos/a.1520123241562226/1718572931717255>). In dem Zeitraum finden sich etliche Posts mit deutlichem AfD-Bezug (hier: <https://www.facebook.com/fuerArnstadt/videos/1685310988376783> und hier: <https://www.facebook.com/fuerArnstadt/posts/1665406593700556>). In jüngeren Beiträgen finden sich keine derartigen klaren politischen Positionierungen.

⁵⁸ https://www.focus.de/politik/deutschland/reichsbuerger-schiesst-auf-beamte-schwerverletzter-polizist-erliegt-seinen-verletzungen_id_6096880.html [20.05.2021].

antwortung der Kleinen Anfrage (2020) im Besitz waffenrechtlicher Erlaubnisse, gegen die Widerrufsverfahren angestrebt worden waren. In einigen zusätzlichen Fällen wurden Schusswaffen im einstelligen Bereich sichergestellt und Neuanträge abgelehnt, wenn ein Reichsbürgerbezug bekannt war.⁵⁹ Auch wenn die Bewegung im Ilm-Kreis – angesichts nur kleiner Personengruppierungen – bisher keinen hohen Organisations- und Aktivitätsgrad aufweist, bleibt die Bewegung von Relevanz. In der Vergangenheit fanden Veranstaltungen der bundesweit aktiven Reichsbürgergruppierung staatenlos.info im Ilm-Kreis statt.⁶⁰ Zuletzt gab es an mehreren Orten, besonders in und um Ilmenau, größere, flächendeckende Flyerverteilkaktionen einer Gruppierung, die sich Vaterländischer Hilfsdienst nennt. Die Bezüge in das rechtsextreme Reichsbürgermilieu sind dabei offensichtlich. Laut Auskunft der Seite befindet sich das „deutsche Reich“ zum aktuellen Zeitpunkt „im Kriegszustand“.⁶¹ Eine großangelegte regionale Ortsgruppenstruktur, die den „Armeekorpsbezirken“ in den Grenzen von vor 1914 entlehnt ist, solle die „Reorganisation des deutschen Reiches“ ermöglichen. Die Identitäre Bewegung (IB), die sich als patriotische Jugendgruppe inszeniert, ist eine rechtsextreme Sammelbewegung, die den Brückenschlag zwischen modernem jugendlichen Lifestyle und Aktionismus und traditionellem Rechtsextremismus anstrebt. Sie ist seit 2016 ein Beobachtungsfall für den Thüringer Verfassungsschutz. Bereits im Jahr 2013 soll die IB deutschlandweit über mehr als 50 lokale und regionale Untergruppen verfügt haben (einige wenige auch in Thüringen), deren Aktivitäten sich allerdings hauptsächlich auf den digitalen Raum beschränkten (Quent 2016). Eine enge Verbindung zum Ilm-Kreis besteht durch den Landgasthof Marlishausen, wo die IB mehrmals Veranstaltungen abhalten konnte.⁶²

Subkulturelle und gewaltaffine Gruppierungen

Auch wenn im Ilm-Kreis aktuell keine relevanten organisierten und öffentlich auftretenden rechtsextremen Jugendgruppierungen und Kameradschaften bekannt sind, werfen die Fallbeispiele ein Schlaglicht auf die Präsenz eben dieser Akteur:innen vor Ort und auf ihre enge Einbettung in regionale und überregionale Organisationszusammenhänge. Beispielsweise hatte in Leipzig im Januar

59 http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/76673/reichsbuerger_in_thueringen_abfrage_januar_2020_teil_i.pdf [20.05.2021].

60 MOBIT-Chronik: 2016–2020: <https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/>

61 <https://www.hilfsdienst.net/legitimation-des-vhd.html> [20.05.2021].

62 https://wordpress01.gcms.verdigado.net/madeleine-henfling/wp-content/uploads/sites/77/2019/03/DKA-3504-Rechtsextremismus-im-Ilm-Kreis_MH-1.pdf [21.05.2021].

2016 eine Gruppe hunderter Neonazis und rechter Hooligans den als linksalternativ geltenden Stadtteil Connewitz überfallen. Aus der gerichtlichen Aufarbeitung geht hervor, dass eine Person aus Arnstadt in die Vorfeldorganisation involviert gewesen sein soll, indem sie eine der ersten bekannten internen Mobilisierungsnachrichten verschickte; diese Person scheint augenscheinlich gut vernetzt in Teile der Hooligan- und Neonazistrukturen zu sein.⁶³ Unter den 24 Beteiligten aus Thüringen stammten einige der Tatverdächtigen auch aus den Orten Arnstadt, Ilmenau, Langenwiesen und Wipfratal im Ilm-Kreis.⁶⁴

Die Gruppierung Jungsturm, die sich zu Teilen aus aktiven Kampfsportlern und Hooligans rund um den Fußballverein FC Rot-Weiß-Erfurt organisiert, wurde im Mai 2021 vom Landgericht Gera als kriminelle Vereinigung eingestuft. Mehrere Mitglieder wurden zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt; das Urteil ist noch nicht rechtskräftig. Mitglieder des sogenannten Jungsturms fielen in der Vergangenheit durch Auseinandersetzungen im gewaltorientierten Fußballmilieu und rechtsextreme Aktionen, Übergriffe und Aktivitäten in der Neonaziszene auf. Ein Teil der Mitglieder war bzw. ist im Ilm-Kreis zu verorten. Bei einer Razzia gegen die Gruppe wurden neben Objekten in Saalfeld, Rudolstadt, Bad Blankenburg, Erfurt, Sondershausen und Halle (Saale) im Ilm-Kreis Durchsuchungen durchgeführt.⁶⁵ In der Erlebnisscheune in Kirchheim, die der regionalen und bundesweiten Neonaziszene seit Jahren als fester Veranstaltungs- und Knotenpunkt dient, soll die Gruppierung Treffen und Kampfsporttrainings abgehalten haben.⁶⁶

Auch die Neonazi-Rocker-Gruppierung Turonen/Garde 20 war nach Auskunft der Befragten neben den Veranstaltungen in Kirchheim im Ilm-Kreis aktiv – besonders zu der Zeit, als sie noch als Hausgemeinschaft Jonastal im benachbarten Landkreis Gotha organisiert waren (18.5). Die Turonen/Garde 20 organisierte seit Jahren Konzerte in der Erlebnisscheune. Bei einem Konzert der Bruderschaft 2018 war auch der verurteilte NSU-Unterstützer André E. anwesend.⁶⁷

63 <https://kreuzer-leipzig.de/2018/08/15/connewitz-ueberfall-neonazis-nachrichten/> [20.05.2021].

64 http://www.paridok.thueringen.de/ParlDok/dokument/60461/beteiligung_thueringer_neonazis_und_hooligans_an_ausschreitungen_am_11_januar_2016_in_leipzig_connewitz.pdf [20.05.2021].

65 <https://www.mz.de/deutschland-und-welt/razzia-schlag-gegen-hooliganszene-beamte-auch-in-halle-aktiv-1666433>.

66 <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/ost-thueringen/gera/jungsturm-prozess-auftakt-100.html>.

67 https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2018/10/01/andre-eminger-nsu-unterstuetzer-besucht-szenekonzert_27331?wt_ref=https%3A%2F%2Fwww.bing.com%2F&wt_time=1621842155183 [21.05.2021]

Daneben wird in den Interviews an mehreren Stellen auf eine sich formierende rechtsextreme Jugendgruppierung in Arnstadt verwiesen. Die Gruppe soll sich regelmäßig an öffentlichen Plätzen in der Stadt treffen und über Verbindungen zu überregionalen gewalttätigen Neonazigruppen, bspw. in Eisenach, verfügen. Teile der Gruppe sollen aktiv Kampfsport betreiben (I.HG).

3.5 ÜBERGRIFFE

Einschätzung der Zivilgesellschaft

Abwertende Äußerungen, Beleidigungen, Bedrohungen und in schlimmen Fällen auch Sachbeschädigungen und körperliche Angriffe sind im Ilm-Kreis Teil der Lebensrealität derjenigen, die rassistisch abgewertet, sich gegen radikal rechte Umtriebe positionieren bzw. engagieren oder als „Feinde:innn“ markiert werden. In einigen Interviews werden diskriminierende Alltagssituationen angeführt, die sich bspw. in abwertenden Haltungen, Beleidigungen, Benachteiligungen im Alltagsleben und in einigen Fällen in körperlicher Gewalt äußern (Frage 9; Interviews 2, 3, 8, 10). Häufig gehen die Taten von Einzelpersonen oder kleineren Gruppen aus. Die Übergriffe richten sich den Aussagen zufolge meist gegen Menschen, die rassistisch abgewertet oder als politische Gegner:innen wahrgenommen werden (I3.9, I8.9): *„[H]ier wären zum Beispiel: physische Angriffe auf als Punks identifizierbare Jugendliche, physische Angriffe auf als migrantisch gelesene Menschen, Sachbeschädigungen von Eigentum von Engagierten oder von migrantisch gelesenen Menschen, physische Angriffe auf Veranstaltungen aus dem linken/ antifaschistischen Spektrum (Gedenken zum 09.11. u.a.), Bedrohung von Engagierten in der Geflüchtetenhilfe (Drohbriefe, etc.), Sachbeschädigungen von Unterkünften für Geflüchtete.“ (I8.9)*

Auch viele der Interviewten selbst waren in der Vergangenheit Zielscheibe von Übergriffen (vgl. Abschnitt Zivilgesellschaft). Daneben gibt es vereinzelte Berichte über diskriminierendes Verhalten aufgrund der angenommenen Herkunft der Personen von Mitarbeitenden öffentlicher und privater Institutionen, bspw. bei der Job- oder Wohnungssuche (I6.9, I7.9). Eine umfassende Erhebung zu Formen struktureller Diskriminierung konnte im Rahmen dieser Analyse nicht durchgeführt werden. Insofern lässt sich der Umfang struktureller und institutioneller Diskriminierung im Kreis nicht quantifizieren. Die beschriebenen Vorfälle bieten jedoch Hinweise darauf, dass Benachteiligung und Diskriminierung keine

randständigen „rechtsextremen“ Einzelercheinungen sind, sondern strukturell auf unterschiedlichen Ebenen – auch im Bereich von Institutionen – verankert sind und Betroffene in allen Bereichen des alltäglichen Lebens treffen können.

Allgemein wird das Gewaltpotenzial radikal rechter Akteur:innen als „bedrohlich“ (I1.9) und hoch eingeschätzt (I1.9, I4.9, I8.9, I7.9, I11.9). Die Situation habe sich im Vergleich zu den 90er Jahren zwar sichtlich beruhigt und „koordinierte Angriffswellen, wie sie es zum Beispiel in den 90ern gab, sind zumindest seit 2015 ausgeblieben“ (I8.9). Dennoch sind gerade aus dem Umfeld, vom dem in den 90er- und 2000er-Jahren regelmäßig Gewalt ausging, nach wie vor viele in den Orten präsent „[...] und damit auch das Gewaltpotenzial“ (I11.9), sodass in Kombination mit neu hinzugekommenen Personen und Gruppierungen ein Umfeld existiert, in eine verstärkte gewalttätige Mobilisierung jederzeit möglich erscheint. „Es fühlt sich an, als ob das Gewaltpotenzial brodelt und darauf wartet losschlagen zu können“, beschreibt eine befragte Person die aktuelle Situation (I10.9). Reaktionen aus der Gesellschaft auf derartige Vorfälle waren, sofern diese Teilfrage beantwortet wurde, nur selten vorhanden. In mehreren Fällen kritisieren die Befragten die mangelnde Bereitschaft bzw. den Willen, vorgefallene Taten ernst zu nehmen, ihnen effektiv nachzugehen (I8.9) und sie entsprechend ihres ideologischen Tathintergrunds einzuordnen und zu bearbeiten.

Einordnung

Die Statistiken und Chroniken radikal rechter Aktivitäten und Übergriffe bilden immer nur das sogenannte „Hellfeld“ ab. Das heißt, dass nur die Taten, die gemeldet oder in der polizeilichen Statistik aktenkundig und auch als solche beschrieben werden, dokumentiert werden können. Dabei ist von einem weitaus größeren „Dunkelfeld“ auszugehen, weil der Gang in die Öffentlichkeit für die Betroffenen rechter Übergriffe häufig schwer ist.

Tabelle 5: Radikal rechte Aktivitäten und Übergriffe im Ilm-Kreis⁶⁸

<i>MOBIT-Chronik: Ilm-Kreis</i>	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Gesamt
Konzerte	-	12	10	7	5	1	35
Veranstaltungen	-	0	3	2		1	6
Öffentliche Aktionen	-	5	2	2	8	4	21
Übergriffe	-	4	2	1	3	1	11
Sachbeschädigungen	-	0	3	5	1	0	9
Sonstiges	-	1	1	2	1	3	8
Gesamt	-	23	22	19	18	10	92

<i>ezra-Chronik Ilm-Kreis</i>	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Gesamt
Rechte Angriffe	-	-	5	9	6	0	20

<i>PMK-Rechts-Chronik: Ilm-Kreis</i>	2015	2016	2017	2018	2019	2020	Gesamt
Propagandadelikte	33	49	34	27	36	-	196
Gewaltkriminalität	3	5	3	3	4	-	17
Sonstige	23	20	13	19	20	-	95
Gesamt	59	74	50	48	60	-	291

Die Statistiken weichen stark voneinander ab und sind nur in geringem Umfang vergleichbar (vgl. Anmerkung zur obigen Tabelle). Im Bereich „Übergriffe und Sachbeschädigungen“ verzeichnete die MOBIT insgesamt 20 Vorfälle im Zeitraum 2016–2020. In die Kategorie „Übergriffe“ fallen dabei Beleidigungen, Bedrohungen, Anfeindungen und körperliche Gewalt mit radikal rechtem Tathintergrund. Insgesamt 11 derartige Übergriffe wurden im Zeitraum durch MOBIT registriert. Dagegen listet die Beratungsstelle ezra (Beratungsstelle für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in Thüringen) für den Zeitraum 2017–2020 20 Vorfälle, die ausschließlich auf konkrete Angriffe mit radikal rechter Motivation zurückgehen. Im Jahr 2018 verzeichnete ezra 9 Angriffe im

⁶⁸ Die Zahlen zur Gewaltkriminalität variieren innerhalb derselben Statistik zwischen 2 bzw. 3 Fällen im Jahr 2018. Die unterschiedlichen Statistiken von MOBIT, ezra und die Statistik des Landeskriminalamts Thüringen (LKA) zur „politisch motivierten Kriminalität/politisch motivierten Gewaltkriminalität (PMK/PMG) sind miteinander nicht vergleichbar, da die Dokumentations- und Kategorisierungssystematiken voneinander abweichen und die Informationszugänge variieren. Darüber hinaus unterscheiden sich die Zeiträume, für die die Daten vorliegen. Wegen möglicher Doppelkategorisierung summieren nicht alle Einzelkategorien analog zur Gesamtsumme auf, vgl. http://www.paridok.thueringen.de/ParlDok/dokument/78158/politisch_motivierte_kriminalitaet_2019_landkreis_ilm_kreis.pdf.

Ilm-Kreis im Kontext rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt.⁶⁹ Im darauffolgenden Jahr wurden 6 Angriffe registriert. Damit lag der Kreis 2018 und 2019 im Vergleich mit den anderen Kreisen und kreisfreien Städten im oberen Bereich der Anzahl rechter Angriffe (2018 Platz 5, 2019 Platz 5 gemeinsam mit jeweils einem weiteren Kreis).⁷⁰ Berechnet auf die Einwohner:innenanzahl der Kreise ändert sich das Bild etwas, allerdings liegt der Kreis nach wie vor in der oberen Hälfte der Angriffe je 10000 Einwohner:innen (2018: Platz 9, 2019: Platz 8). Aus vielzähligen Gründen ist das Aufkommen radikal rechter Gewalttaten in größeren Städten – auch unter Berücksichtigung der Bevölkerungsdichte – zumeist stärker gehäuft. Betrachtet man ausschließlich die Thüringer Kreise, abzüglich der kreisfreien Städte, führte der Ilm-Kreis die Statistik rechter Angriffe in absoluten Zahlen in den Jahren 2018 und 2019 auf Platz eins in absoluten Zahlen mit Gotha und Hildburghausen an (im Verhältnis zur Einwohner:innenanzahl: 2018: Platz 5 und 2019: Platz 1). Die PMK-Statistik rechter Gewaltkriminalität⁷¹ listet im Zeitraum 2015–2019 mit insgesamt 17 gewalttätigen Vorfällen eine etwas geringere Anzahl, die allerdings ebenfalls auf eine relativ stabile Kontinuität rechter Gewalttaten über den Betrachtungszeitraum verweist. Der Eindruck, dass ein großer Teil der informellen und formellen Aktivitäten der radikalen Rechten auf die Veranstaltungsaktivitäten überregionaler Akteur:innen und Gruppen zurückgeht, lässt sich mit Blick auf die Übergriffsgeschehen ohne genauere Informationen zu den Tathergängen nicht abschließend bewerten. Allerdings werden die Fälle, von denen die Akteur:innen der lokalen Zivilgesellschaft in den Interviews berichteten, überwiegend in einem lokalen radikal rechten Spektrum verortet. Die PMK-Statistik aller erfassten rechtsextremen Aktivitäten im Ilm-Kreis zeigt eine im Vergleich zu den anderen Kreisen und kreisfreien Städten eher unterdurchschnittliche Dichte an Vorfällen im Verhältnis zur Einwohner:innenanzahl auf (vgl. Best/Miehke/Salheiser 2019:39). In markanten Bereichen, bspw. der Anzahl rechtsextremer Konzerte (Best/Miehke/Salheiser 2018) und der Anzahl rechter Angriffe, liegt der Kreis (legt man die Statistiken rechter Angriffe der Beratungsstelle ezra zugrunde) zeitweise allerdings mit auf den oberen Plätzen.

69 https://ezra.de/wp-content/uploads/2020/03/Pressemappe_ezra_20-03-17_ohne-Handynummer.pdf.

70 <https://ezra.de/jahresstatistik2020/>

71 http://www.paridok.thueringen.de/ParlDok/dokument/78158/politisch_motivierte_kriminalitaet_2019_landkreis_ilm_kreis.pdf.

Die Zahlen, die nur in Auszügen die tatsächliche Situation im Kreis wiedergeben können, zeigen, dass im Ilm-Kreis aktive und gewalttätige Handlungspotenziale vorhanden sind, die eine dauerhafte Bedrohungssituation für diejenigen darstellen, die sich vor Ort engagieren bzw. als „Feind:innen“ definiert sind. Die Konsequenzen vorurteilsbasierter Gewalt beschränken sich nie ausschließlich auf die Beziehung zwischen Täter:innen und den direkt Betroffenen zum Zeitpunkt der Gewalttat (Ashour/Dieckmann/Geschke 2021). Betroffen sind auch die Angehörigen von sozialen Gruppen, mit denen die Betroffenen assoziiert und für die sie stellvertretend angegriffen werden (kollektive Viktimisierung; Quent/Geschke/Peinelt 2017). Sie richten sich als „Botschaftstaten“ gegen all diejenigen, die derselben Gruppe zugeschrieben werden und damit jederzeit auch selbst betroffen sein könnten. Diese Menschen sollen verunsichert, eingeschüchtert und aus den jeweiligen Räumen verdrängt werden. In diesem Sinne werden radikal rechte Übergriffe, besonders Gewalttaten, gezielt auf Grundlage antidemokratischer und menschenfeindlicher Wertevorstellungen eingesetzt und erfüllen Funktionen im Sinne der oben beschriebenen Raumergreifungsbestrebungen (Quent/Schmidtke/Salheiser 2016:44). Solche Taten richten sich im Kern also stets auch gegen die demokratische Kultur (ebd.).

3.6 STRATEGIEN & THEMENFELDER

Die Strategie von rechts außen, Inhalte öffentlichkeitswirksam zu transportieren, ist je nach Gruppen und Spektren unterschiedlich, bildet aber in der Summe eine breite Angebotsstruktur, die mehrere Ebenen beinhaltet und weit in die unterschiedlichsten gesellschaftlichen Bereiche hineinreichen kann. Die NPD propagierte Ende der 1990er-Jahre den sogenannten „Kampf um die Köpfe“, den „Kampf um die Straße“, den „Kampf um die Parlamente“ und den „Kampf um den organisierten Willen“ („Vier-Säulen-Konzept“) als Grundpfeiler erfolgreicher Hegemoniebestrebungen (Missy 2013: 356ff.). Auch wenn die Partei zumindest zum jetzigen Zeitpunkt für den Kreis eher unbedeutend erscheint und damit weiter als früher von einer erfolgreichen Umsetzung entfernt ist, besitzt das arbeitsteilige Mehrebenenkonzept eine gewisse Verallgemeinerbarkeit für die strategische Aufstellung der heutigen radikalen Rechten insgesamt. Ohne davon auszugehen, dass eine solche Arbeitsteiligkeit zwischen den unterschiedlichen Akteur:innen und Bewegungen tatsächlich koordiniert verfolgt wird, lässt sich über die Bewegungen und Gruppen hinweg in der Summe eine ähnliche „Arbeitsteiligkeit“ und die Verfolgung entsprechender Ziele beobachten.

Nach Einschätzung der Befragten ist es vor allem die AfD, die im Bereich des Rechtspopulismus mit Infoständen, Veranstaltungen, sozialer Medienpräsenz und den Kreistagen um Stimmengewinne kämpft, und daneben auch erfolgreich um eine Normalisierung ihrer politischen Positionen bemüht ist (Frage 7, Interview 4, 10, 11). „Die AfD wird teilweise als normal wahrgenommen. Sie präsentiert sich aber auch so. Hier kommt diese lokale Gemengelage zum Tragen. Man kennt sich. Nimmt sich vielleicht auch als harmlos wahr. Daher wird das Thema auch eher abgetan.“ (I8.27) Die hinzugewonnenen parlamentarischen Möglichkeiten werden nach Einschätzung der Befragten ebenfalls strategisch eingesetzt. In der parlamentarischen Praxis werde das Stellen Kleiner Anfragen genutzt, um Druck zu erzeugen (I4.3): „Kleine Anfragen seitens der AfD werden zur Diffamierung von z.B. Bündnissen gegen rechts genutzt“ (I8.1).

Dass die Anfragen der AfD auf parlamentarischer Ebene den Zweck verfolgen können, demokratisches Engagement zu diskreditieren, hatte die Partei in der Vergangenheit schon gezeigt.⁷² Als weitere Strategie der radikalen Rechten wurde das „Einschleichen“ in lokale und kommunale Institutionen (u.a. Vereine) bezeichnet. Besonders in kleinteiligeren lokalen Kontexten würden radikal rechts eingestellte Personen seltener mit Widerspruch konfrontiert, wenn sie sich bspw. in Vereinen vor Ort engagieren (I2.7).

Die starke Präsenz in sozialen Medien wird sowohl für rechtspopulistische als auch -extreme Gruppen als erfolgstragende Strategie angesehen (I6.7) und kann als ein zentrales Element im „Kampf um die Köpfe“ betrachtet werden. Soziale Medien verstärken nach Ansicht einiger Befragten dabei die öffentliche Artikulation von Hass und radikal rechten Ressentiments (I6.6). Die Hemmschwelle zur öffentlichen Artikulation schwinde (I1.4) und eine eher überschaubare Anzahl an Nutzer:innen könne mit hohen Beitragsfrequenzen gesellschaftliche Mehrheiten suggerieren, weil sich viele anders Eingestellte aus den Debatten eher fernhielten (I10.4). Die aggressive Auseinandersetzung um die „Straße“ und den „organisierten Willen“ wird nach Beobachtung der Befragten vorrangig im Bereich des organisierten oder informellem Rechtsextremismus geführt – neben Veranstaltungen und Konzerten stünden symbolische Raumnahmen, bspw. das Verbreiten von Aufklebern und Flyern. Nach Einschätzung

⁷² Exemplarisch: Die Pressemitteilung des AfD-Bundestagsabgeordneten Stefan Brandner zu einer „Kleinen Anfrage“: <https://afdbundestag.de/stephan-brandner-afd-bringt-licht-in-den-linken-foerdersumpf-rund-um-den-kampf-gegen-rechts/>.

einer befragten Person solle damit „das Revier markiert werden“ (I8.7). In Arnstadt tauchten in jüngerer Zeit an vielen Orten Stencil-Sprühereien mit dem Schriftzug „Arnstadt bleibt braun“ auf (I10.7). Hinzukommen, wie im vorherigen Abschnitt beschrieben, verbale Diskriminierungsformen, Bedrohungen, Einschüchterungen und körperliche Angriffe, die im Kern darauf zielen, politisch „missliebige“ Personen und Gruppen aus dem öffentlichen Raum und den einzelnen Orten zu verdrängen.

Die Ursachen der Entwicklungen im Bereich Rechtspopulismus oder Rechtsextremismus sehen die Befragten häufig eher in allgemeinen, die lokalspezifische Situation übergreifenden Aspekten. Hier geht es vorrangig um die Themen Migration und Integration, die den AfD-Aufstieg seit der „Flüchtlingskrise“ 2015 begleitet haben. Das drückt sich auch in den Antworten zur Frage aus, welche Themen rechtspopulistische oder rechtsextreme Gruppen und Akteur:innen vor Ort häufig besetzen würden. In beinahe allen Interviews wurde der Themenkomplex „Flucht/Migration“ als zentrale inhaltliche Klammer der oben genannten Gruppierungen benannt. Dabei werden materielle Verteilungskonflikte „kulturalisiert“, indem eine angebliche bevorzugte Behandlung von Geflüchteten unterstellt wird, während die lokale einheimische Bevölkerung von der sogenannten großen Politik vergessen werde (I2.8, I3.8). Eine befragte Person sieht auch den politischen Umgang mit Flucht und Migration als problematisch an. Mangelnder Pragmatismus, die chaotische und unkoordinierte Umsetzung und „ideologische Einengung“, die auch seitens linker bzw. liberaler Kräfte betrieben werde, treibe Wähler:innen zur AfD (I4.4).

Weitere genannte Themen beziehen sich auf das „Versagen“ und die „Bevormundung“ durch die etablierte Politik, vom Bund bis hinunter zu den Kommunen und die bedeutsame Rolle der Themen „Sicherheit und Familie“. Begründet werden regionalspezifischere Faktoren für den Zuspruch zur lokalen Rechten in einigen Interviews u.a. mit sozialer – gefühlter oder tatsächlicher – Benachteiligung (I2.4, I3.4), einer unzureichenden Abdeckung an lokalen Bildungs- und Beratungsmöglichkeiten (I6.4) und mangelnder Reaktionsfähigkeit der lokalen Politik. Hier beschreiben einige ein kommunalpolitisches Klima, das teilweise von Gleichgültigkeit, mangelnder Problemwahrnehmung und gelegentlich auch von geteilter politischer Sympathie mit Positionen der radikalen Rechten ge-

prägt sei (I11.4, I8.4). Als weiterer regionalspezifischer Aspekt wird die zentrale Bedeutung der Szeneimmobilien in Kirchheim und Marlishausen angeführt (I13.4, I8.4).

3.7 MOBILISIERUNG IN KRISENZEITEN

Einordnung

In Deutschland lässt sich eine langjährige Kontinuität der radikalen Rechten beobachten, auftretende gesellschaftliche Spaltungspotenziale krisenhafter Situationen aufzugreifen, zu vertiefen und im Sinne ihrer ideologischen Zielstellungen nutzbar zu machen. Von den sogenannten Friedensmahnwachen im Ukraine Konflikt ab 2013 über die rassistischen Mobilmachungen gegen Geflüchtete ab dem Jahr 2015 bis hin zu Adaptionsversuchen der französischen „Gelbwestenproteste“ seit 2018 bestimmten ähnliche radikal rechte und verschwörungsideologische Narrative und Akteursnetzwerke den Charakter von Krisenprotesten mit (Richter 2020). Auch für den Ilm-Kreis lassen sich derartige Mobilisierungskontinuitäten für die Vergangenheit aufzeigen: Im Jahr 2015 häuften sich im Zuge der bundesweiten geflüchtetenfeindlichen Mobilisierungen die Vorfälle mit radikal rechten und rassistischem Bezug. Neben Demonstrationen der radikalen Rechten kam es zu Übergriffen und Anfeindungen gegen Geflüchtete, Asylunterkünfte und Unterstützer:innen.⁷³ Im Arnstädter Stadtteil Rabenhold organisierten sich radikal rechte Akteur:innen unter Beteiligung überregionaler Rechtsextremist:innen gegen eine geplante Asylunterkunft (vgl. Abschnitt 3.4: Patriotische Bürger für Arnstadt). Ebenfalls in Arnstadt beteiligten sich lokale rechtsextreme Akteur:innen und Gruppen an Informationsveranstaltungen zum Thema und „offenbarten ihre rechtsextremistische Grundhaltung“.⁷⁴ Im September kam es zu einem Anschlag auf ein Haus, das zur Unterbringung Geflüchteter dienen sollte.⁷⁵ In den folgenden Jahren wurden zahlreiche Übergriffe dokumentiert. Dabei lassen die Begleitumstände und die Gruppenzugehörigkeiten der Betroffenen in den häufigsten Fällen auf geflüchtetenfeindliche und rassistische Tatmotive schließen.⁷⁶

73 Vgl. MOBIT-Chronik 2015 und folgende Jahre: https://mobit.org/Chronik/Chronik_Rex-Thueringen-2015.pdf.

74 Vgl. Antwort auf Kleine Anfrage des Abgeordneten Walk (Seite 2). Drucksache 6/2121 vom 09.05.2016. Online: <http://www.parldok.thueringen.de/ParlDok/dokument/58399/-schlesische-jugend-in-th%C3%BCrtingen.pdf>.

75 https://mobit.org/Chronik/Chronik_Rex-Thueringen-2015.pdf.

76 Vgl. Kategorie „Übergriffe“ im Ilm-Kreis der Jahre 2016-2019: <https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/> [01.05.2021].

Als 2018 die Gelbwestenproteste in Frankreich eskalierten, versuchten in Deutschland Akteur:innen aus dem Spektrum der radikalen Rechte, an soziale Konfliktpotenziale anzuschließen und organisierten zahlreiche Veranstaltungen. In Ilmenau sind 2019 zwei Veranstaltungen unter dem Bezug auf die Gelbwestenproteste und unter der Beteiligung radikal rechter Gruppen bekannt.⁷⁷

Ab 2020 dominierte die Corona-Pandemie mit ihren schwerwiegenden Folgen und den massiven Einschnitten im Zuge der Eindämmungsmaßnahmen das politische Geschehen. Nachdem Thüringen analog zu den meisten ostdeutschen Bundesländern relativ unbeschadet durch die erste COVID-19-Welle im Frühjahr gekommen war, explodierten die Fallzahlen ab Mitte Oktober förmlich. Nach den Zahlen des Corona-Monitoring-Projektes „Corona in Zahlen“⁷⁸ lagen die wöchentlichen Neuinfektionszahlen pro 100.000 Einwohner:innen zum Höchststand der ersten Welle bei einer Inzidenz von 20, schnellten von Mitte Oktober an bis zum vorläufigen Höhepunkt am 24. Dezember 2020 auf einen thüringenweiten Inzidenzwert von 353,4. Einem starken Abwärtstrend von Mitte Januar bis Mitte Februar 2021 folgte die dritte Welle in Thüringen, die nicht an die Höchststände der vorherigen Phase heranreichte und ab Mitte April abflaute. Der Verlauf der Pandemie im Ilm-Kreis wies einige Besonderheiten auf. So hatte die Infektionsdichte in der ersten Welle über dem Thüringendurchschnitt und in der zweiten Welle darunter gelegen. Umso stärker traf die Infektionsdynamik den Landkreis im Verlauf der dritten Welle – zeitweilig kletterte die 7-Tages-Inzidenz auf 345,4. Bundesweit begann sich schon kurz nach Inkrafttreten der ersten Einschränkungsmaßnahmen Protest gegen die Maßnahmen zu formieren, der durch eine relativ große soziale und politische Heterogenität, aber auch eine auffällige Rechtschaffenheit geprägt war. Eine diffuse Unzufriedenheit mit dem Regierungshandeln, populistische „Elitenskepsis“ und eine allgemeine Skepsis gegenüber demokratischen Institutionen (Parteien, Medien und Wissenschaft) sowie die Infragestellung kollektiver Solidaritätsnormen waren über weite Bereiche die geteilte inhaltliche und emotionale Basis, auf der sich die unterschiedlichen Protestspektren zusammenfanden. In sozialen Medien und bei Protesten auf der Straße bildeten diese inhaltlichen Schnittmengen häu-

⁷⁷ Vgl. Kategorie „Öffentliche Aktion“ im Ilm-Kreis des Jahres 2019: <https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/> [01.05.2021].

⁷⁸ <https://www.corona-in-zahlen.de/> [01.05.2021]: die hier verwendete Dokumentationssystematik geht für Deutschland auf die des Robert-Koch-Instituts (RKI) zurück. U.a. durch das Nachmelden der Fallzahlen und unterschiedliche Zeitpunkte, auf denen die Daten erhoben werden, kann es zu Abweichungen zu anderen Statistiken kommen.

fig den Brückenkopf zu Verschwörungsnarrativen und radikal rechter Ideologie (Richter/Salheiser 2021).

Den Umstand nutzte die organisierte radikale Rechte von Beginn an strategisch zur Verankerung ihrer Agenda.⁷⁹ Besonders die AfD versuchte bundesweit von der Krisensituation zu profitieren und sich als parlamentarisches Sprachrohr der Proteste zu etablieren. Im Ilm-Kreis, besonders häufig in Ilmenau, gab es 2020 regelmäßig, wenngleich zahlenmäßig eher überschaubare Proteste (I.HG). Auch in Arnstadt fanden mehrere Protestveranstaltungen statt. Da es nur in begrenztem Umfang überregionale Berichterstattung zu den Protesten gab, lässt sich der Charakter der Veranstaltung nur schwer abschätzen. Bei mehreren Veranstaltungen beteiligten sich radikal rechte Akteur:innen und Gruppen oder waren in die Organisation involviert. Bei einem sogenannten Hygienespaziergang beteiligten sich im Mai 2020 nach Auskunft von MOBIT⁸⁰ auch Neonazis. Offensichtlich war im Ilm-Kreis der starke Einfluss der AfD auf die Proteste. Am 06. Juli 2020 demonstrierten in Arnstadt beispielsweise rund 250 Menschen gegen die Corona-Auflagen. Dazu aufgerufen hatte die AfD unter dem Motto „Die Krise nach der Krise – vom Versagen der Bundes- und Landesregierung“. AfD-Landessprecher Björn Höcke und Stadtrat Markus Klimpel, Vorsitzender der AfD-Fraktion im Arnstädter, waren Redner auf der Kundgebung.⁸¹ Im August 2020 mobilisierten erstmals zahlreiche AfD-Gruppen und Abgeordnete auch aus Thüringen zu einer bundesweiten Großdemonstration gegen die Corona-Maßnahmen in Berlin. Am Rande der Demonstration kam es zu teils schweren Auseinandersetzungen zwischen Rechtsextremist:innen und der Polizei, als Demonstrierende vor die russische Botschaft zogen und vor dem Bundestag die Absperrungen überwinden konnten. Der AfD-Kreisverband Ilmkreis-Gotha hatte eigens für die Großdemonstration eine Busfahrt nach Berlin koordiniert.⁸² Am 1. Mai 2021 bewarb die Thüringer AfD im Anschluss an ihren Autocorso in Erfurt einen weiteren maßnahmenkritischen Autocorso in Arnstadt am selben Tag, bei dem rund 160 Fahrzeuge gezählt wurden.⁸³ Als im September 2020 ein Schulleiter in Ilmenau ein Kind der Schule verwies, weil es sich gewiegert

79 Exemplarisch hierfür u.a. das Apell des österreichischen Rechtsextremisten Martin Sellner in der neurechten Zeitschrift „Sezession“: <https://sezession.de/63203/coronademos-proxythema-lucke-effekt> [15.03.2021].

80 MOBIT-Chronik für 2020 im Ilm-Kreis: <https://mobit.org/chronik-extrem-rechter-aktivitaeten-in-thueringen/>.

81 <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/mitte-thueringen/arnstadt-ilmkreis/demo-afd-arnstadt-100.html>.

82 <https://www.afd-thueringen.de/kv-ilmkreis-gotha/2020/08/mitgliederrundbrief-afd-biergartenabende-fahrt-nach-berlin-zur-demo-am-29-august-infostaende-ilm-kreisgebiet/>.

83 <https://www.thueringer-allgemeine.de/regionen/ilmenau/autokorso-gegen-corona-massnahmen-durch-arnstadt-id232196113.html>.

hatte, eine Schutzmaske zu tragen, wurde er über das Internet mit Gewaltandrohungen überzogen.⁸⁴ Infolge der überregionalen Berichterstattung sorgte der Fall für landesweite Empörung.

Einschätzung der Zivilgesellschaft

Auch nach Einschätzung der Interviewpartner:innen konnten Mobilisierungen der „Corona-Kritiker:innen“ hauptsächlich in Ilmenau und Arnstadt beobachtet werden. Besonders zu Beginn der Proteste war die Veranstaltungsfrequenz dabei höher, im weiteren Verlauf der Pandemie nahm sie tendenziell eher ab (I5.12, I8.12, I.HG). Die Personenanzahl war im Vergleich zu den größeren Demonstrationen, bspw. in Erfurt und Hildburghausen, überschaubarer (I7.12, I8.12). Fake-News, Verschwörungserzählungen und in Teilen radikal rechte Narrative artikulierten sich nach Ansicht dreier Befragter (I1.14, I5.14, I8.14). Das äußerte sich u.a. in Anfeindungen und Gewaltaufrufen gegen Lokalpolitiker:innen sowie in Verschwörungserzählungen, die unterstellten, dass die Coronakrise nach der Asylkrise ein weiterer Versuch sei, „unser Land nun mit der erfundenen Krankheit ins Unglück zu stürzen“ (I3.13). Dabei sei es zunehmend schwierig geworden, derartige Erzählungen im Dialog mit den Protestierenden zu widerlegen, da kommunikative Abschottungsprozesse stattgefunden hätten (I5.14), ein diskursiver Austausch generell abgelehnt wurde (I1.14) und eine zunehmend verbreitete Medien- und Wissenschaftsskepsis die Grundlagen für eine faktenbasierte Diskussion schwinden ließ (I8.14). Nach Einschätzung der Befragten versammelten sich bei den Protesten neben „Querdenker:innen“ (I6.13, I1.14) und „normalen Bürger:innen“ (I5.13, I6.13), die die Sorge um wirtschaftliche und soziale Konsequenzen der Maßnahmen umtrieb, sehr häufig auch Personen und Gruppen mit klaren radikal rechten Ambitionen. Die AfD und deren Anhänger:innen wurden von vielen Interviewpartner:innen als ein relevanter Teil der Proteste charakterisiert (I6.12, I8.13, I5.13, I1.13). Seltener wurden dagegen dezidiert Verschwörungsanhänger:innen oder Anhänger:innen der Reichsbürgerideologie benannt (I5.13).

Die Frage nach der Einschätzung des Erfolgs der Proteste im lokalen Raum beantwortete nur ein Teil der Befragten. Dabei gingen die Bewertungen teilweise auseinander. Erfolgreiche Raumgewinne sahen u.a. die Interviewpartner:innen I5 und I6: „[G]egenüber andersdenkenden und -aussehenden Menschen wird sich häufiger sicht- und hörbarer abwertender oder pauschalisierender geäu-

⁸⁴ <https://www.mdr.de/nachrichten/thueringen/sued-thueringen/ilmenau-ilmkreis/drohung-corona-leugner-schulleiter-100.html> [03.06.2021].

ßert“ (I5.15). Es sei gehäuft ein „nach unten Treten“ erkennbar (ebd.). Eine weitere Person sah die Verantwortung für die erfolgreiche Resonanz der Proteste in der mangelhaften Kommunikation und Planung der Maßnahmen seitens der politischen Verantwortungsträger:innen: „Die Corona-Maßnahmen kamen viel zu zögerlich und unentschlossen. Irgendwann kann man das selbst den Verständnissvollsten nicht mehr schlüssig erklären.“ (I4.15) Eine „Massenbewegung“ hätten die Proteste vor Ort allerdings nicht ausgelöst (I8.15). Mit der „Pandemie verbundene Frustrationen oder Existenzängste“ hätten nicht dazu geführt, dass „Arnstadt einen Zulauf wie Erfurt erfahren“ habe. Allgemein sei die Krise aber durchaus ein „zusätzlicher Nährboden für die antidemokratische Bewegungen. Die Verschwörungstheoretiker schöpfen da ab, wo Menschen coronabedingt Einschränkungen hinnehmen müssen.“ (I2.54)

Aus der Perspektive der Zivilgesellschaft lässt sich die Coronakrise als doppelte Herausforderung beschreiben. Denn zu den politischen Versuchen von Geländegewinnen radikal rechter Akteur:innen kamen die Projekte der Demokratieförderung, Jugend-, Integrations- und Antidiskriminierungsarbeit für lange Zeit zum Erliegen bzw. konnten geplante Aktivitäten nicht realisiert werden (I1.54, I5.54, I6.54, I7.54). Gleiches galt für die Erfassung von radikal rechten Vorfällen (I8.54). Die Erreichbarkeit der jeweiligen Zielgruppen und die Angebote waren stark eingeschränkt oder mussten komplett ausgesetzt werden. Demokratieförderung ist jedoch am effektivsten, wenn sie als kontinuierliche Alltagspraxis möglichst flächendeckend stattfinden kann. Vermutlich also hat die Corona-Situation bestehende strukturelle Defizite zumindest offengelegt oder tendenziell noch verstärkt.

3.8 STÄDTISCHER UND LÄNDLICHER RAUM

Einordnung

In der Forschung häufig angeführte Erklärungsansätze für die kommunale Verankerung der radikalen Rechten im ländlichen Raum sind der fortschreitende Bedeutungsverlust und Zerfall ländlicher Gemeinschaftsstrukturen, eine erhöhte Anfälligkeit für ökonomische und demografische Rückentwicklungen und krisenhafte Situationen sowie eine verstärkende Wirkung des Konformitätsdrucks auch im politischen Klima durch enger verwobene, deanonymisierte Sozialbeziehungen und geringere soziale und politische Diversität (Buchstein/Heinrich 2010: 35ff.). Besonders im Hinblick auf die Entfaltungspotenziale rechtsextremer Jugendsubkulturen bietet sich der ländliche Raum durch einen häufigen Mangel an alternativen Freizeitangeboten und jugendsubkulturellen Identifikationsmöglichkeiten an (ebd.). Ein weiterer wesentlicher Punkt betrifft die Zukunftsperspektiven, die unmittelbar mit der demografischen Entwicklung verbunden sind. Dort, wo mehr Menschen versterben oder abwandern, als neue hinzukommen oder geboren werden, verdüstern sich die Entwicklungsperspektiven auf allen Ebenen des wirtschaftlichen, sozialen und politischen Lebens. Bis 2040 werden in vielen Thüringer Gemeinden 20%, teilweise bis zu 40%, der Bevölkerung verschwinden – ein Problem, das allerdings nicht auf den ländlichen Raum begrenzt ist.

Einschätzung der Zivilgesellschaft

Die Beobachtung, dass im ländlichen Raum rechtsoffene und teilweise auch radikal rechte Einstellungs- und Artikulationsmuster mindestens in einzelnen Regionen weiterverbreitet, verfestigter und damit auch „normaler“ sind, teilen viele der Befragten. Zu den Ursachen der räumlichen Muster und ihrer Verallgemeinerbarkeit existieren dagegen durchaus unterschiedliche Ansichten. In vielen Interviews wird als ein Grund der eingeschränkte Zugang zu Bildungs- und Erfahrungsmöglichkeiten angeführt (I5.10, I8.10, I7.10). Die Unterschiede im Bildungsbereich seien allerdings nicht zwangsläufig nur ein Stadt-Land-Problem, sondern ein generelles Problem, betont eine interviewte Person: „Gut gebildete Menschen haben Zugang zu besseren Jobs mit besseren Gehältern, sie können reisen, sich kulturell bilden und sind generell offener für andere Ethnien, Ideen und nicht zuletzt für die Wissenschaft, die für jede Entscheidung grundlegend relevant sein sollte.“ (I5.10) Mit sinkender sozialer Diversität fehlten

Erfahrungs- und Begegnungsmöglichkeiten, die im urbanen Umfeld besser zugänglich seien (I3.10, I6.10). Die stärkere Verbreitung konservativer Weltbilder, die Betonung von Konformität und Ordnung sind weitere Gründe, die in den Interviews benannt werden (I4.10, I10.10). Engere Sozialbeziehungen prägen den ländlichen Raum, erschweren kritischen Umgang und stärken den sozialen Konformitätsdrucks (I2.10, I7.10, I8.10). „Die Menschen im ländlichen Raum leben noch sehr nah zusammen, was einen aktiven (tägliche Austausch) zu allen relevanten Themen mit sich zieht.“ Das trage zu einer „gewissen Normalisierung von Meinungen außerhalb des demokratischen Spektrums“ bei (I8.10). „Man kennt sich, akzeptiert sich, will den lokalen Frieden erhalten.“ (I2.10) Die demografischen Herausforderungen, bspw. die Überalterung (I3.10) und „Perspektivlosigkeit“ in ländlichen, schrumpfenden Räumen (I3.10), werden als weitere Ursachen angeführt. Diese Muster aber auf eine reine Stadt-Land-Differenz zu reduzieren, halten einige der Befragten für zu pauschal und undifferenziert. Eine befragte Person kann für ihre Region bspw. keine derartigen Unterschiede feststellen (I11.10), da der städtische Raum im Ilm-Kreis „ein kleinstädtischer Raum“ und daher „kaum ein Unterschied zum ländlichen Raum zu merken“ sei. Auch eine weitere interviewte Person sieht nur bedingt Anzeichen eines systematischen Stadt-Land-Gefälles im Ilm-Kreis (I6.10). In Ilmenau wirke sich das internationalere und studentische Umfeld der TU positiv auf das Diversitätsverständnis der Menschen aus (ebd.). Eine pauschale Annahme der weiteren Verbreitung rechtsaffiner Positionen im ländlichen Raum werde häufig aus einer städtischen Perspektive formuliert (I4.10): „Ich halte aber die These, der ländliche Raum sei per se affiner für Rechtsradikalität und Fremdenfeindlichkeit, für falsch und für ein Klischee von Städtern.“ (ebd.)

4 SITUATION DER ZIVILGESELLSCHAFT VOR ORT

Die lokale Zivilgesellschaft im Ilm-Kreis ist personell und strukturell insgesamt relativ gut aufgestellt. Das zeigt sich bspw. an der Vielzahl unterschiedlicher Gruppen: kleinere lokale Initiativen, Jugend- und Student:innengruppen, größere Bündnisse und ortsübergreifende Netzwerke. Die inhaltlichen Schwerpunkte bewegen sich in einer großen Bandbreite – von Antirassismuserbeit, Demokratieförderung und Antidiskriminierungsarbeit über die Bekämpfung von Rechts extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit bis zur Kinder- und Jugendbetreuung und Sozialintegration Erwachsener. Die Kooperationen und Kontakte in das lokale gesellschaftliche und politische Umfeld sind durch zahlreiche Vernetzungsaktivitäten an vielen Stellen bereits relativ weit ausgebaut. Im Bereich der Parteien sind es vorrangig Personen und Gruppen aus den Parteien DIE LINKE und Bündnis 90/Die Grünen, mit denen zivilgesellschaftliche Initiativen zusammenarbeiten. Eng angebunden ist die Sozialpädagogik durch zahlreiche Kooperationen bspw. mit dem Netzwerk der Schulsozial- und Jugendarbeiter:innen und der LPfD Ilm-Kreis. Weitere Kooperationen bestehen zu Schulen und lokalen Vereinen, bspw. im Bereich des Sports und der Jugendarbeit. Die relativ starke zivilgesellschaftliche Verankerung wird in regelmäßigen Gegenveranstaltungen zu Events der radikalen Rechten sichtbar. In Ilmenau waren 2019 mehr als 1.000 Menschen gekommen, um gegen eine AfD-Demonstration zu demonstrieren (I.HG). Auch in der nächstgrößeren Stadt Arnstadt kommt es bei größeren Aktivitäten rechtspopulistischer und -extremer Gruppen regelmäßig zu breiten und vielfältigen Gegenprotesten.

Die öffentlichkeitswirksamen Projekte aus den unterschiedlichen zivilgesellschaftlichen Initiativen umfassen ein breites Spektrum (u.a. Vorträge, Diskussionsveranstaltungen, Lesungen, Workshops, Weiterbildungen, Konzerte, Aktionstage gegen Rassismus und Kampagnen für Demokratiebildung, Antirassismuserbeit und Jugendengagement), die sich in vielfältiger Weise an die lokale Bevölkerung richten.

Augenscheinlich konzentriert sich ein Großteil der zivilgesellschaftlichen Angebotsstruktur allerdings in den beiden größten Städten. Besonders in Ilmenau ist die Zivilgesellschaft personell und in Anzahl der Initiativen gut aufgestellt, was

auch durch den großen Anteil junger Studierender an der TU Ilmenau begünstigt wird. Auch in Arnstadt existieren zahlreiche Initiativen, allerdings verfügen diese – nach Einschätzung lokaler Akteur:innen – über deutlich geringere personelle Kapazitäten im Vergleich zur Stadt Ilmenau (I.HG). Die meisten der interviewten Akteur:innen aus der Zivilgesellschaft geben an, sofern die Frage beantwortet wurde, entweder im gesamten Kreis oder schwerpunktmäßig in Ilmenau oder Arnstadt aktiv zu sein. Die Initiativen, die als regelmäßige Partner:innen in der zivilgesellschaftlichen Kooperation benannt wurden, sind zu übergroßen Anteilen ebenfalls den beiden Städten Arnstadt und Ilmenau zuzuordnen.

Die Lokale Partnerschaft für Demokratie (Kurz LPfD, vormals LAP Lokaler Aktionsplan) im IIm-Kreis engagiert sich bereit seit 2007 vor Ort und hat seither eine Vielzahl an Projekten im Bereich der Demokratiebildung beraten, unterstützt und gefördert sowie die Vernetzung innerhalb der Zivilgesellschaft und mit relevanten lokalen Institutionen aus Politik und Gesellschaft vorangetrieben. Das Konzept der Partnerschaften für Demokratie entwirft dabei an die lokalen Bedingungen angepasste Konzepte, die Demokratiebewusstsein, Toleranz und Weltoffenheit stärken sollen. Inzwischen existieren in allen Thüringer Kreisen und kreisfreien Städten lokale Demokratiepartnerschaften. Ziel ist zum einen eine Vernetzung innerhalb der Zivilgesellschaft und ein intensivierter Austausch und die Zusammenarbeit mit den lokalen Verwaltungen, Kommunalpolitiker:innen und lokalen Initiativen aus den Bereichen der Vereine, Bürger:innenbündnissen, Kirchen und sozialen und pädagogischen Initiativen vor Ort. In einem möglichst breiten und flächendeckenden Austausch sollen Strategien für Demokratiebildung und gegen Phänomene gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus entwickelt und verfolgt werden. Zum anderen können über die lokalen Partnerschaften in Thüringen Fördermittel des Bundes und des Freistaates Thüringen für Projekte beantragt werden, die im Sinne der o.g. Ziele zukunftsweisend die Festigung der demokratischen Kultur und gesellschaftlichen Vielfalt sowie die Bekämpfung von Phänomenen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit vorantreiben.

Die Arbeitsschwerpunkte der LPfD im IIm-Kreis umfassen folgende Bereiche⁸⁵:

- demokratisches Engagement vor Ort fördern und die Zivilgesellschaft stärken
- Projektarbeit mit Kindern, Jugendlichen, Schüler:innen zu Themen wie interkulturelle und antirassistische Bildung, Demokratie- und Toleranzerziehung und soziale Kompetenztrainings
- fachliche Beratung und Begleitung der Projektumsetzenden und interessierten Akteur:innen durch die externe Koordinierungs- und Fachstelle der LPfD sowie das federführende Amt
- Beratung und Qualifizierung von Multiplikator:innen (Pädagog:innen, Kommunalpolitiker:innen, Bürger:innen und Schüler:innen)
- ganzheitliche interkulturelle Bildungsprojekte für Erwachsene, die zur Begegnung von Menschen mit Migrationshintergrund und Deutschen und dem gegenseitigen Verständnis und interkulturellen Perspektiven beitragen.
- öffentliches Engagement stärken (u. a. gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit sowie darauf bezogene Formen der Diskriminierung) und in Bezug auf alle demokratie- und rechtstaatsfeindlichen Phänomene sensibilisieren

Hauptzielgruppen der Arbeit der LPfD und der assoziierten Projekte sind dabei insbesondere⁸⁶:

- Kinder und Jugendliche
- Pädagog:innen, Lehrer:innen, Erzieher:innen, Eltern, Politiker:innen, Seelsorger:innen (vor allem Fortbildung und Qualifikation als Multiplikator:innen)
- ehrenamtlich Engagierte in Vereinen und Initiativen

Durch die langjährige Beratungs- und Vernetzungsaktivität ist die LPfD IIm-Kreis inzwischen weit in den Kreis hinein vernetzt. Das zeigt sich bspw. in der Zusammensetzung des Begleitausschusses (BgA), der 16 Personen kommunaler Institutionen und mehrheitlich Vertreter:innen der lokalen Zivilgesellschaft (z.B. Bürger:innenbündnisse, Vereine, engagierte Einzelpersonen) umfasst.

⁸⁵ https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Broschuere_Partnerschaften_fuer_Demokratie/Broschuere_Partnerschaften_fuer_Demokratie.pdf.

⁸⁶ https://www.demokratie-leben.de/fileadmin/Demokratie-Leben/Downloads_Dokumente/Broschuere_Partnerschaften_fuer_Demokratie/Broschuere_Partnerschaften_fuer_Demokratie.pdf.

Die bessere Sichtbarkeit und Vernetzung der Zivilgesellschaft verzahnt sich in der Praxis immer wieder mit dem Bedarf, die Beratungs- und Begleitungsmöglichkeiten im Rahmen der LPfD im Ilm-Kreis, durch die externe Koordinierungs- und Fachstelle sowie durch das federführende Amt, in Anspruch zu nehmen. Menschen mit unterschiedlichsten beruflichen und ehrenamtlichen Hintergründen oder Motivationen können mithilfe der Projektberatung, und -begleitung ihre Ideen zu konkreten Konzepten ausgestalten, diese vor Ort umsetzen und somit Selbstwirksamkeit erfahren. Zivilgesellschaftliche Initiativen gewinnen dadurch an Selbstbewusstsein und treten sichtbarer auf, um demokratische, menschenrechtsorientierte Werte vor Ort zu stärken.

In allen Lebensbereichen, also z.B. im Sportverein, in der Kita, im Jugendklub, am Arbeitsplatz usw., gibt es kontinuierlich Bedarfe nach konkreter Fallberatung. Die Frage „Was ist zu tun, wenn ...?“ (... jemand rassistisch beleidigt wird ... demokratiegefährdende Äußerungen am Arbeitsplatz, in der Schule fallen ... Menschen aufgrund von menschenverachtenden Motiven angegriffen werden ...) umfasst konkrete alltägliche Bedarfe im Umgang mit Ungleichwertigkeitsideologien und ihren Artikulationsformen. Aus diesem Grund sind etwa die thüringenweit agierenden Beratungsstellen MOBIT und ezra eng in die zivilgesellschaftliche Arbeit des Landkreises und das Kooperationsnetzwerk des LPfD im Ilm-Kreis eingebunden.

4.1 DIE (NICHT-) POSITIONIERUNG DER BEVÖLKERUNG UND DER KOMMUNALEN INSTITUTIONEN

Einschätzung der Zivilgesellschaft

Die befragte Zivilgesellschaft charakterisiert das Verhalten der kommunalen Bevölkerung und ihrer Institutionen in Bezug auf die Positionierung zu radikal rechten Tendenzen als überwiegend kritisch und mangelhaft (I8.27, I6.26, I5.28, I11.1). Die Art der Resonanz scheint häufig von Desinteresse, Normalisierungstendenzen radikal rechter Positionen und Polarisierungs- und Leugnungstendenzen geprägt zu sein. Unterschieden wird dabei in eher engagierte, politisch interessierte Personen und Gruppen auf der einen Seite und politisch desinteressierter Bevölkerungsteile auf der anderen (I8.27, 28). Sofern es sich um

nicht engagierte Personen handele, *„kann man die Reaktionen und die Haltung zu diesem Thema mit einem Wort zusammenfassen: Schulterzucken“* (I8.28). Das sei teilweise *„eine Generationenfrage. Junge Menschen im Landkreis lassen sich teilweise besser bewegen, sich für einen guten Zweck zu engagieren, als Erwachsene. Die Polarisierung im Landkreis besteht nicht nur zwischen politischen Lagern, sondern oft auch zwischen den Resignierten versus den Engagierten.“* (I8.26) Desinteresse, Resignation und fehlende Problemwahrnehmung äußern weitere Befragte als häufigen Grund für ausbleibende Reaktionen (I5.28, I6.28), *„oftmals [auch] aus Angst, selber Ausgrenzung zu erfahren“* (I6.28). Dort, wo radikal rechte Übergriffe durch Akteur:innen stattfinden, die fest in das soziale Gefüge vor Ort eingebunden sind, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass diese Übergriffe – bis hin zu offener Gewalt – toleriert und bagatellisiert werden. Ein/e Interviewte/r beschreibt die Reaktion auf einen körperlichen Angriff, dem ein rechtsextremer Vorfall vorausgegangen war, folgendermaßen: *„Er ist ein Unternehmer, der dem Ort durch Spenden und Unterstützung ein wichtiger Partner ist“, die betroffene Person „erfährt [...] keine Hilfe“* (I2.9). Werden radikal rechte Positionen über längere Zeit zu einem Teil der Normalität, bleiben konsequente Distanzierungen häufiger aus. Besonders die radikal rechte AfD habe sich innerhalb bestimmter Bevölkerungsteile inzwischen weitestgehend normalisiert: *„Die AfD scheint sich generell hier wohl zu fühlen. Der Eindruck ist, dass sie hier von etlichen Akteuren:innen (Lokalpolitik, Ämternetzwerk, Bevölkerung) weniger als Bedrohung, sondern mehr als Partei des demokratischen Spektrums wahrgenommen wird.“* (I8.4) Als Gründe dafür lassen sich auch langfristige Entwicklungen anführen. Insbesondere in Arnstadt wurde eine starke rechtsoffene politische Kultur in einem Teil der Parteienlandschaft für die Vergangenheit beschrieben, die sich in *„Jahrzehnten praktizierte[r] Zusammenarbeit mit rechten Strukturen“* (I11.4) ausdrückte und die politische Nähe zu Rechtsaußen heute begünstige: *„Neonazis konnten in der Region lange ungestört schalten und walten wie sie wollten. Der Ex-Bürgermeister von Arnstadt hat die JN ja sogar noch nach Arnstadt eingeladen (vgl. Abschnitt zu „Pro Arnstadt“). Die politischen Strukturen hier waren jeher Teil des Problems, weil sie entweder selbst rechts sind (Freie Wähler, AfD, NPD,) oder kein Problem haben, mit den Rechtsextremen zusammenzuarbeiten. Rechts extremismus wurde deswegen nicht problematisiert und normalisiert.“* (I11.4) Auch explizit rechtsextreme Vorfälle werden teilweise ignoriert oder als nicht

störend empfunden. *„Meist werden auch Nazi-Events abgetan mit: ‚Aber die benehmen sich wenigstens in der Öffentlichkeit und machen nichts kaputt.‘ Sicher wird da auch viel ignoriert“ (18.27).*

Im Zuge der Auseinandersetzung um Positionierungen zu radikal rechten Vorfällen und Strukturen zeigen sich zusätzliche Polarisierungstendenzen. Personen, die sich kritisch gegenüber Rechtsextremismus positionieren und dagegen engagieren, würden als radikal wahrgenommen oder – gemäß einem vulgären Verständnis der ‚klassischen Extremismustheorie‘ – sogar als extremistisch bezeichnet: *„[W]enn ich mich engagiere, werde ich bzw. die Aktionen von Außenstehenden oftmals ins links(-extreme) Spektrum geredet, obwohl ich aus einem demokratischen (Herz-)Verständnis zu Menschen handle“ (16.28).*

Einordnung

Das Verhältnis zwischen radikal rechten Raumergreifungsstrategien einerseits und den Reaktionsmustern der lokalen Bevölkerung und ihrer Institutionen andererseits ist wechselseitig und eng aufeinander bezogen. In dem Moment, in dem die Artikulation radikal rechter Phänomene im Umfeld wahrnehmbar wird, erhalten sie einen öffentlichen Charakter. Die Art und Weise, wie sich das lokale Umfeld dazu verhält bzw. nicht verhält ist – ob gewollt oder nicht – ist immer mit Konsequenzen verbunden. Das Ignorieren bedeutet aus Sicht der Betroffenen eine Entsolidarisierung und Nichtanerkennung bzw. Missachtung ihrer Perspektive (Ashour/Dieckmann/Geschke 2021). Dadurch werden Abwertungserfahrungen verstärkt. Das wird als erneute „Opferwerdung“ (sekundäre Viktimisierung) erlebt. Gleichzeitig bestärkt es die Täter:innen oder politisch Gleichgesinnte in ihrem Tun (ebd.). Damit steigt das Risiko für Wiederholungstaten. Im Sinn strategischer Raumergreifung kann die Nicht-Positionierung der meist mehrheitlich demokratisch gesinnten Bevölkerung als „stillschweigende Zustimmung“ oder Bestätigung verstanden werden, wodurch sich ein zusätzlicher Raum für anhaltende und fortschreitende radikal rechte Aktivitäten eröffnen kann. Hier existiert ein Handlungsdilemma, mit dem viele Akteur:innen mit derartigen Herausforderungen konfrontiert sind: Denn auf der anderen Seite steigt dort, wo eine Positionierung in Sinne einer klaren Abgrenzung stattfindet, häufig zunächst das wahrnehmbare Konfliktpotenzial (Schellenberg 2014) und Einstellungs- und Handlungsstrukturen treten offener zutage, die vorher

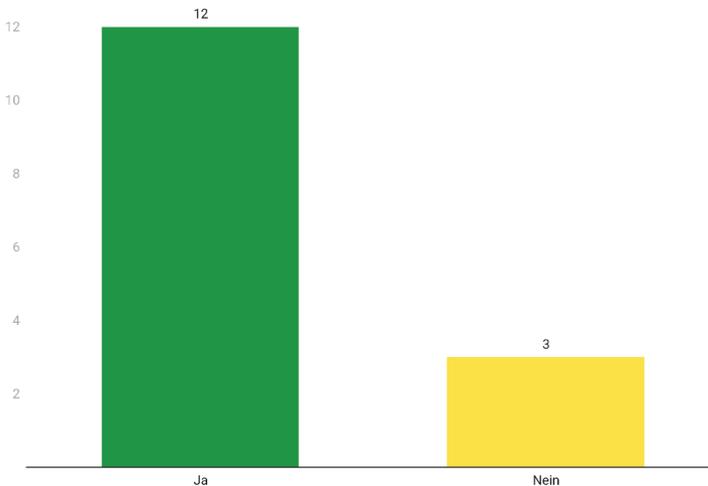
häufig nicht gesehen wurden oder gesehen werden wollten. In einem Zustand weit fortgeschrittener Hegemonie rechter Positionen kann die Illusion einer konfliktfreien, friedlichen Koexistenz teilweise erfolgreich aufgebaut werden, weil der Lokalraum im Sinne ihrer Ideologie als weitestgehend „homogen“ erscheint und die Bezugspunkte der „Feindbestimmung“ vorrangig außerhalb der jeweiligen Gemeinschaft verortet werden. In diesem Spannungsfeld bewegen sich Akteur:innen, die im lokalen Raum mit radikal rechten Strukturen im Nahumfeld konfrontiert sind. Die oben beschriebenen Hürden verhindern, neben anderen Faktoren wie dem Desinteresse der Lokalbevölkerung oder tatsächlicher politischer Sympathien, häufig die klare öffentliche Abgrenzung. Das Artikulieren von Gegenpositionen führt dann zu Abwehrreflexen, da Interventionen als Störung der Harmonie und des Friedens im Ort empfunden werden. Nach Einschätzung der Befragten zeigen sich im Ilm-Kreis viele der thematisierten Reaktionsmuster, etwa Desinteresse, Problemverharmlosung und -verleugnung und Anfeindungstendenzen gegen Personen, die radikal rechte Vorfälle thematisieren und kritisieren.

4.2 ANFEINDUNGEN UND ÜBERGRIFFE GEGEN ZIVILGESELLSCHAFTLICHE AKTEUR:INNEN

Eine Frage beschäftigt sich damit, in welchem Umfang die Zivilgesellschaft im Rahmen ihrer Arbeit selbst zur Zielscheibe von Übergriffen wird. Nur 3 von 15 Personen, die diese Frage beantwortet haben, berichteten, noch nie von Übergriffen betroffen gewesen zu sein. Insgesamt knapp drei Viertel der Interviewten gaben an, mindestens einmal mit Anfeindungen, Bedrohungen, Beleidigungen oder Sachbeschädigungen bzw. körperlichen Angriffen konfrontiert gewesen zu sein. Die Mehrzahl der Befragten gab an, dass diese Übergriffe eher selten stattfanden.

Abbildung 5: Anfeindungen, Bedrohungen und Angriffe gegen Zivilgesellschaft

N=15, Grafik: IDZ-Jena; Quelle: eigene; erstellt mit Datawrapper

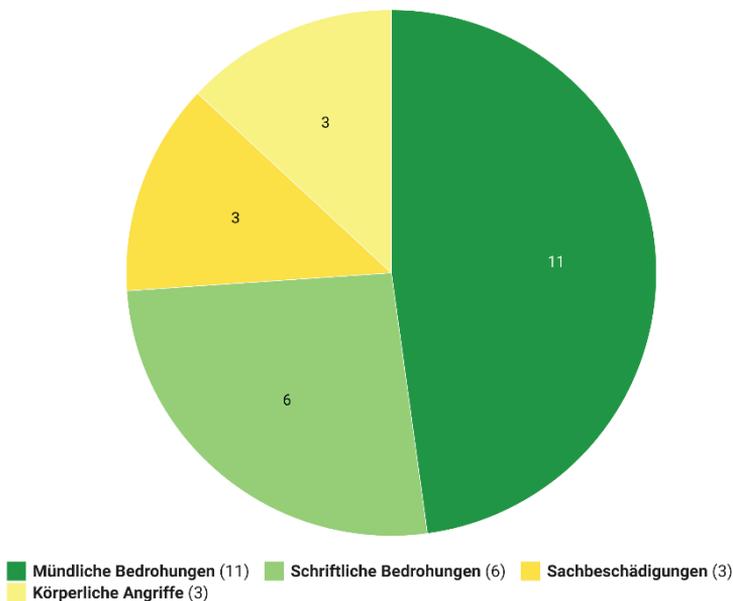


Beinahe die Hälfte der Übergriffe waren mündliche Bedrohungen und Beleidigungen. Der größte Teil dieser Übergriffe geschah in Form direkter Ansprachen. Schriftliche Bedrohungen (6 Vorfälle) fanden sich am häufigsten in sozialen Medien. In 3 Fällen berichteten die Befragten zusätzlich von Sachbeschädigungen und körperlichen Angriffen im Arbeitsumfeld. Die Motive für die Übergriffe lagen zum großen Teil in der politischen Ablehnung der antirassistischen und

gegen radikal rechte Strukturen gerichteten zivilgesellschaftlichen Tätigkeit. Die Sozialpädagog:innen gaben als Umfeld der Bedrohungen am häufigsten das soziale Umfeld der zu betreuenden Klienten an. Ein körperlicher Angriff fand im Arbeitskontext statt. Auch wenn die Vorfälle nach Angaben der Befragten eher selten stattfanden, verweisen sie doch auf eine relativ hohe und alltägliche Bedrohungslage der zivilgesellschaftlichen Akteur:innen und Gruppen im Rahmen ihrer Arbeit im Ilm-Kreis.

Abbildung 6: Anfeindungen, Bedrohungen und Angriffe nach Kategorie

N=15, Grafik: IDZ-Jena; Quelle: Eigene; Erstellt mit Datawrapper



4.3 EINBLICKE IN DIE SOZIALPÄDAGOGISCHE ARBEIT VOR ORT

Der folgende Abschnitt basiert auf den Ergebnissen einer Befragung von Personen im IIm-Kreis, die im Bereich der Sozialpädagogik an unterschiedlichen Orten im Kreis aktiv sind.

Alle Befragten sind dabei in der offenen Kinder- und Jugendarbeit tätig. Die Mehrzahl arbeitet mit Kinder- und Jugendlichen (Altersgruppen 6–12 und 13–18 Jahre), 4 davon in der Altersgruppe der 18–27-Jährigen. Gefragt nach bereits bestehenden Erfahrungen mit vorurteilsgeleiteten oder menschenverachtenden Inhalten bzw. abwertenden oder diskriminierenden Verhaltensweisen, bejahten alle Befragten, solche Situation bereits erlebt zu haben. Die Mehrzahl der Befragten gab dazu an, dass sie solche Vorfälle eher selten bis sehr selten im Arbeitsalltag wahrnehmen. Die Frequenz der Vorfälle wurde, ausgehend von den Antworten der Häufigkeitsangaben skaliert, und mit der Anzahl an Antworten dividiert.⁸⁷ Die häufigsten Formen der Vorfälle sind Äußerungen, gefolgt von ausgrenzenden oder abwertenden Äußerungen bzw. Handlungen. Das Tragen einschlägiger (rechtsextremer) Marken und Codes und das Abspielen von Medien, die derartige Einstellungen transportieren, kommt sehr selten vor. Bedrohungen, Vandalismus und körperliche Auseinandersetzungen sind die seltensten Vorkommnisse.

⁸⁷ Skala: 0 = nie; 1 = sehr selten; 2 = selten; 3 = häufig und 4 = sehr häufig.

Tabelle 6: Einzelbefunde der Befragung im Bereich Sozialpädagogik

Haben Sie während Ihrer Arbeit bereits Situationen mit vorurteilsgeleiteten oder menschenverachtenden Inhalten und/oder abwertende oder diskriminierende Verhaltensweisen erlebt?

schon erlebt	7		
noch nie erlebt	0		

Falls zutreffend: Um welche Art von Situationen handelte es sich dabei?

	Ja-Antworten	Frequenz	Sicherheit im Umgang mit ...
Äußerungen	7	2,1	sicher
Ablehnung/Ausgrenzung	6	1,6	sicher
Abwertung/Mobbing	6	1,6	sicher
Benachteiligung	4	1,1	sicher
Tragen von Marken und Codes	6	0,9	eher sicher
Abspielen von Medien	4	0,9	eher unsicher
Anfeindungen/Hassrede	5	0,7	eher sicher
Vandalismus/Sachbeschädigungen	3	0,6	eher unsicher
Bedrohungen	4	0,6	eher unsicher
körperliche Auseinandersetzung	4	0,6	eher sicher

Welche Motive lassen sich Ihrer Meinung nach den oben beschriebenen Situationen zuordnen? (Mehrfachauswahl möglich); diskriminierende Zuschreibungen aufgrund:

	Ja-Antworten	Frequenz	
der Herkunft	7	2,1	
körperlicher Merkmale	5	2,0	
des sozialen Status	5	1,8	
anti-muslimischer Vorurteile	6	1,5	
des Geschlechts	5	1,4	
der geschlechtlichen Identität und/oder sexuellen Orientierung	4	1,3	
antisemitischer Vorurteile	3	0,7	
geschichtsrelativierende und/oder verherrlichende Haltungen zum Nationalsozialismus	3	0,5	
demokratieablehnende Vorurteile	1	0,3	

Die hinter den Vorfällen stehenden Motive umfassen zuvorderst rassistische – auf die mutmaßliche Herkunft bezogene – und körperliche Merkmale. Der soziale Status und anti-muslimische Vorurteile sind weitere häufiger genannte Motive. Antisemitismus, die geschlechtliche Identität und Orientierung spielen dagegen im Arbeitsalltag der Befragten seltener eine Rolle. Sehr selten sind geschichtsrelativierende oder verherrlichende Haltungen zum Nationalsozialismus und demokratieablehnende Vorurteile. Auch hier bewegt sich die Häufigkeit der Vorfälle insgesamt im niedrigen Bereich. Viele Personen antworteten, sie hätten „selten“ bis „sehr selten“ solche Vorfälle mit den entsprechenden Motiven erlebt. Allerdings geben einzelne Befragte für bestimmte Antwortbereiche an, „häufig“ und in seltenen Fällen sogar „sehr häufig“ mit derartigen Situationen konfrontiert gewesen zu sein. Auf die Frage, mit welchen Vorfällen sich die Sozialpädagog:innen im Umgang „sicher“ bzw. „unsicher“ fühlen, gab die Mehrheit an, sich im Umgang mit dem Großteil der Herausforderungen relativ sicher zu fühlen. Höhere Unsicherheit bestand in den Kategorien „Abspielen von Medien“, „Bedrohungen“ und „Vandalismus und Sachbeschädigungen“. Unterstützung bei derartigen Vorfällen fordern die Befragten zum einen von den Strafverfolgungsbehörden, dem Jugendamt und der Landesregierung. Die Mehrheit ist der Überzeugung, dass es höhere personelle Kapazitäten bedürfe, um die Herausforderungen in dem Bereich effektiv umsetzen zu können. Daneben äußern 6 der 7 befragten Personen den Wunsch nach Weiter- und Fortbildungsangeboten. Inhaltliche Schwerpunkte der Schulung sollten nach Meinung der meisten vorrangig zu den folgenden Themenfeldern gesetzt werden: „Demokratie und Menschenfeindlichkeit aus Perspektive der Kinderrechte und des Jugendschutzes“, „digitale Gefahren und Gegenstrategien“, „Methoden und Strategien der Intervention in der Jugendarbeit“ und „Umgang mit diskriminierenden und demokratiefeindlichen Vorfällen“. Inhalte wie „Diskriminierungskritische und vorurteilsbewusste Bildung“ und „Betroffenenarbeit und Opferschutz“ wurden dagegen nur in seltenen Fällen gewählt.

4.4 HERAUSFORDERUNGEN UND HANDLUNGSBEDARFE AUS SICHT DER LOKALEN ZIVILGESELLSCHAFT

Politik, Verwaltung und Strafverfolgungsbehörden

Notwendig ist aus Sicht der zivilgesellschaftlichen Aktiven vor Ort eine klare und konsequente Abgrenzung zur radikalen Rechten. *„Die lokale Politik muss sich öffentlichkeitswirksam, aber auch substanziell gegen rechte Umtriebe zur Wehr setzen. Schöne Worte allein reichen nicht.“* (18.56) Im Bereich der Verwaltung bedürfe es eines konsequenteren Umgangs. Dort, wo Diskriminierungen in den Verwaltungsstrukturen stattfinden, müsse dies unmittelbare personelle Konsequenzen haben (18.55). Notwendig seien verpflichtende und regelmäßige Weiterbildungen im Bereich Anti-Diskriminierung, Diversität und Demokratiebildung – sowohl innerhalb der Verwaltungen als auch bei den Strafverfolgungsbehörden. *„Ich wünsche mir schnelle Reaktionen der Ermittlungsbehörden und ein Durchgreifen. Ich denke manchmal, der Rechtsstaat fördert die Unerschrockenheit gegenüber Gewalt. Täter wissen, dass alles, was für sie spricht, schwerer wiegt.“* (12.55) Auch in den Interviews mit Personen, die im Kreis im Bereich der Sozialpädagogik arbeiten, nannten mehrere der Befragten eine konsequentere Arbeit der Ermittlungsbehörden als notwendige Grundlage für ihre Arbeit (Befragte 12, 15, 16).⁸⁸ Vereine und Initiativen der Zivilgesellschaft sollten dazu mehr Handlungsspielräume bei der Durchführung von Projekten und Veranstaltungen durch die zuständige Verwaltung erhalten, da zahlreiche Behördenauflagen und hohe bürokratische Hürden die Durchführung von Veranstaltungen häufig blockieren würden (16.56). Neben der inhaltlichen Positionierung müsse die Politik zivilgesellschaftliche Initiativen in ihrer langfristigen finanziellen Perspektive deutlich besser absichern. Nur so könne es gelingen, den Problemen vor Ort nachhaltig zu begegnen. Die Beendigung der projektgebundenen Förderung zugunsten einer kontinuierlichen finanziellen Absicherung und langfristigen Stärkung der Demokratieförderung sei daher ein grundlegender und notwendiger Schritt (18.55).

⁸⁸ Die dazugehörige Frage lautete: „Von welchen Bereichen wünschen Sie sich dahingehend umfangreichere Unterstützungsangebote?“.

Kommunale Strukturen vor Ort

Auch die kommunalen Institutionen, bspw. Vereine, Unternehmen und Kirchen, sollten sich stärker in Bereichen der Diversität, Demokratieförderung und Integration einbringen als bisher (14.56). Besonders lokale Unternehmen müssten höhere Integrationsbemühungen tätigen, mehr Personen mit Migrationshintergrund in die Beschäftigung bringen und gleichzeitig ein offeneres und diskriminierungsfreieres Arbeitsklima schaffen (17.56). Dazu seien auch in diesem Bereich professionelle Schulungen notwendig. In der kommunalen Öffentlichkeit müsse wesentlich stärker über Vorfälle mit diskriminierendem oder rechtsextremem Hintergrund und Strukturen gesprochen werden (18.55).

Bildung

Bildung wird in den häufigsten Fällen als wesentlicher Schlüssel zur langfristigen Eindämmung gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit betrachtet. Das umfasst die Kinder- und Jugendbildung im schulischen und außerschulischen Kontext, aber auch die Erwachsenenbildung. Gerade die Sozialarbeit sei unabdingbar, da sie dazu geführt habe, dass heute wesentlich weniger junge Menschen in rechte Strukturen abdriften würden als vor 10 bis 15 Jahren (18.48). *„Außerdem sind die Sozialarbeiter:innen wichtige Antennen und Netzwerkknotenpunkte im Landkreis, die schnell wahrnehmen, was gerade passiert.“* (Ebd.) Den Bereich der sozialen Arbeit zukünftig noch stärker ausbauen, ist eine Forderung vieler befragter Sozialpädagog:innen. Neben Bildungsangeboten für Kinder und Jugendliche müsse Bildungsarbeit für Erwachsene zielgerichtet dort ansetzen, wo Zugänge zu Bildung erschwert seien (15.55). Ein weiterer Aspekt, der sich durch viele Interviews zieht, ist die Forderung nach regelmäßigen Schulungen und Weiterbildungen rund um die Aspekte der Demokratiebildung und Antidiskriminierungsarbeit. Neben den bereits erwähnten gesellschaftlichen Bereichen, in denen die Interviewpartner:innen Weiterbildungsbedarf sehen (Verwaltung, Justiz, Unternehmen), müssten auch im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit Weiterbildungen zu genannten Themen ein dauerhafter und verpflichtender Bestandteil des Curriculums werden (16.56, 18.55).

Soziale Integration

Auch soziale Desintegration wird als ein wesentlicher Faktor für die Entstehung und Verfestigung radikal rechter Einstellungen betrachtet. Im IIm-Kreis gebe es trotz einer insgesamt guten wirtschaftlichen Entwicklung besonders in den größeren Städten verfestigte soziale Deprivationslagen, die sich teilweise über mehrere Generationen verstetigt hätten (I.HG). Viele Befragte sehen hier notwendigen Handlungsbedarf im Hinblick auf die gesellschaftliche Integration und Rechtsextremismusprävention (u.a. I2.57). Das bedürfe sozialer Integrationsanstrengungen in vielen Bereichen, u.a. der Erziehung, Verbesserung der ökonomischen Situation, der Bildung und der Betreuung von Kindern aus sozial benachteiligten Zusammenhängen. Verstärkt werden müssten auch die Bemühungen um eine erfolgreichere soziale Integration von Migrant:innen in allen gesellschaftlichen Bereichen – zuerst im Sinne der Betroffenen, aber auch als langfristige Perspektive der Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts. Die in Teilen der Bevölkerung als chaotisch und überfordert wahrgenommene Migrationspolitik hat vorherrschende Ressentiments gegenüber Neuankommenden und den Frust auf die überregionale und kommunale Politik aktualisiert und verstärkt. Das war auch im IIm-Kreis eine der relevanten thematischen Hauptmobilisierungslinien rechter Akteur:innen und Gruppen. Aus Sicht der Akteur:innen vor Ort, die im Bereich der Integration tätig sind, bieten insbesondere Begegnungsräume großes Potenzial für Selbsterfahrung und Reduzierung von Vorurteilen. Als wesentliche Maßnahme zur erfolgreichen Integration wird daher die Schaffung vielfältiger Begegnungs- und Erfahrungsräume des Alltags gefordert. „Je offener diese (gefragt wurde hier nach der Rolle der Vereine, kirchlichen Einrichtungen und Unternehmen) sich gegenüber Migranten zeigen, desto mehr Einheimische machen eigene Erfahrungen. Das ist weitaus nützlicher als politische Bildung oder dergleichen.“ (I4.49)

Bedarf nach Information, Austausch und Vernetzung innerhalb der Zivilgesellschaft

Hinsichtlich der Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Akteur:innen äußern mehrere der Befragten Bedarf nach intensiviertem Austausch und Vernetzungsmöglichkeiten (I1.55, I7.55, I2.51) – sowohl innerhalb der Zivilgesellschaft und als auch zu anliegenden Akteurnetzwerken, bspw. zu politischen Parteien (I8.50). Es gebe viele Leute, die sich vor Ort engagierten, allerdings würde davon zu wenig in gemeinsame Aktivitäten einfließen. So äußert z.B. eine Person: *„jeder macht etwas, aber noch nicht gemeinsam“* (I51.1). Kooperation und Kommunikation würden insgesamt gut funktionieren, allerdings mehrheitlich auf *„der Basis des persönlichen Kennens“* (I2.51). Der Eindruck, dass Einzelpersonen eine stärkere Rolle in der Vernetzung spielten, wird auch von einer interviewten Person (I2.50) geteilt: *„Ich bin davon überzeugt, dass es nicht die Organisationen sind, die die Zusammenarbeit der Kräfte ‚gegen rechts‘ bündeln. Das sind einzelne Personen, die sich kennenlernen in der Arbeit, sich gegenseitig informieren und damit das Netzwerk aufrechterhalten.“* Weitere Befragte wünschen sich bessere Informationsgrundlagen und Hintergrundwissen über Vorkommnisse und Strukturen im Kreis (I2.56), die breiter geteilt werden könnten, um alle Akteur:innen zu erreichen (I1.51). Auch deshalb wird zumindest von einem Teil der Befragten der Wunsch geäußert, einen besseren Überblick über alle aktiven zivilgesellschaftlichen Akteur:innen zu bekommen (I1.52) und regelmäßiger gemeinsame Treffen und Veranstaltungen durchzuführen (I7.52). Ein Bedarf an Räumen und Plattformen des regelmäßigen Austauschs wird (I8.52) betont: Dabei wird auch ein „runder Tisch“ angeregt, um sich gegenseitig kennenlernen und vernetzen zu können (I7.55). Neben der internen Vernetzung, die hauptsächlich in den größeren Städten relativ gut funktioniert, solle der ländliche Raum stärker in den Fokus zivilgesellschaftlicher Angebote rücken (I5.52). Außerdem müsse die Zivilgesellschaft noch stärker öffentlich sichtbar werden und dabei den Fokus besonders auf „gelingende und gelebte Partizipation“ und „Projekte des Erlebens“ setzen (I6.55).

5 ZUSAMMENFASSUNG

Nachdem sich Ende der 90er-, Anfang der 2000er-Jahre die Situation zunächst beruhigt hatte, lassen sich für die Gegenwart relevante Geländegewinne der radikalen Rechten vor Ort feststellen. Das betrifft alle Dimensionen im Organisationsspektrum. Auf der Ebene der formellen Organisationen sind unter den explizit rechtsextremen Parteien, analog zur landesweiten und bundesweiten Entwicklung, Abwärtstrends zu verzeichnen. Die NPD, die noch zur Landtagswahl 2014 leicht überdurchschnittliche Ergebnisse zu verzeichnen hatte, ist aktuell marginalisiert – sowohl hinsichtlich ihrer Aktivitäten im Kreis als auch im Wählerzuspruch. Weitere Kleinstparteien wie Der III. Weg beschränkten ihre Aktivitäten im Wesentlichen auf öffentliche und interne Veranstaltungen. Gleichzeitig erzielte die rechtspopulistische und in Teilen rechtsextreme AfD im IIm-Kreis überdurchschnittlich hohen Zuspruch und ist regional und lokal inzwischen fest verankert. Eine Reihe soziostruktureller und politisch-kultureller Aspekte haben die Wahlerfolge dabei mit hoher Wahrscheinlichkeit begünstigt. Das betraf neben der Alters- und Geschlechterverteilung auch Regionen mit starken Abwanderungsbewegungen. Besonders deutliche Bezüge bestanden zur politischen Raumkultur. In Regionen mit höheren Nichtwähler:innenanteilen und stärkerem Zuspruch zur rechtsextremen NPD in der Vergangenheit konnte die AfD besonders profitieren. Die vergleichsweise hohen Anteile an Personen mit asylkritischen Haltungen im Kreis legen ebenfalls nahe, dass dies zum überdurchschnittlich hohen Wähler:innenzuspruch der AfD im Kreis beiträgt. Mit dem Erfolg der AfD geht nach den Beobachtungen der Interviewpartner:innen eine steigende Polarisierung im politischen Raumklima und eine Normalisierung radikal rechter Positionen in Teilen der Bevölkerung einher.

Abseits der Parteiaktivitäten sind die Geländegewinne im informellen und formellen Bereich des Rechtsextremismus nicht einheitlich. Einige Initiativen und Gruppen haben ihre Aktivitäten eingestellt, andere dagegen neue aufgenommen haben. In der Summe müssen aber auch hier Raumgewinne festgestellt werden. Die Anzahl an fest organisierten und informellen Gruppen, Netzwerken, losen Personenzusammenhängen, rechtsextremen und gewaltaffinen Jugendgruppen sowie rechtsextremen Einzelpersonen ist, soweit einschätzbar, verhältnismäßig hoch. Dieses Umfeld ist untereinander und überregional vernetzt

und über die Grenzen der verschiedenen Gruppen anlassbezogen aktivierbar. Gleichzeitig bilden zahlreiche Akteur:innen der früheren rechtsextremen Szene, die zurzeit nicht aktiv, aber vor Ort sesshaft sind, Handlungs- und Mobilisierungspotenziale. Zu Anlässen mit hohem Stellenwert oder hohen erwarteten Mobilisierungsaussichten ist damit in der Summe ein breites, gruppen- und spektrumsübergreifendes Potenzial an Personen und Gruppen aktivierbar. Das zeigte sich auch im Ilm-Kreis im Zuge der Mobilisierung gegen Geflüchtete ab 2015 und – wenn auch in geringerem Umfang – bei den Mobilisierungen gegen die Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie. Im Bereich der subkulturellen Jugendgruppen sind insbesondere die Anzeichen auf neue rechtsextreme und kampfsportaffine Personenzusammenschlüsse bedenklich. Die beschriebenen Abläufe folgen dem Schema aggressiver Raumergreifungsstrategien, wie sie in Thüringen an unterschiedlichen Orten (bspw. in Eisenach) unter jugendlichen und gewaltaffinen Zusammenhängen zu beobachten sind (vgl. Salheiser 2021).

Zusätzlich ist der Ilm-Kreis durch die rechtsextreme Szeneinfrastruktur in Kirchheim und Marlishausen zu einem etablierten bundesweiten Anlaufpunkt der rechtsextremen Szene geworden. Die räumliche Konzentration an Veranstaltungsaktivitäten bedeutet für die Bevölkerung vor Ort immense Belastungen. Sie führt zu Polarisierungstendenzen innerhalb der betroffenen Orte und schafft neben einem latenten Bedrohungsszenario rund um die Aktivitäten auch ganz konkrete Angsträume (vgl. MOBIT-Broschüre; Salheiser 2021). Der Einschätzung⁸⁹, dass der Ilm-Kreis seine Relevanz hinsichtlich rechtsextremer Aktivitäten und Infrastruktur im Wesentlichen aus den lokalen Anzugspunkten der überregionalen Szene gewinnt, ist nur teilweise zuzustimmen. Neben der hohen Aktivität rund um diese Immobilien existieren – wie oben bereits dargestellt – unabhängig davon relevante Einstellungs- und Handlungspotenziale. Hinsichtlich der im Ilm-Kreis vorhandenen Einstellungspotenziale für gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit und rechtsextreme Einstellungen zeigten sich eher durchschnittliche bis unterdurchschnittliche Werte. Der hohe Anteil an Personen, der asylkritischen Aussagen zustimmte, lag dagegen mit 67% bedenklich hoch und sogar oberhalb des Wertes für Mittelthüringen.

89 Antwort auf kleine parlamentarische Anfrage (Drucksache 6/6877) vom 27.09.2019, Seite 3. Online: https://wordpress01.gcms.verdigado.net/madeleine-henfling/wp-content/uploads/sites/77/2019/03/DKA-3504-Rechtsextremismus-im-Ilm-Kreis_MH-1.pdf [02.05.2021].

In der Summe verdichten sich die oben angeführten Faktoren zu einem durchaus bedenklichen politischen Raumklima – insbesondere für Personen, die als „Feind:innen“ der radikalen Rechten definiert werden oder sich gegen radikal rechte Strukturen engagieren. Die Alltagssituation im Hinblick auf rechtspopulistische und -extreme Aktivitäten wurde in den Interviews mehrheitlich als anspannt und häufig als bedrohlich beschrieben. Diese beschriebene Bedrohungslage äußert sich auf ganz unterschiedliche und vielfältige Weise: von Diskriminierungserfahrungen im Alltag und in Behörden über konkrete Anfeindungen wegen des politischen Hintergrunds oder der vermuteten Herkunft bis hin zu konkreten Beleidigungen, Bedrohungen und körperlichen Angriffen. Dabei sind diese Übergriffe, neben den schwerwiegenden Folgen für die Betroffenen, immer auch als „Botschaftstaten“ an das weitere Umfeld zu verstehen. Sie vermitteln Personen, die ebenfalls den entsprechenden Gruppen zugeordnet werden, das Gefühl, jederzeit selbst zu Betroffenen werden zu können. Das verstärkt ein Raumklima der Bedrohung und kann zum Rückzug der Betroffenen und ihres Umfeldes aus dem öffentlichen Raum, schlimmstenfalls aus den Orten selbst führen. Diskriminierungen, Anfeindungen und konkrete Gewalt finden aber nicht im vielfach zitierten „luftleeren Raum“ statt. Sie sind vielmehr Resultat strategischer individueller oder kollektiver Handlungen, die sich in individuellen Ungleichwertigkeitsideologien der Handelnden begründen. Die öffentlichen Artikulationsformen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sind also eng in das soziale Umfeld und politische Raumklima eingebettet. Neben den oben dargestellten Einflussfaktoren der Sozial- und Angebotsstruktur der radikalen Rechten ist der Erfolg rechter Raumergreifung in hohem Maß von der Positionierung des lokalen Umfeldes abhängig. Für den IIm-Kreis beschreiben die befragten Personen mehrheitlich eine Mischung aus Desinteresse, Resignation und Relativierungstendenzen als häufiges Reaktionsmuster auf radikal rechte Vorfälle. Bleibt eine konsequente Positionierung aus, kann das zu einer Stärkung und Verfestigung radikal rechter Hegemoniebestrebungen führen. Zugleich lassen sich im IIm-Kreis eine ganze Reihe an Faktoren aufzeigen, die auf eine überwiegende Mehrheit demokratisch gesinnter Bevölkerungsteile verweisen und günstige Entwicklungspotenziale für den Ausbau und die Stärkung einer pluralistischen, demokratischen und partizipativen Konzeption des Zusammenlebens darstellen. Trotz durchaus bedenklicher Tendenzen kann die radikale Rechte im IIm-Kreis keine Bevölkerungsmehrheiten repräsentieren.

Die überwiegende Mehrheit der Menschen vor Ort wählt keine Parteien der radikalen Rechten und lehnt rechtsextreme Einstellungen mehrheitlich ab. „Die Mehrzahl der Bürger beschwert sich gerne mal, aber ist im Grunde froh in einer demokratischen Gesellschaft zu leben“, meint dazu eine der befragten Personen (14). Auch in anderen Interviews werden, zumindest in Einzelbereichen, positive Entwicklungstendenzen berichtet. Besonders in den größeren Städten existiert eine vergleichsweise aktive, vernetzte und langjährig etablierte Zivilgesellschaft, die zumindest in Teilen der lokalen Gesellschaft dauerhaft und gut verankert ist. In vielen Interviews mit Akteur:innen der lokalen Zivilgesellschaft wird die Bedeutung eines aktiven Engagements gegen rechtsextreme Phänomene betont. Zudem wird der Wunsch geäußert bzw. das Ziel verfolgt, vor allem die langfristigen Ursachen und Entwicklungsbedingungen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit zum Fokus der Arbeit zu machen. Davon zeugt eine Vielzahl an Projekten und Initiativen, die sich im Bereich der sozialen Integration, der Jugend- und Erwachsenenbildung und der Sozialpädagogik verorten. Wie sich die Situation im Landkreis weiterentwickelt, wird entscheidend davon abhängen ob die Zivilgesellschaft vor Ort ausreichenden kommunalen und politischen Rückhalt erhält und inwiefern sich weitere Teile der kommunalen Gesellschaft für demokratisches Engagement aktivieren lassen.

6 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN

POLITIK: BUND UND LÄNDER UND KOMMUNEN

Voraussetzung für die Bereitschaft zur demokratischen Partizipation ist die soziale und materiale Integration der Bürger:innen und die finanzielle Absicherung des zivilgesellschaftlichen Engagements. Diese Aufgabe adressiert die Politik von Bund, Ländern und Kommunen.

- Die radikale Rechte mobilisiert Zukunfts- und Statusverlustängste, indem sie soziale Fragen „ethnisiert“. Die demokratischen Parteien müssen glaubwürdige Konzepte für die sozialverträgliche Gestaltung anstehender Transformationsprozesse entwickeln.
- Um die demokratische Integration zu stärken und ein Abdriften von Wähler:innen zu radikal rechten Parteien entgegenzuwirken, sollten sich die demokratischen Parteien wesentlich stärker und kontinuierlicher in sozial benachteiligten Regionen mit hohen Nichtwählendenanteilen engagieren.
- Die staatliche Förderung der Zivilgesellschaft und Demokratiebildung muss finanziell langfristig abgesichert werden und in Regelstrukturen überführt werden, um nachhaltige Wirkung zu erzielen.
- Eine Debatte über soziale und materielle Teilhabe ist auch im lokalen Kontext notwendig und muss unter Einschluss aller sozialen Gruppen und jenseits ethnischer oder religiöser Zuschreibungen universell geführt werden.

UMGANG KOMMUNALER INSTITUTIONEN UND DER ÖFFENTLICHKEIT

Radikal rechter Raumnahme muss konsequent in der lokalen Öffentlichkeit widersprochen werden. Der Versuch der radikalen Rechten, demokratisches und antifaschistisches Engagement zu kriminalisieren, sollte mit einem breit getragenen und öffentlichkeitswirksam vermittelten Konsens zur Ächtung demokratiefeindlicher Bestrebungen begegnet werden. Den Herausforderungen, die die Raumnahmebestrebungen für die Kommunen darstellen, lässt sich am effektivsten durch breite Bündnisse kommunaler Institutionen und Akteur:innen begegnen.

- Dazu bedarf es eines engen Austausches zwischen Zivilgesellschaft, Kommunalpolitik, Verwaltung, Sicherheitsbehörden, Vereinen, Unternehmen, Kirchen und weiteren lokalen Initiativen über den Umgang vor Ort und möglichen Gegenmaßnahmen. Konkret wäre ein regelmäßiges und kontinuierliches Austauschformat in Form eines Runden Tisches (s.u.) unter Beteiligung der o.g. Akteur:innen im Kreis notwendig.
- Eine konsequente Abgrenzung zu Parteien der radikalen Rechten seitens aller demokratischen Parteien ist notwendig. Diese muss neben der verbalen Positionierung vor allem eine konsequente Nicht-Kooperation im kommunalpolitischen Alltag umsetzen, um weitere Normalisierungsgewinne zu erschweren.
- Gleichzeitig müssen die Angriffe auf zivilgesellschaftliche Akteur:innen politisch ernstgenommen werden und in Kooperation mit den Sicherheitsbehörden und den Betroffenen Konzepte zum Schutz der Engagierten vor Ort entwickelt werden.
- Strafverfolgungsbehörden müssen radikal rechte Übergriffe deutlich konsequenter verfolgen und stärker für Perspektiven von Diskriminierung Betroffener sensibilisiert werden. Besonders im Hinblick auf die Aktivitäten rund um die rechtsextremen Veranstaltungsorte sollten alle juristischen Möglichkeiten zur Eindämmung genutzt werden, um der radikal rechten Raumergreifung Einhalt zu gebieten. Im Bereich Verwaltung und Sicherheitsbehörden existieren zahlreiche Weiterbildungsangebote zu Antidiskriminierung und Diversität (u.a. Weiterbildungsangebote des Landesprogramms „Denk Bunt“), deren regelmäßige Teilnahme für Mitarbeitende verpflichtend eingeführt werden sollte.
- Die Unterstützung und der Schutz Betroffener oder von radikal rechten Übergriffen bedrohter Menschen und Gruppen muss an deren Bedürfnissen ausgerichtet werden, d.h. essenziell sind eine konsequente Strafverfolgung, solidarische Reaktionen des lokalen Umfeldes und seiner Institutionen und eine langfristige Auseinandersetzung über die Ursachen radikal rechter Gewalt und möglicher Gegenstrategien.

SOZIALE TEILHABE UND INTEGRATION

- Für den IIm-Kreis wurden umfangreiche Konzepte zur Erhöhung sozialer Teilhabechancen und der Armutsprävention⁹⁰ und der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund⁹¹, ressortübergreifend und unter Mitwirkung externer Partner:innen erarbeitet, die konkrete Zielstellungen zur Verbesserung der Integrationspotenziale beinhalten. Ein regelmäßiges Monitoring zur Maßnahmenumsetzung und den erzielten Effekten könnte – unter Einbezug möglichst vielfältiger Expertisen der lokalen zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, die in diesen Bereichen arbeiten – die erfolgreiche Implementierung der Maßnahmen erhöhen.
- Partizipationsangebote vor Ort sind auszubauen bzw. zu erweitern, vor allem in den Bereichen der Sozialpädagogik und Kinder- und Jugendbetreuung, aber auch der Erwachsenenbetreuung, mit einem Schwerpunkt auf sozial benachteiligten Gruppen mit erschwerten Bildungszugängen.
- Nach Einschätzung von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen aus den Tätigkeitsfeldern der Integrationsarbeit und Beratungsstellen für Migrant:innen ist neben der Arbeitsmarktintegration insbesondere die soziale Integration maßgeblich. Diese sollte u.a. Fortbildungsmaßnahmen im Bereich der Antidiskriminierung und Diversität und eine gezielte Förderung von Räumen zur Selbsterfahrung und Begegnung umfassen.

BILDUNG

Bildung ist ein zentraler Schlüssel zur erfolgreichen gesellschaftlichen Integration und Prävention radikal rechter Einstellungsmuster.

- Es bedarf einer stärkeren Förderung und finanziellen Absicherung des Jugendengagements im Kreis. Dazu gehört die Bereitstellung und Förderung von diskriminierungsfreien Räumen zur Selbstbetätigung und -entfaltung auch außerhalb der größeren Städte. Für eine Stärkung der Jugendförderung und Sozialpädagogik bedarf es nach Einschätzung der Zivilgesellschaft auch einer Erhöhung der verfügbaren Personal- und Sachmittel in diesen Bereichen.

⁹⁰ https://www.ilm-kreis.de/media/custom/1626_5434_1.PDF?1539167196.

⁹¹ https://www.ilm-kreis.de/PDF/Integrationskonzept_des_IIm_Kreises.PDF?ObjSvrlID=1626&ObjID=5320&ObjLa=1&Ext=PDF&WTR=1&_ts=1539159230.

In den meisten Interviews mit der Zivilgesellschaft wurde der zentrale Stellenwert der sozialen Arbeit für die langfristige Prävention und Intervention gegen die Verbreitung und Verfestigung von Ungleichwertigkeitsideologien betont.

- Die erfolgreiche Kooperation im Netzwerk der Sozialpädagog:innen sollte nach Möglichkeiten fortgesetzt, verstärkt und ausgeweitet werden.
- Den im Kapitel 4.3 („Einblicke in die sozialpädagogische Arbeit“) formulierten Weiterbildungsbedarfe sollte, bspw. durch Vermittlung zu Akteur:innen, die Weiterbildungen zu den Themenbereichen (u.a. Weiterbildungsangebote des Landesprogramms „Denk Bunt“) anbieten, entsprochen werden.
- Alle befragten Sozialpädagog:innen berichteten von diskriminierenden und abwertenden Vorfällen im Rahmen ihrer Arbeit, das bedeutet, dass die Arbeit nur in den seltensten Fällen ausschließlich im Sinne einer „primären Prävention“ zu verstehen ist. Einen Schwerpunkt der Weiterbildung auch im Bereich des Betroffenenschutzes und der Etablierung diskriminierungsfreier Räume zu setzen, wäre notwendig.
- Die in den Interviews geäußerte Forderung im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung, Weiterbildungen zu Demokratieförderung und Anti-Diskriminierung als festen und verbindlichen Bestandteil des Curriculums und der laufenden Arbeit zu verankern, ist zu unterstützen.

ZIVILGESELLSCHAFT

Die lokale Zivilgesellschaft kann im Kreis an die erfolgreiche Arbeit und an – vor allem in den städtischen Regionen – gut ausgebaute Strukturen der vergangenen Jahrzehnte anknüpfen. Zentral ist vor allem die Stärkung der Sichtbarkeit der Zivilgesellschaft, ihrer Positionen und Aktivitäten in der Öffentlichkeit und die Etablierung regelmäßiger Vernetzungsformate aller lokalen zivilgesellschaftlichen Initiativen und Akteur:innen.

Als ein wichtiger Bedarf wurde von den Befragten die stärkere interne Vernetzung und Koordination zur Durchführung gemeinsamer Aktivitäten benannt. Den Vorschlag einer interviewten Person aufgreifend, könnte ein regelmäßig stattfindender Runder Tisch eine gute Ausgangslage bieten. Hierbei sollten sowohl regelmäßige interne Formate im Bereich der bestehenden zivilgesellschaftlichen Gruppen als auch Austauschformate mit bisher nicht beteiligten

Akteur:innen des Lokalraums angestrebt werden – u.a. aus Vereinen, Kirchen, Kultur, Kommunalpolitik, Verwaltungsbehörden und Unternehmer:innen. Mögliche Schwerpunkte könnten sein:

- Herausarbeitung eines Minimalkonsenses in Zusammenarbeit mit den Partner:innen des Netzwerkes, der demokratische Mindeststandards der Kooperation bestimmt und als Grundlage der Zusammenarbeit dienen kann
- engere Vernetzung zu überregionalen Initiativen zum Austausch und zur gemeinsamen Ressourcennutzung
- gemeinsame Projektentwicklung und -planung
- gemeinsame Auftritte mit dem Ziel einer stärkeren öffentlichen Sichtbarkeit
- Projekte zur Etablierung von medialen Gegenöffentlichkeiten

Die starke Präsenz radikal rechter Medieninhalte vor allem in sozialen Medien stößt in die Lücke einer defizitären lokalen Medienöffentlichkeit. Auch das Fehlen wahrnehmbarer Gegenstimmen verstärkt den von radikal rechten Akteur:innen beabsichtigten Eindruck, mit ihren Medienangeboten die „gesellschaftliche Mehrheit“ zu repräsentieren. Eine zielführende Gegenstrategie wäre hier die Ausweitung der bereits bestehenden Kooperationen und die Förderung neuer Medienprojekte, die

- demokratiebildende und pluralistische Inhalte vermitteln,
- eng an den kommunalen Themen und Problemlagen orientiert sind und
- positive Geschichten und Perspektiven des pluralistischen Zusammenlebens im kommunalen Alltag betonen und dabei lokale Persönlichkeiten und Institutionen einbinden.

Die zivilgesellschaftlichen Initiativen und Aktivitäten im Kreis sind aktuell vorrangig auf die beiden Städte Ilmenau und Arnstadt konzentriert. Auch wenn hier die Mehrheit der Bevölkerung angesiedelt ist, adressieren die zivilgesellschaftlichen Angebote relevante Teile der Bevölkerung bisher vermutlich nur unzureichend. Hilfreich wären hier u.a.

- gezielte Integrations- und Vernetzungsbestrebungen zu Einzelakteur:innen in ländlichen Regionen,
- erhöhte zivilgesellschaftliche Aktivitäten durch bspw. die Durchführung von Veranstaltungsformaten schwerpunktmäßig in ländlichen Räumen sowie
- Den Bekanntheitsgrad der vor Ort bestehend Beratungs- und Begleitungsstrukturen im ländlichen Raum erhöhen.

LITERATUR

- Ashour, Amani/Diekmann, Janine/Geschke, Dankiel (2021: In Erscheinung): Hassgewalt und sekundäre Viktimisierung – zur Kommunikation und Rolle der Mehrheitsgesellschaft. In: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft Jena [Hrsg.]: Wissen schafft Demokratie, Band 10. Jena.
- Arzheimer, Kai /Berning, Carl C. (2019): How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013–2017. In: *Electoral Studies*, 60, S. 102–140. DOI: 10.1016/j.electstud.2019.04.004.
- Brähler, Elmar/Decker, Oliver/Kiess, Johannes (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2012. Dietz Verlag: Bonn.
- Best, Heinrich/Marius Miehke/Axel Salheiser (2018): Topografie des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen: Dokumentation und Analysen. Forschungsbericht 2018. Jena: Friedrich-Schiller-Universität, KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Online: http://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/Literatur/PROJEKTBERICHT_TOPOGRAFIE_DEZ2018.pdf [20.05.2021].
- Best, Heinrich/Marius Miehke/Axel Salheiser (2019): Topografie 2019: Phänomene des Rechtsextremismus und der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in Thüringen. Forschungsbericht 2019. Jena: Friedrich-Schiller-Universität, KomRex – Zentrum für Rechtsextremismusforschung, Demokratiebildung und gesellschaftliche Integration. Online: http://www.komrex.uni-jena.de/komrexmedia/Literatur/PROJEKTBERICHT_TOPOGRAFIE_DEZ2019.pdf [20.05.2021].
- Grande, Brigitte/Grande, Edgar/Hahn, Udo (Hrsg.) (2021): Zivilgesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland. Aufbrüche, Umbrüche, Ausblicke. Bielefeld: transcript.
- Kubitschek, Götz (2019): Selbstverharmlosung. In: *Sezession im Netz*, 20. September 2019. Online: <https://sezession.de/59584/selbstverharmlosung> [20.05.2021].

- Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm/Rees, Jonas H. (2019): Aufputschen von rechts: Rechtspopulismus und seine Normalisierung in der Mitte. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm [Hrsg.]: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben von Franziska Schröter. Bonn: Dietz, S. 173–202.
- Mobit (2018): Nach den rechten Häusern sehen. Immobilien der extrem rechten Szene in Thüringen. Online: https://mobit.org/Material/MO-BIT_Nach%20den%20rechten%20H%C3%A4usern%20sehen_2018.pdf [03.06.2021].
- Mudde, Cas. 2019. *The Far Right Today*. Cambridge (UK): Polity Press.
- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal Rovira (2017). *Populism. A Very Short Introduction*. New York: Oxford University Press.
- Quent, Matthias/Geschke, Daniel/Peinelt, Eric (2017): Die haben uns nicht ernst genommen. Eine Studie zu Erfahrungen von Betroffenen rechter Gewalt mit der Polizei. Online: https://verband-brg.de/wp-content/uploads/2019/01/EZRA-VBRG-Studie-Die_haben_uns_nicht_ernst_gekommen_WEB.pdf [21.05.2021].
- Quent, Matthias/Schmidtke, Franziska/Salheiser, Axel (2016): Gefährdungen der demokratischen Kultur in Thüringen. Expertise zur Überarbeitung des Thüringer Landesprogramms für Demokratie, Toleranz und Welttoffenheit (TLfDTW). Kompetenzzentrum Rechtsextremismus / Friedrich-Schiller-Universität Jena. Online: <https://www.denkbunt-thueringen.de/wp-content/uploads/2016/02/Gef%C3%A4hrdungsanalyse.pdf> [21.05.2021].
- Quent, Matthias/Schulz, Peter (2015): *Rechtsextremismus in lokalen Kontexten. Vier vergleichende Fallstudien*. Wiesbaden: Springer VS.
- Richter, Christoph (2020): Landnahme von Rechtsaußen: Die Wahlerfolge der AfD in Brandenburg, Sachsen und Thüringen. In: *Demokratie und Menschenfeindlichkeit. Zeitschrift für Wissenschaft und Praxis*, Nr 1/2020. Frankfurt a.M.: Wochenschau Verlag.

- Richter, Christoph, Axel Salheiser, und Matthias Quent. (2019a): Rechtsradikale Landnahme. Analyse des AfD-Wahlerfolgs zur Landtagswahl 2019 in den Thüringer Gemeinden. Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft. Online: https://www.idz-jena.de/fileadmin/user_upload/IDZ_Analyse_AfD-Wahlerfolg_Landtagswahlen_2019_FINAL_WEB.pdf [21.05.2021].
- Richter, Christoph/Salheiser, Axel/Quent, Matthias (2021): Demokratie auf dem Rückzug? Die Ursachen der Wahlerfolge der AfD in Thüringen und zur Bundestagswahl 2017. In: H. U. Brinkmann/K.-H. Reuband [Hrsg.]: Rechtspopulismus in Deutschland. Wahlverhalten in Zeiten politischer Polarisierung. Wiesbaden: Springer VS, im Erscheinen.
- Richter, Christoph & Salheiser, Axel (2021). Die Corona-Pandemie als Katalysator des Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Thüringen, Deutschland und Europa?. In Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (Hrsg.). Wissen schafft Demokratie. Band 9. Berlin: Amadeu Antonio Stiftung. S. 67-87.
- Rippl, Susanne, und Dirk Baier (2005): Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 57(4), S. 644–666.
- Salheiser, Axel (2021): Rechtsextremismus in Eisenach. Kritische Bestandsaufnahme und Analyse. Forschungsbericht, Jena: Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft/Amadeu Antonio Stiftung.
- Salheiser, Axel (2019): Fließende Übergänge der Demokratiegefährdung: Die „Kulturrevolution von rechts“ und die Rolle der AfD Thüringen. In: Belltower News, 23.01.2019. Online: <https://www.belltower.news/studie-sieht-thueringer-afd-als-spezialfall-faschisten-in-nadelstreifen-80513> [21.05.2021].
- Salomo, Katja (2019): The residential context as source of deprivation: Impacts on the local political culture. Evidence from the East German state Thuringia. In: Political Geography 69 (March 2019), S. 103–117. DOI: 10.1016/j.polgeo.2018.07.001.

- Salzborn, Samuel/Quent, Matthias (2019): Warum wird rechtsextremer Terror immer wieder unterschätzt? Empirische und theoretische Defizite statistischer Perspektiven. In: Wissen schafft Demokratie (06/2019). Online: <https://www.idz-jena.de/wsddet/wsd6-2/>.
- Schellenberg, Britta (2014): Die Rechtsextremismus-Debatte. Charakteristika, Konflikte und ihre Folgen. (2. Auflage). Wiesbaden: Springer VS.
- Schuler, Julia/ Kiess Johannes/Decker, Oliver/Brähler, Elmar (2020): Wahlpräferenz – Rechtsextremismus, Gewaltbereitschaft, Antisemitismus und Verschwörungsmotivität: AfD-Wähler_innen weisen die höchste Zustimmung zu anti-demokratischen Aussagen auf. Universität Leipzig: Kompetenzzentrum für Rechtsextremismus- und Demokratieforschung, Arbeitsgruppe der Leipziger Autoritarismus-Studien. Online: <http://home.uni-leipzig.de/decker/wahlpraefferenz.pdf>.
- Stöss, Richard (2010): Rechtsextremismus im Wandel. Online: <https://library.fes.de/pdf-files/do/08223.pdf> [20.05.2021].
- Verkamp, Robert (2021) Rechtsextreme Einstellungen der Wähler:innen vor der Bundestagswahl 2021. In: Einwurf – Ein Policy Brief der Bertelsmann-Stiftung. Bertelsmann-Stiftung: Gütersloh. Online: https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/ZD_Einwurf_1_2021.pdf [26.05.2021]
- Zick, Andreas/Berghan, Wilhelm/Mokros, Nico (2019): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit in Deutschland 2002–2018/19. Mit einem Exkurs zum Neuen Antisemitismus von Beate Küpper und Andreas Zick. In: Zick, Andreas/Küpper, Beate/Berghan, Wilhelm [Hrsg.]: Verlorene Mitte – Feindselige Zustände. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2018/19. Für die Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegeben von Franziska Schröter. Bonn: Dietz, S. 53–116.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (2011). Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Berlin: Friedrich-Ebert-Stiftung / Forum Berlin. Online: <https://library.fes.de/pdf-files/do/07905-20110311.pdf> [21.05.2021].

GRAFIKANHÄNGE

Abbildung 7: Stimmenanteile der AfD zur Landtagswahl 2019 in den Gemeinden des Ilm-Kreises in Abhängigkeit vom Anteil junger Frauen (15–35 Jahre) an der Gesamtbevölkerung

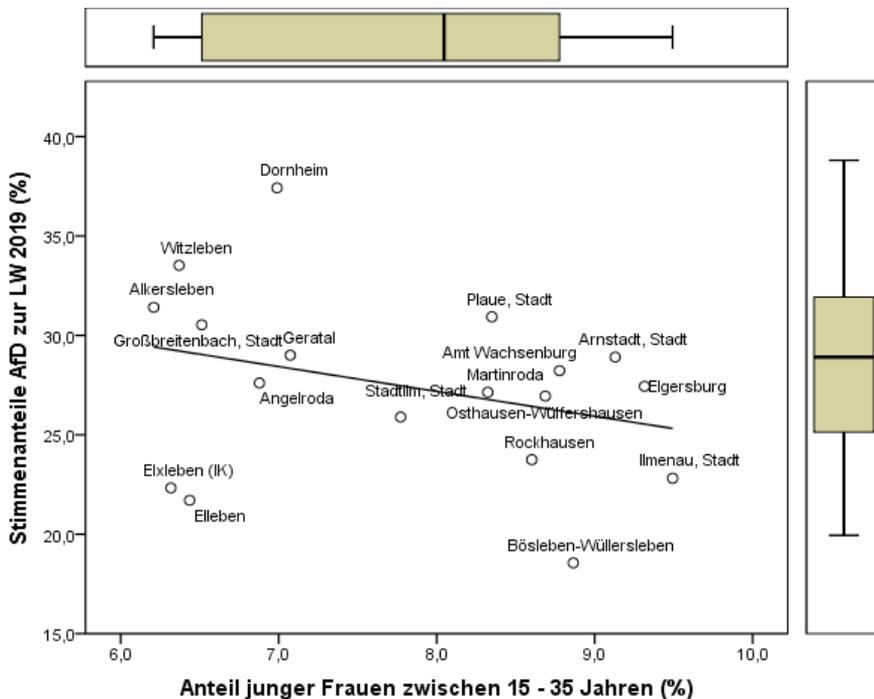


Abbildung 8: Stimmenanteile der AfD zur Landtagswahl 2019 in den Gemeinden des IIm-Kreises in Abhängigkeit vom Wanderungssaldo (2017)

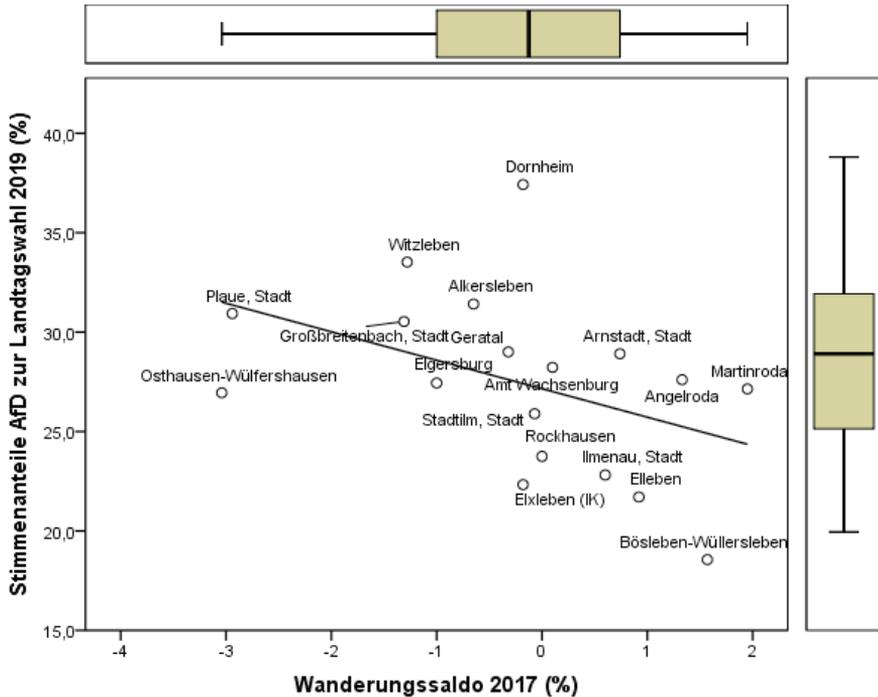


Abb.9: Stimmenanteile der AfD zur Landtagswahl 2019 in den Gemeinden des IIm-Kreises in Abhängigkeit von der Wahlbeteiligung zur Landtagswahl 2014.

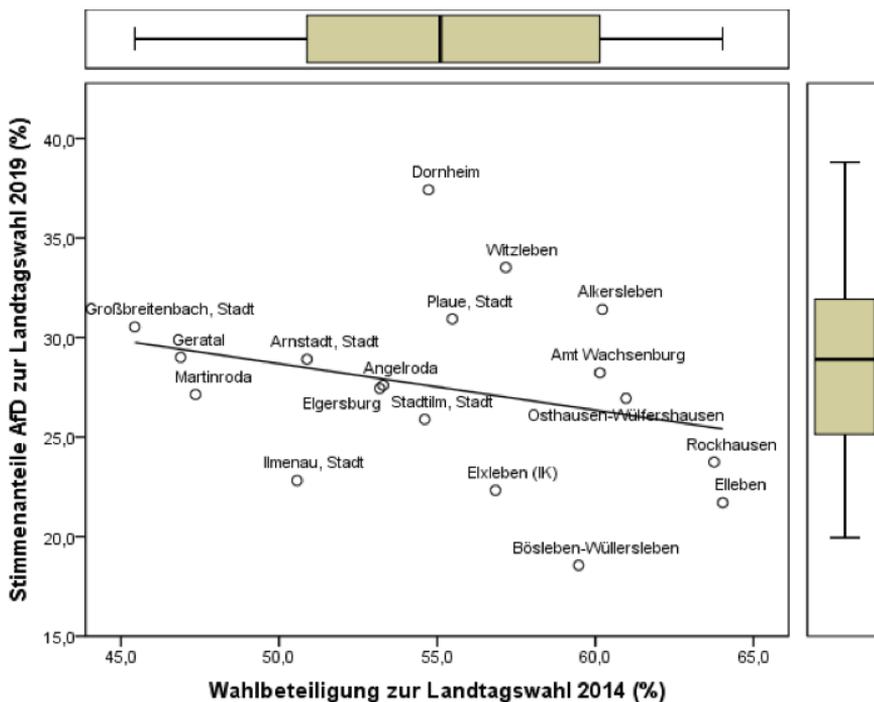
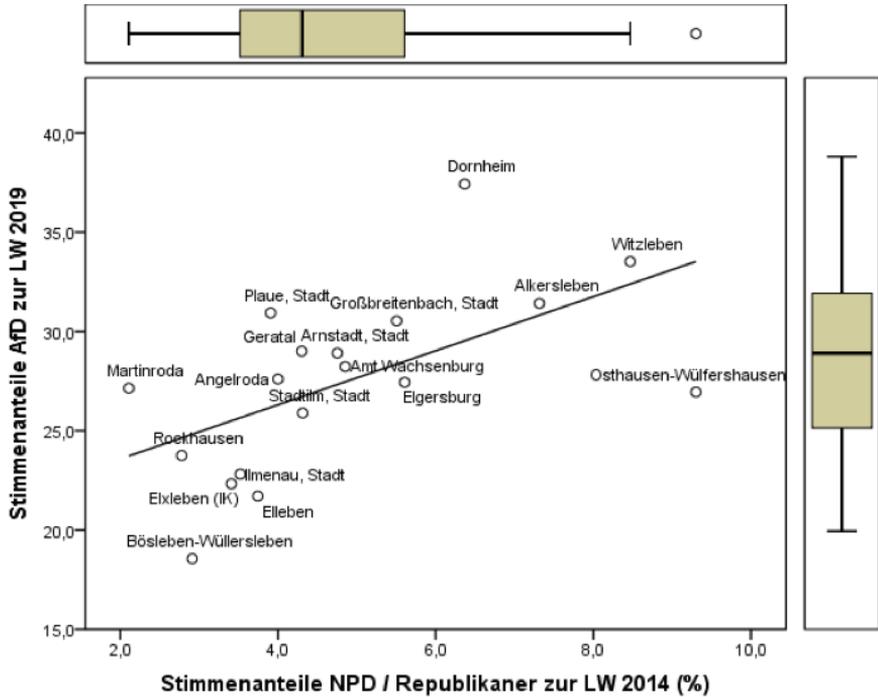


Abb. 10: Stimmenanteile der AfD zur Landtagswahl 2019 in den Gemeinden des IIm-Kreises in Abhängigkeit der Stimmenanteile der NPD bzw. der Republikaner zur Landtagswahl 2014



IMPRESSUM

Die Studie wurde am Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft in Jena (IDZ) im Auftrag der Lokalen Partnerschaft für Demokratie (LPfD) im IIm-Kreis durchgeführt.

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Autoren: Christoph Richter und Dr. Axel Salheiser

Redaktionsschluss: 30. November 2021

Foto Umschlagseite: privat

Herausgeber:

Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft (IDZ)

Talstr. 84 | 07743 Jena

Tel.: 03641 - 27 19 403

E-Mail: mail@idz-jena.de



Verleger und Träger:

Amadeu Antonio Stiftung |

Novalisstraße 12 |

10115 Berlin

E-Mail: info@amadeu-antonio-stiftung.de

Website: www.amadeu-antonio-stiftung.de



Auftraggeberin:

Arbeit und Leben Thüringen

Juri-Gagarin-Ring 152 | 99084 Erfurt

Tel.: 0361 565730

Webseite: www.arbeitundleben-thueringen.de

Träger der externen Koordinierungs- und Fachstelle der Lokalen Partnerschaft für Demokratie IIm-Kreis



**Arbeit und
Leben**

THÜRINGEN

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie *leben!*



WWW.LAP-ILMKREIS.DE